

12.2012/01.2013

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	19
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	23
Wirtschaft & Ressourcen	25

VERBÄNDE



Thema: Transformation	35
DNR intern	36
Aus den Verbänden	36
Ehrenamt	37
Preise & Ausschreibungen	37

SERVICE

Rezensionen	38
Impressum	39
Termine	40

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	41
Schwerpunkt: Kritisch Konsumieren	

SPEZIAL

Grünes Wirtschaften

Seite 26 bis 34

THEMEN DES MONATS

Energiegenossenschaften

Die solidarische Wende

Gemeinschaftlich kann der Umbau zur demokratischen und dezentralen Energieversorgung gelingen

Seite 2

Sortenvielfalt

Vor Aussaat Erlaubnis erforderlich

Das Saatgutrecht behindert den Schutz der Vielfalt durch die Nutzung alter Pflanzensorten

Seite 4

Nanopolitik

Zu Risiken und Nebenwirkungen

Verbände legen eigenen Verordnungsvorschlag zur Regulierung von Nanomaterialien vor

Seite 6

Interview: Klimapolitik

„20-Prozent-Ziel bedeutet Stillstand“

Die EU muss ambitioniertere Klimaziele entwickeln, da das Klima sich rasend schnell wandelt

Seite 13

Energiegenossenschaften

Die solidarische Wende

Gemeinschaftlich kann der Umbau zur demokratischen und dezentralen Energieversorgung gelingen

Die Energiewende wird vielerorts durch die überholte zentralistische Marktstruktur und die Dominanz einzelner Konzerne behindert. Ein Gegenmodell sind die zahlreichen Energiegenossenschaften, die in den vergangenen Jahren neu gegründet worden sind. Welches Potenzial haben Genossenschaften, den Durchbruch der erneuerbaren Energien im Sinne der Solidarökonomie demokratisch und sozial zu gestalten? ■ VON FABIAN LOHMANN, SOLAR POPULAR

Trotz großer Erfolge bei der Markteinführung der erneuerbaren Energien steht die Energiewende wieder einmal stark unter Druck. Die Bundesregierung und die marktbeherrschenden Energiekonzerne versuchen eine Kehrtwende zu vollziehen: Großprojekte wie die Offshorewindkraft werden bevorzugt gefördert, während die Solarindustrie unter starken Kürzungen leidet und Zubaugrenzen für die Windkraft an Land diskutiert werden. Die Marktmacht der Energiekonzerne, die personell stark mit der Politik verwoben sind, stellen eine Gefahr für die ökologische und soziale Umgestaltung unserer Energielandschaft dar.

Ein Gegenmodell zum Dogma der Gewinnmaximierung sind die Genossenschaften, die durch die Energiewende einen großen Zuwachs erlebt haben: In den letzten drei Jahren gab es mehr als 500 genossenschaftliche Neugründungen im Bereich der erneuerbaren Energien. Während die meisten davon in der Stromerzeugung zu finden sind, etabliert sich die Unternehmensform inzwischen auch in vielen anderen Sparten des Energiemarktes, wie etwa dem Vertrieb von Strom, Gas und Wärme, dem Netzbetrieb und der Energieberatung.

Genossenschaften für das Gemeinwohl

Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung in Deutschland geht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Die ersten Vorläufer des Genossenschaftsmodells wurden damals zur Unterstützung der verarmenden Landbevölkerung und Handwerker gegründet. Mit dem Prinzip der gegenseitigen Förderung sollten die Mitglieder befähigt

werden, wirtschaftlich unabhängiger zu werden.

Eine Genossenschaft ist grundsätzlich erst einmal eine Unternehmensform, doch gibt es einige wichtige Unterschiede gegenüber anderen Unternehmenstypen. Jedes Mitglied hat eine Stimme – unabhängig von der Höhe der Beteiligung. Die Genossenschaftsverbände beraten Gründungsinitiativen und prüfen die Genossenschaften regelmäßig, dadurch erklärt sich deren geringe Insolvenzrate. Was sie jedoch am deutlichsten unterscheidet, ist die Nutzerorientierung. Die Genossenschaft dient dem Wohl der Mitglieder und nicht der Maximierung der Rendite.

Kommunale Kooperation

Viele Genossenschaften haben niedrige Mindestbeteiligungen und ermöglichen so eine breite Beteiligung. Das ist insbesondere für die Akzeptanz der Energiewende wichtig: Teilhabe, Mitsprache und Transparenz können dadurch gestärkt werden. Weil sie dezentral und regional organisiert sind, gründen sich Genossenschaften häufig in Kooperation mit Kommunen. Sie sind also nicht grundsätzlich als Gegenmodell zur direkten kommunalen Betätigung, zum Beispiel in Form von Stadtwerken, zu sehen, sondern als eine weitere Option, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Durch die regionale Verankerung lässt sich dabei auch die Wertschöpfung vor Ort stärken: Die Rendite bleibt in der Region und verschwindet nicht in internationalen Kapitalanlagen.

Genossenschaften werden häufig als Paradebeispiel für die Solidarökonomie aufgeführt. Definitionen und Ansätze

für das Schlagwort Solidarökonomie gibt es viele; ihnen ist gemein, dass sie nicht den Profit als Maxime des Wirtschaftens betrachten, sondern den Menschen mit seinen Bedürfnissen ins Zentrum stellen. Dazu zählt auch die Umwelt als Lebensgrundlage. Solidarökonomische Betriebe sind daher nach innen und außen auf Kooperation bedacht, basieren auf dem Prinzip der Selbstverwaltung und versuchen, ökologisch verantwortungsvoll zu handeln. Anstatt der Gewinnmaximierung streben sie an, das Gemeinwohl zu stärken.

Selbstbestimmung ist die Stärke

Natürlich sind nicht alle Genossenschaften per se als besonders solidarökonomisch zu bewerten und manchem Genossen wird dieser Gedanke auch fremd sein, doch das Potenzial liegt in der Selbst- und Mitbestimmung sowie der Eigeninitiative, die die Unternehmensform mit sich bringt. Genossenschaften können Partizipation und Demokratisierung ermöglichen und eine stärkere Gemeinwohlorientierung in der Energielandschaft erreichen. Die folgenden Beispiele zeigen, wie Genossenschaften einen Beitrag zu einer partizipativen und demokratischen Energiewende leisten können.

Die Oldenburger Energiegenossenschaft eG strebt nach dem Vorbild der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) an, die Konzession für das lokale Strom- und Gasnetz zu übernehmen, welche nächstes Jahr ausläuft. Künftige Gewinne aus dem Betrieb der Netze sollen dann für Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz zur Verfügung stehen und die Energiewende soll auf regionaler Ebene vorange-

trieben werden. Die Oldenburger planen außerdem den Einstieg in die Strom- und Gasvermarktung. Besonders interessant im Hinblick auf die solidarökonomische Wirkung sind die Überlegungen zur Einführung eines Sozialtarifes in der Energieversorgung. Auch in Berlin und Hamburg engagieren sich Bürgerinnen und Bürger dafür, die Netze zu übernehmen.

Auch bei den Erzeugungsgenossenschaften, welche Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien bauen und betreiben, gibt es die Möglichkeit, die

Bürgerengagement

In vielen deutschen Städten und Kommunen gibt es Initiativen, die die Stromnetze von den großen Betreibern zurückkaufen wollen. Die Gelegenheit ist günstig, weil vielerorts die auf lange Zeit festgelegten Konzessionen auslaufen. Drei Beispiele:

► www.ews-schoenau.de

Die Ökostrompioniere aus Schönau waren auch in Sachen Rekommunalisierung der Netze Vorreiter. Seit 1997 betreiben sie das Stromnetz von Schönau, mittlerweile auch von angrenzenden Gemeinden. Das Gasnetz ist seit 2009 in der Hand der Genossenschaft EWS Schönau.

► www.berliner-energetisch.net

► www.buerger-energie-berlin.de

In Berlin gibt es zwei Initiativen, die das Stromnetz wieder in kommunale Hand bringen wollen: der Energietisch, der die Stadt per Volksabstimmung zur Rekommunalisierung der Netze und der Gründung eines besonders demokratischen Stadtwerks zwingen will. Außerdem hat sich eine Genossenschaft gegründet, die das Netz kaufen will.

► www.unser-netz-hamburg.de

Im September stimmen die Hamburgerinnen und Hamburger über das Volksbegehren „Unser Hamburg – unser Netz“ ab. Die Hansestadt soll das Netz wieder selbst übernehmen. Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Gemeinwohlorientierung zu stärken. Die solar popular eG entstand im September 2011 im Zentrum für Solidarische Ökonomie, einer solidarökonomischen Projektschmiede in Bremen. Die Gemeinwohlorientierung wurde dadurch gestärkt, dass die Genossenschaft einen Solidartransfer in der Satzung verankert hat. 20 Prozent des Überschusses werden jedes Jahr an drei solidarökonomische Projekte gespendet. Um darüber hinaus dem Nachhaltigkeitsanspruch gerecht zu werden, wurden Materialkriterien entwickelt. Diese basieren unter anderem auf internationalen Zertifizierungen für den Umweltschutz und die Arbeitsbedingungen bei den Produzenten. Zur Finanzierung der Anlagen wird ausschließlich mit ethisch arbeitenden Banken kooperiert.

Transparenz durch Bürgerbeteiligung

Damit die Bürgerinnen und Bürger die Energiewende dauerhaft unterstützen, muss sie stärker sozial und solidarisch ausgerichtet werden. Dabei müssen die Kunden nicht nur mit eingebunden werden, sondern auch selbst profitieren können.

Die Notwendigkeit, die Bevölkerung bei den weiteren Schritten in der Umgestaltung der Energieversorgung mitzunehmen, ist mittlerweile auch auf Bundesebene erkannt worden. Der Bundesumweltminister Peter Altmaier hat das Vorhaben geäußert, Bürgern eine finanzielle Beteiligung am Netzausbau durch die Ausgabe einer fest verzinsten Anleihe zu ermöglichen. Flankiert wird das Vorhaben durch die Bürgerbeteiligungskampagne zum Netzausbau der Bundesregierung. Dabei hat die Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu den Plänen zu äußern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Stellungnahmen ernst genommen werden. Eine größere Akzeptanz für die Hochspannungsleitungen im Garten ist wohl nicht durch eine fünfprozentige Rendite zu erreichen. Insbesondere der Diskurs über die Notwendigkeit des anvisierten Mammutprojektes ist wichtig. Im Forum der Bundesregierung wird die Diskussion darüber jedoch durch die Moderatoren abgekanzelt. Als Begründung dient ein Hinweis

darauf, dass über die Zustimmung zu den Leitungen diskutiert werden soll und nicht über die Leitungen an sich. Jedoch haben auch viele Experten ihre Zweifel daran, dass der Ausbau des Übertragungsnetzes in dem geplanten Ausmaß notwendig ist. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle, die politisch beeinflusst werden können. Unter anderem könnten Speicher in der Nähe der Erzeugungsanlagen, die Förderung der Windkraft im Süden und eine produktionsbasierte Laststeuerung dazu beitragen, dass weniger Netzkapazität erforderlich sein wird.

Fest steht: Der weitere Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien ist wichtig, wenn Deutschland den Klimaschutz und die Energiewende ernsthaft verfolgen will. Energiegenossenschaften könnten dabei durch ihre Nutzerorientierung eine Schlüsselrolle spielen. Sie haben das Potenzial, Prozesse transparenter und demokratischer zu gestalten. Die Gelegenheiten allein beim Netzbetrieb sind zahlreich: Laut dem Verband kommunaler Unternehmen werden bis 2016 bundesweit die meisten der Strom- und Gasnetzkonzessionsverträge neu vergeben. Die Bürgerinnen und Bürger können die Energiewende mithilfe des Genossenschaftsmodells weiter voranbringen und auch in Bereichen wie dem Netzbetrieb aktiv gestalten.

Weiterlesen:

► Elsen, S. (Hrsg.): Ökosoziale Transformation: Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Ag Spak, 2011.

► www.olegeno.de und www.solar-popular.de

► Die Seite www.energiegenossenschaften-gruenden.de bietet Hilfestellungen, um selber aktiv zu werden.

Fabian Lohmann studiert nachhaltige Wirtschaft in Oldenburg mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien. Er arbeitet in der Fotovoltaikbranche und hat die solar popular eG in Bremen mitgegründet.

Kontakt:

Tel. +49 (0) 1577 / 3919613,

E-Mail: f.lohmann@solar-popular.de,

www.solar-popular.de

www.solar-popular.de



Sortenvielfalt

Vor Aussaat Erlaubnis erforderlich

Das Saatgutrecht behindert den Schutz der Vielfalt durch die Nutzung alter Pflanzensorten

Wenige Konzerne beherrschen den Saatgutmarkt in der EU. Das lässt die Kassen der Unternehmen klingeln, schadet aber der Natur und den Landwirten. Diese haben das jahrtausendalte Recht verloren, selbst geerntete Samen wieder auszusäen. Die laufende EU-Saatgutrechtsreform gibt bisher kaum Anlass zur Hoffnung, dass die Biodiversität künftig besser geschützt wird. ■ VON SUSANNE GURA, VEREIN ZUR ERHALTUNG DER NUTZPFLANZENVIELFALT

Laut der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO sind weltweit bereits drei Viertel aller Nutzpflanzensorten verloren gegangen, vor allem in Industrieländern. Zwischen 1998 und 2010 haben die zehn größten Saatgutanbieter (Top 10) ihren Anteil am Weltmarkt von 30 auf 74 Prozent deutlich erweitert – weniger Anbieter, weniger Sortenvielfalt. Einer neuen Schweizer Studie⁽¹⁾ zufolge stammen bei Paprika 56 Prozent, bei Tomaten 62 Prozent, und bei Blumenkohl sogar 71 Prozent des Saatgutes in Europa von nur zwei Konzernen, Monsanto und Syngenta. Auch Bayer hat drei führende Gemüsesaatgutfirmen aufgekauft. Seit Monique Robins Film „Mit Gift und Genen“ hat sich herumgesprochen, dass die chemische Industrie den Saatgutmarkt beherrscht.

Junkies der Agrarchemie - Züchtung macht alle gleich

Aber nicht nur die Gentechnik sichert das naturzerstörerische Geschäftsmodell. Auch die konventionellen Sorten hängen an der Agrarchemie, fast wie Junkies an der Droge. Dazu trägt – das ist wenig bekannt – die Saatgutgesetzgebung mit ihren entscheidenden Instrumenten, dem Sortenschutz und der Sortenzulassung, erheblich bei. Gründe dafür sind die vorgeschriebene Homogenität und Stabilität der zugelassenen und eigentumsrechtlich geschützten Sorten. Damit wird die Vielfalt innerhalb einer Art (die auch bei der Spezies Mensch jedes Individuum anders sein lässt) weitgehend ausgeschaltet. Jede Pflanze muss sein wie die andere, auch über Generationen hinweg. Wichtige, in der intraspe-

zifischen Vielfalt angelegte Funktionen werden damit jedoch stark beeinträchtigt. Mit einer vielfältigen genetischen Ausstattung kann eine Population von Pflanzen, zum Beispiel ein Weizenfeld, sich selbst gegen Schädlinge und Krankheiten verteidigen und Wetterwidrigkeiten ertragen – in einem gewissen Rahmen und mithilfe von Kulturtechniken. Wenn die Pflanzen genetisch unterschiedlich ausgestattet sind, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass eine Anzahl Pflanzen trotz solcher Widrigkeiten blüht und fruchtet, als wenn sie homogen sind. Diese Diversität erlaubt auch die Anpassung der Population in den folgenden Generationen an den Umweltstress. Homogene und stabile Populationen können dies praktisch nicht. Zur Beseitigung von Schädlingen und Krankheitserregern brauchen sie chemische Krücken. Bei Wetterstress versagen die Junkies schneller, weil die ebenfalls vergifteten Bodenorganismen zu wenig Humus produzieren konnten, sodass Feuchtigkeit kaum noch gespeichert wird und Niederschläge den Boden schneller wegschwemmen.

Wiederaussaat nicht mehr kostenlos

Homogenität und Stabilität gewannen erst im vergangenen Jahrhundert in der Züchtung an Bedeutung, als 1961 das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen beschlossen wurde. Damit dürfen Züchter für eine geschützte Sorte bis zu 25 Jahre lang Lizenzgebühren kassieren. Betreiber des Abkommens waren Pflanzenzüchter, vor allem für Zierpflanzen. Erst 1968 ratifizierte es eine Handvoll Staaten, darunter Deutschland. Die meisten Entwicklungsländer sind auch heute

nicht Mitglied des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV – Union Internationale pour la Protection des Obtentions Végétales), werden jedoch mehr und mehr durch die Welthandelsorganisation (WTO) und bilaterale Freihandelsabkommen zum Beitritt gezwungen. Die Schutzrechte wurden 1978 und 1991 verschärft und setzten die von den Vereinten Nationen im Internationalen Saatgutvertrag bestätigten jahrtausendalten bäuerlichen Rechte zur Wiederaussaat und Weitergabe von selbst geerntetem Saatgut außer Kraft. Eine Beobachtung von UPOV-Verhandlungen durch die Zivilgesellschaft wurde im Oktober 2012 praktisch ausgeschlossen.⁽²⁾

Generell ist es in der EU verboten, Saatgut „in Verkehr zu bringen“, es sei denn, die Sorte ist amtlich zugelassen. Genau wie für den Sortenschutz sind auch für die Zulassung Homogenität, Stabilität und Unterscheidbarkeit die Voraussetzungen. Wer Saatgut von einer Liste marktgängiger Arten öffentlich abgeben will, und seien es nur kleine Mengen einer seltenen Sorte, sieht sich mit einem strengen Verbot konfrontiert.

Dabei hatte der EU-Agrarministerrat bereits 1998 in einer Richtlinie den Schutz der biologischen Vielfalt von Kulturpflanzensorten zu einem Ziel des Saatgutrechts gemacht. Erst viele Verhandlungsjahre später, 2009, beschloss die EU-Kommission eine Erhaltungssorten-Richtlinie. Sie setzt für bedrohte Sorten zwar die Homogenitätshürde herunter, baut aber neue bürokratische Hürden auf. Dabei hat die Zulassungspflicht bei diesen Sorten keinen Nutzen, denn es findet keine Sortenprüfung statt. Offiziell begründet wird das

Saatgutverkehrsgesetz mit dem Schutz der Verbraucher und mit der Sicherung der Produktivität der EU-Landwirtschaft. Die an traditionellen Sorten interessierten Verbraucher, meist sind es Hausgärtner, wollen jedoch keinen amtlichen Stempel; gefragt ist Beratung vonseiten der erfahrenen Erhalter, die ihre Sorten aus dem eigenen Anbau kennen. Mit der Transition-Bewegung und der Wirtschaftskrise wächst der Bedarf nach diesen nicht kommerziellen Sorten für den Eigenbedarf. Schutz durch Nutzung mit privater Finanzierung und hoher Bürgerpartizipation ist genau das, was staatlich propagiert wird. Durch die Zulassungspflicht für Vielfaltssorten wird der überdies für den Staat kostenlose Biodiversitätsschutz massiv behindert.

EU stärkt die Marktführer weiter

Das sogenannte Kokopelli-Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Juli 2012 hat die Erhaltungssortenrichtlinie bestätigt. Die französische Erhalterorganisation Kokopelli hatte Saatgut traditioneller Sorten ohne amtliche Zulassung verkauft und war von der Saatgutfirma Graines Baumaux verklagt worden. Der EuGH entschied zwar nicht, dass das Saatgut alter Pflanzensorten völlig frei vermarktet werden darf. Aber die Richter bestätigten, dass alte Sorten auch dann angebaut werden dürfen, wenn sie nicht alle Anforderungen für eine amtliche Zulassung erfüllen.

Die Richtlinie steht im Zuge der Saatgutrechtsreform derzeit ohnehin zur Disposition. In einem informellen Entwurf für die Neuordnung beteuert die EU-Kommission, dass die Biodiversität durch Abschaffung von Vorschriften besser geschützt werden soll; an der für Vielfaltssorten nachteiligen Zulassungspflicht will die EU-Kommission jedoch bisher nicht rütteln. Sie läuft Gefahr, Chancen für Schutz durch Nutzung vielfältiger Sorten von Seiten der Verbraucher zu vertun. Anderweitig wird Schutz durch Nutzung mit teuren Projektmitteln erkaufte, hier wäre er ganz ohne öffentliche Mittel zu haben.

An professionelle Landwirte richtet sich das mit einer teuren Prüfung verbundene normale Zulassungsverfahren. Diejenigen

Landwirte, die nicht primär an Produktivität im Sinne der EU interessiert sind, haben wenig Chancen auf Sorten, die ihren Wünschen entsprechen. Der Ökolandbau hat bisher mangels Alternativen überwiegend Hybridsorten aus der konventionellen Züchtung angebaut. Erst in jüngerer Zeit werden spezielle Sorten für den Ökolandbau entwickelt. Eine wichtige Motivation dabei ist, dass die „samenfesten“, das heißt für den Nachbau geeigneten Sorten vom Markt genommen und durch Hybridsorten ersetzt worden sind und damit die Abhängigkeit von großen Konzernen wächst. Ökozüchter fordern außerdem Sortenprüfungen unter Ökobedingungen.

Außerdem lehnen sie gemeinsam mit den Erhalterorganisationen Vorschläge der EU-Kommission ab, die der weiteren Stärkung der Marktführer dienen: die Privatisierung der Prüfungen, die molekulare Identifizierung der Sorten, und das Primat des Geschäftsgeheimnisses, sodass Verbraucher nicht erkennen können, ob es sich um samenfeste, Hybride, oder mit biotechnologischen Methoden produzierte Sorten handelt, und ob sie eigentumsrechtlich geschützte Technologie enthalten.

Anmerkungen

- ▶ (1) Toralf Richter: Strukturen und Entwicklungen des Schweizer und internationalen Marktes für Saatgut 2012: www.evb.ch/cm_data/Saatgutmarkt_Juni_2012.pdf
- ▶ (2) www.evb.ch/en/p25020787.html

Dr. Susanne Gura ist erste Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und im Vorstand des Dachverbands Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt. Sie arbeitet freiberuflich als Autorin und Beraterin zu Landwirtschaft, Biodiversität und Klima.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 9480670
E-Mail: gura@dinse.net,
www.nutzpflanzenvielfalt.de,
www.kulturpflanzen-nutztiervielfalt.org



Philosophieren in Schule und Kita

Wem gehört die Natur? Eine philosophische Frage, auf die Kinder mit überraschend tief sinnigen und erfrischend lebendigen Ansichten antworten. Philosophieren über Nachhaltigkeit in der Vor- und Grundschule – wie das geht, zeigt dieses Buch: Praxiserprobte Anleitungen mit Einstiegen, Mindmaps, Vertiefungsfragen, Kreativimpulsen und Aktionsvorschlägen bilden zusammen mit theoretischen Grundwissen das perfekte Handwerkszeug für die pädagogische Praxis.

Eberhard von Kuenheim Stiftung, Akademie Kinder philosophieren (Hrsg.)

Wie wollen wir leben?

Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit

144 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-229-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Europäische Nanopolitik

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie ...

Verbände legen eigenen Verordnungsvorschlag zur Regulierung von Nanomaterialien vor

Längst kommen VerbraucherInnen tagtäglich mit Produkten aus Nanomaterialien in Berührung. Aber ausreichend getestet ist ihre Wirkung auf Umwelt und menschliche Gesundheit nicht. Die Risikoforschung hängt dem Marktgeschehen hinterher, doch bisher gibt es keine rechtliche Regelung, die das verhindert. Umweltverbände kritisieren das seit Langem und haben nun einen eigenen EU-Gesetzesvorschlag erarbeitet. ■ VON JUREK VENGELS, BUND

Nanopartikel werden in vielen Produkten wie Lebensmitteln, Verpackungen, Textilien, Düngemitteln, Autozubehör oder Kosmetika eingesetzt, um unter anderem deren Haltbarkeit, Wasserfestigkeit oder den UV-Schutz zu erhöhen. Aufgrund ihrer winzigen Größe haben Nanopartikel besondere Eigenschaften, die viele Produkte künftig revolutionieren könnten. Deshalb gilt die Nanotechnologie als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und wird mit vielen Millionen Euro an Steuergeldern gefördert.

Doch neue Eigenschaften bieten nicht nur neue Chancen, sondern können auch neue Risiken mit sich bringen. Für einzelne Nanomaterialien gibt es aus der Forschung deutliche Hinweise auf Gesundheitsrisiken. Beispielsweise zeigte sich bei bestimmten Formen von Kohlenstoffnanoröhrchen im Tierversuch eine asbestartige Wirkung. Insgesamt hinkt die Risikoforschung jedoch der Anwendungsentwicklung hinterher, sodass auch heute für viele Nanomaterialien kaum abschätzbar ist, ob von ihnen Beeinträchtigungen der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit zu erwarten sind. In vielen Fällen fehlen die Daten, um eine aussagekräftige Risikobewertung vornehmen zu können. Diese Wissenslücke zu schließen, ist eigentlich Aufgabe der europäischen Chemikaliengesetzgebung.

Schlupflöcher in der EU-Gesetzgebung

Doch bislang schlüpfen Nanopartikel sprichwörtlich durch die Lücken der europäischen Gesetzgebung. Zwar gibt es nanospezifische Regelungen für die Lebensmittel-, Kosmetik- und Biozidgesetzgebung. Die meisten anderen Gesetze, die

Chemikalien und Produkte regulieren, enthalten jedoch keine oder nur eingeschränkte Vorgaben. Die gegenwärtige Gesetzgebung ist daher ungeeignet, Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren der neuartigen Materialien zu schützen. Der Europaabgeordnete Carl Schlyter von den schwedischen Grünen hat die Situation so formuliert: „Die bestehenden Regelungen sind für die Kontrolle der Nanotechnologie ungefähr so wirkungsvoll, wie der Versuch, Plankton mit einem Kabeljaunetz zu fangen.“

Eine besondere Rolle spielt hierbei die europäische Chemikalienverordnung REACH als das zentrale Rechtsinstrument in Europa, um Daten über die Sicherheit von Chemikalien zu erfassen. Eine Auswertung der bisher über REACH eingereichten Informationen ergab, dass nur in sehr wenigen Fällen überhaupt spezifische Daten für Nanomaterialien bereitgestellt wurden. REACH ist zurzeit nicht in der Lage, seine Aufgabe für Nanomaterialien zu erfüllen. Als problematisch erwiesen hat sich darüber hinaus die fehlende Transparenz über die bereits am Markt befindlichen Verbraucherprodukte mit Nanomaterialien. Diese Situation erschwert die Marktüberwachung durch die dafür zuständigen Behörden. VerbraucherInnen ist es zudem praktisch unmöglich selbst zu entscheiden, ob sie Nanoprodukte trotz der ungeklärten Risiken kaufen möchten.

Das Europäische Parlament hatte aufgrund dieser Mängel die EU-Kommission bereits im April 2009 aufgefordert, alle für Nanomaterialien anwendbaren Gesetze binnen zwei Jahren zu prüfen und – wo nötig – Anpassungen vorzunehmen. Im Juli 2012 drängten zehn EU-Mitgliedstaat

ten und Kroatien in einem gemeinsamen Brief die Europäische Kommission, dringend gesetzliche Anpassungen auf den Weg zu bringen, um die Sicherheit von Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

Die Reaktion der EU-Kommission fiel enttäuschend aus. Im Oktober veröffentlichte sie ein Papier zur Regulierung von Nanomaterialien. Darin bestätigte die Kommission ihre bisherige Einschätzung, dass die bestehende Gesetzgebung grundsätzlich geeignet sei, um die Risiken von Nanomaterialien ausreichend zu kontrollieren. Handlungsbedarf wurde nur sehr eingeschränkt gesehen: So schlug die Kommission zwar eine Anpassung der Testbedingungen für Nanomaterialien in den Anhängen der europäischen Chemikalienverordnung REACH vor, aber keine Maßnahmen zur Schließung der Schlupflöcher im Text der REACH-Verordnung selbst. Aus Sicht vieler Umweltverbände, Verbraucherorganisationen und dem Europäischen Gewerkschaftsbund ist dies völlig unzureichend, um die Lücken in der Regulierung von Nanomaterialien zu schließen.

Gesetzesvorschlag enthält allgemeine Prinzipien und Anpassungsvorschläge

Gemeinsam mit dem Center for International Environmental Law (CIEL) und der Anwaltsorganisation ClientEarth stellt der BUND als Reaktion auf das Nichthandeln der EU-Kommission nun einen eigenen Gesetzesvorschlag vor.⁽¹⁾ Mit dem sogenannten „nano patch“ (deutsch: „Nano-Flicken“) sollen die Lücken im europäischen Recht gestopft und die EU-Kommission dazu angeregt werden, einen eigenen Vor-

schlag für die Kontrolle von Nanomaterialien vorzulegen.

Der Entwurfstext der Umweltorganisationen sieht eine neue, horizontale EU-Verordnung vor. Er beinhaltet zum einen generelle Prinzipien für die Regulierung von Nanomaterialien und zum anderen konkrete Anpassungen einzelner EU-Verordnungen, insbesondere der europäischen Chemikalienverordnung REACH. Die Verfasser wollen die bereits 2011 von der EU-Kommission vorgeschlagene, bisher aber unverbindliche Definition für Nanomaterialien verbindlich in alle Gesetze übernehmen, die auf Nanomaterialien angewendet werden können. Hierzu zählen neben der Chemikaliengesetzgebung auch produktbezogene Gesetzgebungen, wie zum Beispiel die Lebensmittel- und Kosmetikverordnungen. Der Vorschlag beinhaltet außerdem eine generelle Meldepflicht für alle Nanomaterialien und -produkte. Diese sollen in einem EU-weiten Nanoregister geführt werden, wodurch die Marktüberwachung und Rückverfolgbarkeit von Nanomaterialien erheblich verbessert werden soll. Auf Produkten, die über ein Verzeichnis der Inhaltsstoffe verfügen, sollen Nanozutaten zukünftig als solche gekennzeichnet werden. Dazu würde im Verzeichnis neben dem Inhaltsstoff der Begriff „nano“ angegeben. Verbraucher sollen so bessere Möglichkeiten erhalten, Produkte mit Nanomaterialien zu erkennen, um selbst wählen zu können, ob sie diese kaufen möchten.

Leichtgewichte wie Nanopartikel brauchen andere Mengenvorschriften

Die Verbände schlagen außerdem weitreichende Anpassungen in der Chemikalienverordnung REACH vor. Da Nanomaterialien häufig über neue Eigenschaften verfügen, sollen sie künftig grundsätzlich wie die sogenannten „Neustoffe“ behandelt werden. Bevor ein Nanomaterial auf den Markt gebracht werden darf, müssten Unternehmen somit immer zunächst Daten zur Sicherheit des Materials bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) einreichen. Bisher werden Nanomaterialien in der Regel zusammen mit ihrem Ur-

sprungsstoff registriert. Damit gelten die abgestuften Fristen für sogenannte „Altstoffe“. Diese haben dafür gesorgt, dass bisher zu vielen Nanomaterialien überhaupt noch keine Daten bei der ECHA vorhanden sind. Die Mengenschwellen für die Registrierung, die die Europäische Union vorgibt – die kleinste Mengenschwelle der EU-Chemikalienverordnung sieht Jahresproduktionen von einer Tonne vor – sollten für Nanomaterialien ebenfalls deutlich reduziert werden. Denn vom Gewicht her werden Nanomaterialien häufig in sehr kleinen Mengen hergestellt. Damit können sie aktuell ganz von REACH ausgenommen sein, oder es sind nur sehr wenige Daten verpflichtend erforderlich. Eine Risikobewertung ist dann nur sehr eingeschränkt möglich. Durch niedriger angesetzte Mengenschwellen müssten deutlich mehr Sicherheitsdaten eingereicht werden. Notwendig ist auch, in den REACH-Anhängen eigene Bestimmungen für die Risikobewertung von Nanomaterialien aufzunehmen.

Engagement ist gefragt

In einer ersten Reaktion auf den Verbändevorschlag hat die Generaldirektion für Wirtschaft der EU-Kommission erneut abgelehnt, die Vorschriften für die Registrierung von Nanomaterialien unter REACH zu ändern. Dagegen zeigte sich die Generaldirektion für Umwelt für Gespräche offen. Viel wird jetzt davon abhängen, welche Signale von den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament ausgehen.

Anmerkung

► (1) www.kurzlink.de/verb-nano-gesetz

Der Politikwissenschaftler Jurek Vengels arbeitet seit 2007 beim BUND zu den Themen Chemikalienpolitik und Nanotechnologie. Unter anderem hat er den Aufbau einer Nanoproduktdatenbank betreut.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27586422,
E-Mail:
jurek.vengels@bund.net,
www.bund.net,
www.nanowatch.de



DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

4

NEU!

2012



SCHWERPUNKT

Zwischen Green Economy und Postwachstum

WEITERE THEMEN

- How Green is the Green Economy?
- Mehr Licht auf Schattenfinanzplätze
- Systemischer Wandel für die Große Transformation

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

abo@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallstatistik 2011

Müllexporte auf Rekordniveau

■ Laut Europäischer Umweltagentur (EEA) exportieren die EU-Staaten mehr Müll als je zuvor. Viele EU-Mitgliedstaaten hätten nicht die Möglichkeiten, bestimmte Abfallarten zu verwerten oder zu entsorgen und führten sie deshalb aus.

Sowohl der internationale Handel mit verwertbaren Materialien als auch der mit gefährlichen Abfällen werde voraussichtlich weiter ansteigen. Gründe dafür seien ein größer werdender Wettbewerb und ein stärkeres Verständnis für den nachhaltigen Wert von Abfällen.

Den Handel mit nicht gefährlichem Abfall wertet die EEA größtenteils als positiv: Die Staaten exportieren den Abfall meistens dorthin, wo dieser besser verwendet werden könne. Außerdem sei der Transport zur Verwertung der Abfälle positiver für die Umwelt als die Verarbeitung von neuen Materialien.

Zu gefährlichem Abfall zählen unter anderem Bleibatterien und Flugasche aus Verbrennungsanlagen. Der größte Teil dieses Abfalls werde innerhalb der EU in Nachbarländer exportiert und dann als Brennstoff genutzt oder verwertet, teilweise aber auch auf Deponien gelagert.

Problematisch sei aber, dass auch der illegale Handel zunimmt. Altelektronikgeräte würden als „Gebrauchtgeräte“ klassifiziert, obwohl diese nicht mehr funktionsfähig seien. Wegen der großen Mengen von über 250.000 Tonnen im Jahr fordert die EEA verstärkte Kontrollen von der Europäischen Union. Diese sollte außerdem mehr Maßnahmen zur Abfallvermeidung ergreifen. Zudem würden die Ressourcen immer knapper, weswegen die EU ihre Abfallmenge dringend minimieren sollte. **[hk]**

- Meldung der EEA: www.eea.europa.eu/highlights/eu-exporting-more-waste-including

EU-Abfallrecht

Italiens Deponien illegal

■ Die EU-Kommission hat Italien Ende Oktober nochmals wegen illegaler Abfalldeponien vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) verklagt. Obwohl es bereits 2007 ein EuGH-Urteil gegen Italien gab, sei die Mülldeponierung in nahezu allen Regionen Italiens weiterhin sehr problematisch. Die ergriffenen Maßnahmen würden nicht zu einer langfristigen Lösung des Problems beitragen. Trotz der Versicherung Italiens, Sanierungsmaßnahmen vornehmen zu wollen, sind bis Jahresende voraussichtlich nur 31 Abfalldeponien saniert, 255 seien noch zu modernisieren. Die EU-Kommission hat von den italienischen Behörden vergangenes Jahr verlangt, dass diese der Kommission einen Zeitplan für die sanierungsbedürftigen Deponien vorlegen. Doch selbst diesen Beschluss befolgte Italien nicht vollständig, denn es fehlen immer noch Zeitpläne für einige Abfalldeponien.

Insgesamt habe Italien die im EuGH-Urteil von 2007 festgelegten Forderungen nicht erfüllt. Deswegen hat die EU-Kommission Italien nach zwei Mahnschreiben nochmals verklagt und fordert nun ein Bußgeld in Höhe von 56 Millionen Euro. Nach dem Urteil soll Italien außerdem so lange ein tägliches Zwangsgeld in Höhe von über 256.800 Euro bezahlen, bis kein Gesetzesverstoß mehr festgestellt werden kann. **[hk]**

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/1140)

EU-Chemikalienpolitik

Kritik an ECHA und REACH

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Umweltschutzorganisation Client Earth haben die EU-Chemikalienverordnung REACH und die zuständige Europäische Chemikalienbehörde (ECHA) unter die Lupe genommen. Herausgekommen ist ein äußerst kritischer Bericht über die Fort- und Rückschritte der vergangenen fünf Jahre.

Übergroße Industriefreundlichkeit auf Kosten von Umwelt und Gesundheit, fehlende Daten und mangelnde Information der Öffentlichkeit - das sind nur einige der Punkte, die EEB und Client Earth in dem 62-seitigen Dokument bemängeln. Ein Großteil der stichprobenartig ausgewählten 40 Registrierungsdossiers gefährlicher Chemikalien sei zudem unvollständig und widerspreche damit dem „keine Daten, kein Markt“-Prinzip von REACH.

Auch die Unternehmen kommen in der Analyse nicht gut weg. Sie nutzten diverse Tricks, um trotz unzureichender Daten einen Marktzugang zu erhalten. **[jg]**

- www.eu-koordination.de (News – 19.10.12)
- Bericht „Identifying the Bottlenecks in REACH Implementation. The Role of ECHA in REACH's failing implementation“ (PDF, 62 S., engl.): www.kurzlink.de/reach-echa-analysis

Stockholmer Konvention

Neuer Schadstoff auf der schwarzen Liste der UN?

■ Ein internationales Expertengremium hat Mitte Oktober empfohlen, das Flammenschutzmittel Hexabromcyclododekan (HBCD) in die Verbotliste der Stockholmer Konvention aufzunehmen. Drei weitere Stoffe sollen einer Überprüfung unterzogen werden. Die endgültige Entscheidung über HBCD wird im nächsten Frühjahr erwartet.

Die für neue Vorschläge zu langlebigen organischen Verbindungen (POPs) zuständige 31-köpfige Arbeitsgruppe, das Persistent Organic Pollutant Review Committee, hatte in Genf über neue Vorschläge diskutiert. Die Stockholm Konvention regelt völkerrechtlich verbindlich Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen für POPs.

Hexabromcyclododekan wird in der industriellen Produktion von Kunststoffen wie Polystyrol, für Textilien und in Elektrogeräten verwendet. Das POP-Review-Committee hat die Verbotsempfehlung für das nächste Treffen der Vertragsstaaten der Stockholm Konvention erarbeitet, die vom

28. April bis 10. Mai 2013 stattfinden soll. Allerdings soll es Übergangszeiten und Ausnahmeregeln geben. HBCD gehört zu den sehr besorgniserregenden Stoffen. [jg]

► www.kurzlink.de/chm-pops-oct2012

Chemiebelastung

Erste europaweite Studie

■ Humanes Biomonitoring im Großformat: 4.000 Mütter und ihre Kinder aus 17 verschiedenen europäischen Ländern haben die ForscherInnen des Democophes-Projektes nach der gleichen Methode untersucht. Neben Interviews wurden Haar- und Urinanalysen durchgeführt, um sie auf Quecksilber, Cadmium, Cotinin, fünf Phthalate, Bisphenol A, Parabene und Triclosan zu untersuchen.

Die ersten Ergebnisse wurden Ende Oktober in Lanarca (Zypern) vorgestellt. Zumindest in geringen Mengen – je nach

Umgebung und Lebensstil der untersuchten Personen – konnten die Stoffe in fast allen Proben nachgewiesen werden. Beispielsweise wiesen die Proben der SüdeuropäerInnen mit hohem Fischkonsum höhere Schwermetallkonzentrationen auf. Umstritten ist, wie diese Daten bewertet werden sollen.

Als „nicht besonders besorgniserregend“ bezeichnete ein Sprecher der zypriischen EU-Präsidentschaft das Ergebnis. „Die Wahrheit ist, dass keiner dieser Stoffe in den menschlichen Körper gehört“, sagte dagegen Lisette van Vliet von der Umwelt- und Gesundheitsorganisation HEAL. Besonders die Weichmacher (Phthalate), die eine hormonähnliche Wirkung haben, könnten gesundheitliche Störungen wie frühzeitige Pubertät bei Mädchen und Genitaldefekte bei Jungen zur Folge haben.

Auch Brust- und Prostatakrebs stünden mit den Umwelthormonen in Zusammenhang. Die EU müsse mehr gegen gefährliche Chemikalien im menschlichen Umfeld tun. Die vollständigen Ergebnisse des ersten eu-

ropäischen humanen Biomonitorings sind noch nicht öffentlich zugänglich. [jg]

► Projektseite: www.eu-hbm.info/democophes

Chemikalienbewusstsein

Neue Gefahrenpiktogramme

■ Die EU-Kommission hat untersuchen lassen, inwieweit der Bevölkerung die neuen, weltweit gültigen Gefahrensymbole für Chemikalien bekannt sind. Besonders hoch ist der Bekanntheitsgrad nicht – allerdings gibt es die neuen Symbole auch noch nicht sehr lange. Die Kommission empfiehlt deshalb, erst mal keine Änderungen vorzunehmen. Die quadratischen, rot umrandeten schwarzen Symbole auf weißem Grund lösen die älteren, orangefarbenen Bilder ab. Zurzeit gilt für Gemische noch eine Übergangsfrist bis Juni 2015. [jg]

► Bericht: www.kurzlink.de/kom-2012-630

Zukunft ist bioLOGISCH!

Nürnberg, Germany
13. – 16.2.2013



BioFach 2013

Weltleitmesse für Bio-Produkte

Hier trifft sich die Bio-Welt

Der (bio)logische Weg in die Zukunft. Regionale Produkte. Schonende Produktion. Konsequente Bio-Zertifizierung. Erleben Sie bei uns die Vielfalt der Regionen. Weltweit. Über 2.400 Aussteller*. Fachbesucher aus 130 Ländern*. Willkommen auf der BioFach.

biofach.de

*) BioFach/Vivaness 2012



Veranstalter
NürnbergMesse
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11. 86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de
Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

Nationaler Ideeller Träger
BOLW
Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft

NÜRNBERG MESSE

Luftqualität**Saubere Luft braucht strengere Grenzwerte**

■ Die bisherigen Maßnahmen in der Europäischen Union zur Reduzierung von Luftschadstoffen reichen nicht aus, um Umwelt- und Gesundheitsbelastungen wirksam zu senken. Das ist das Hauptergebnis eines Berichts der Europäischen Umweltagentur (EEA) von Oktober.

In der Analyse wurde untersucht, in welchem Maß es gelang, die Ziele der Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) von 2001 zu erreichen. Die NEC-Richtlinie legt für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan, NMVOC) Emissionsobergrenzen fest.

Vor allem bei der Anreicherung mit Nährstoffen in Gewässern (Eutrophierung), der Versauerung des Bodens und der Ozonbelastung reichten die erzielten Erfolge nicht aus. Die bisherigen Obergrenzen erzielten nicht die erhoffte Wirkung. Gegenwärtig arbeitet die EU-Kommission an einer Neuregelung der Luftreinhaltestrategie. Im nächsten Jahr will sie ein Gesetzespaket für die Luftqualitätspolitik in Europa vorlegen. [ib]

► EEA-Bericht (PDF, 17MB): www.kurzlink.de/eea-nec-old/new-1012

Industrieemissionen**Unzufriedene Stimmen werden lauter**

■ „Der Bundestag hat versagt, der Bundesrat muss nachbessern“ – so jedenfalls sieht der NABU die bisher schwache Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie in deutsches Recht. Der Bundestag hatte nach einer Anhörung im Oktober zum Gesetzentwurf der Bundesregierung keine großen Nachbesserungen beschlossen (umwelt aktuell 11.2012, S. 10). Der NABU kritisierte,

dass in Deutschland der Grenzwert von 30 Mikrogramm pro Kubikmeter Quecksilber bestehen bleibt. In den USA werde das Niveau ab 2016 auf ein Zwanzigstel dessen abgesenkt (1,5 Mikrogramm), das deutsche Umweltbundesamt habe immerhin drei Mikrogramm empfohlen.

Nicht nur beim Quecksilber, sondern auch bei allen anderen aktuell bedenklichen Luftschadstoffen seien die neuen Regelungen alles andere als fortschrittlich. Damit schwinde der Anreiz, in technische Neuerungen zu investieren, die ökonomisch zumutbar und ökologisch sinnvoll sind. Insbesondere die Feinstaub- und Stickoxidmengen sollen im neuen Gesetz nicht weiter zurückgefahren werden. In der Gesetzesnovelle sei zudem nicht vorgesehen, unbegründete und ökologisch bedenkliche Privilegien für Braunkohle- oder Zementkraftwerke abzubauen. Der Bundesrat hat am 23. November (nach Redaktionsschluss) über das Gesetzspaket entschieden.

Auch das Umweltbundesamt sieht in der Novelle keinen großen Fortschritt. Die EU-Richtlinie habe lediglich einige kleinere Verbesserungen vorgegeben, sagte UBA-Mitarbeiter Uwe Lahl in einem Interview mit den VDI-Nachrichten. [jg]

► NABU: www.kurzlink.de/nabu-ie-nov2012

► Interview: www.kurzlink.de/vdi-okt-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Künstliche Erdbeben**Selbst schuld?**

■ Das Nachrichtenportal Spiegel Online (SPON) hat im Oktober über neue Erkenntnisse in der Ursachenforschung von Erdbeben berichtet. Nach einer Theorie des Geophysikers Christian Klose sind für viele Erdbebenkatastrophen Menschen verantwortlich. Durch Rohstoffförderung, Erdwärmeanlagen und Staudämme gerate der Boden immer weiter unter Spannung, was zu Erschütterungen führen könne.

Die Untersuchungen Kloses und seines Kollegen Schilling zeigten, dass beispielsweise bei Geothermiebohrungen besonders Gebiete bedroht sind, die ohnehin durch Erdbeben vorbelastet seien.

Die beiden Geophysiker gehen davon aus, dass menschliche Tätigkeiten der Auslöser für rund 200 Erdbeben der vergangenen Jahre waren. Klose ist der Auffassung, dass unter anderem das Erdbeben 1989 im australischen New Castle durch den dortigen Bergbau ausgelöst worden ist.

Die Betreiber der Kohlemine bestreiten dies, doch auch andere Wissenschaftler unterstützen diese These. Ähnliches berichten Forscher über das Beben im spanischen Lorca im vergangenen Jahr: Durch die Gewinnung von Wasser sei der Grundwasserspiegel gesunken und der Boden unter Spannung gesetzt worden. Allerdings könne niemand völlig ausschließen, dass das jeweilige Erdbeben nicht doch natürliche Ursachen hat. [hk]

► www.kurzlink.de/erdbeben-spon10.2012

Küstenschutz**Afrikas größtes Schutzgebiet**

■ Mosambik hat im November das laut WWF größte Küstenschutzgebiet des afrikanischen Kontinents ausgewiesen. Der Primeiras-e-Segundas-Archipel umfasse zehn von Korallen umsäumte Inseln und erstreckte sich über eine Fläche von mehr als einer Million Hektar. Sowohl die Zentralregierung als auch die lokale Bevölkerung seien dafür, die sensible Region, die Mangrovenwälder, Rückzugsstätten des Quastenflossers und große Vogelnistplätze umfasse, unter Schutz zu stellen. [jg]

► www.portaldogoverno.gov.mz

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Internationaler Klimaschutz

Kyotoprotokoll I und II

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober bekannt gegeben, dass fast alle Mitgliedstaaten dabei sind, ihre individuellen Kyoto-Reduktionsverpflichtungen zu erreichen. Seit 1990 gingen die Treibhausgasemissionen um 18 Prozent zurück, während die Wirtschaft um 48 Prozent wuchs. Da die EU auf diesen Emissionsrückgang noch etwa 2,5 Prozent Minderungen im Ausland anrechnen kann, hätte sie ihr Ziel, die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, schon übererfüllt, so das europäische Klimanetzwerk CAN. Die Klimaaktivisten forderten deshalb, das europäische Klimaziel auf 30 Prozent anzuheben.

Indes verabschiedeten die EU-Umweltminister eine gemeinsame Position der EU für die Klimakonferenz im Dezember in Doha. Dabei bekannten sie sich zu der Vereinbarung von der vorangegangenen Klimakonferenz in Durban, ein neues globales Klimaabkommen bis 2015 zu schaffen, das 2020 in Kraft treten soll. Nicht einigen konnten sie sich bei der Frage, wie in der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode mit überschüssigen Zertifikaten umgegangen werden soll. Polen legte bei den Verhandlungen erneut sein Veto ein. Der WWF kritisiert, dass der Rat nicht von der Möglichkeit Gebrauch macht, Positionen mit einer Zweidrittelmehrheit anzunehmen. Laut einem internen Dokument des Ministerrats würden solche Entscheidungen lediglich aus Gewohnheit einstimmig gefällt. So werde nun die Position der EU in Doha geschwächt und die Verhandlungen für eine ambitionierte zweite Verpflichtungsperiode gefährdet.

Eine positive Meldung im Vorfeld der Verhandlungen kam aus Australien: Der neue Premierminister Kevin Rudd kündigte an, dass sein Land an der zweiten Verpflichtungsperiode teilnehmen werde. [uk]

► www.kurzlink.de/Kyoto_Kom_Bericht (engl.)

Klima- und Energieziele

Oettinger für Erneuerbare

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat Anfang November gefordert, zusätzlich zu einem CO₂-Reduktionsziel für 2030 auch Ziele für den Ausbau von Erneuerbaren einzuführen. Zu neuen Vorgaben für Energieeffizienz, der dritten Säule der Klima- und Energieziele der EU bis 2020, äußerte er sich nicht.

Oettinger will ein separates Ziel für die erneuerbaren Energien, da bei einem CO₂-Ziel allein die Atomkraft im Vorteil sei. Dieser Ansatz ist aber innerhalb der Kommission umstritten und wird von einigen Mitgliedstaaten abgelehnt. Außerdem strebt Oettinger an, die Fördersysteme stärker zu harmonisieren. Deren Kosten hätten kritische Grenzen überschritten. Damit will er auch den europäischen Energie-Binnenmarkt weiter vorantreiben, bei dessen Umsetzung die Mitgliedstaaten in Verzug geraten sind. Diese Maßnahmen würden stark in deren Energiepolitik eingreifen. Umweltverbände, darunter der DNR, befürchten, dass dadurch die Erneuerbaren-Förderung gebremst wird und das EEG in Gefahr geraten könnte. Im Dezember wird die Kommission intern eine Mitteilung zu den Zielen für 2030 diskutieren, deren Inhalt noch unklar ist. Der Leiter der Generaldirektion Klima Jos Delbeke hatte kürzlich erklärt, vor 2015 werde es keine Vereinbarungen für neue Klima- und Energieziele geben. [uk]

► www.ec.europa.eu/energy/renewables

Treibhausgase

Zu viel F-Gase in der Luft

■ Die EU-Kommission hat im November einen Verordnungsvorschlag veröffentlicht, der den Ausstoß von fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) einschränken soll. Im Vergleich zu einem früheren Entwurf ist er laut Umweltverbänden jedoch weniger ambitioniert.

Geplant ist eine stufenweise Verringerung der F-Gas-Emissionen von Kühlge-

räten auf ein Drittel bis 2030. Außerdem sollen bis 2015 F-Gase in Haushaltskühlgeräten verboten werden. Die Environmental Investigation Agency (EIA) wertete den Vorschlag als Erfolg der Heiz-, Kühl- und Gefrierlobby.

F-Gase, besonders teilhalogenerter Fluorkohlenwasserstoff (H-FKW), wurden als Ersatz zu FCKWs eingeführt, welche aufgrund ihrer schädlichen Wirkung auf die Ozonschicht durch das Montreal-Protokoll im Jahr 1987 verboten wurden. Jedoch haben F-Gase ein erheblich höheres Treibhausgaspotenzial als CO₂. Beim F-Gas Schwefelhexafluorid (SF₆) liegt es 23.000-Mal höher. Seit 1990 stiegen F-Gas-Emissionen um 60 Prozent. [uk]

► www.kurzlink.de/Kommission_F-Gas

EU-Emissionshandel

Reformbedürftig

■ Mit einer sogenannten Backloading-Strategie und sechs weiteren Reformvorschlägen will die EU-Kommission das angeschlagene und viel kritisierte Emissionshandelssystem wieder in Schwung bringen. Die Kommission schlägt vor, in der dritten Phase des Emissionshandels ab 2013 drei Jahre lang insgesamt 900 Millionen Zertifikate weniger auf den Markt zu geben. Die Versteigerung würde auf die Jahre 2019 bis 2020 verschoben. Der Preis für eine Tonne CO₂ könnte so im kommenden Jahr auf 15 Euro steigen.

Ende 2011 waren laut Kommission eine Milliarde Zertifikate zu viel auf dem Markt. Das führte dazu, dass der Preis für eine Tonne CO₂ auf derzeit sieben bis acht Euro sank. Dies biete Unternehmen jedoch kaum Anreize, in effiziente Technologien zu investieren. Laut Experten müsste die Tonne dafür ungefähr 30 Euro kosten.

Germanwatch hält den Vorschlag für halbherzig und betont die Notwendigkeit einer umfassenden Strukturreform. Der WWF plädiert dafür, den Überschuss dauerhaft vom Markt zu nehmen. 16 große Unternehmen sprachen sich in einem Brief an die Abgeordneten des EU-Parlaments

für eine „dringende Intervention“ der EU in den Kohlenstoffmarkt aus.

Weitere Vorschläge der Kommission zur strukturellen und langfristigeren Reform des ETS sind die Anhebung des Reduktionsziels auf 30 Prozent bis 2020 oder das permanente Entfernen von 1,4 Milliarden Zertifikaten.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments wird über die Reformvorschläge im Februar kommenden Jahres abstimmen, bevor er im April im Parlamentsplenum diskutiert wird. Laut Kommission ist es unwahrscheinlich, dass die Reform vor 2017 in Kraft tritt. **[uk]**

- Vorschlag der Kommission (engl.): www.kurzlink.de/Kom_Backloading
- Kohlenstoffmarkt-Bericht (engl.): www.kurzlink.de/Kom_Kohlenstoffmarkt

Emissionshandel

Flüge ausgenommen

■ Die EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard hat Mitte November mitgeteilt, dass der europäische Emissionshandel für internationale Flüge von und nach Europa bis Herbst 2013 ausgesetzt werden soll. Auslöser für die Unterbrechung ist der Beschluss der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), eine hochrangige Arbeitsgruppe zur Reduzierung von Flugemissionen einzurichten. Auf Basis von Empfehlungen der Arbeitsgruppe soll die ICAO im Herbst 2013 einen Vorschlag über einen Emissionshandel für den internationalen Flugverkehr machen. Falls die ICAO keinen Vorschlag vorlegt, werden die aktuellen europäischen Regeln automatisch wiederaufgenommen, so die Kommission.

Über die Einbeziehung internationaler Flüge gibt es Streit zwischen der EU und den USA, China, Indien, Kanada und Russland. Umweltverbände zeigten sich skeptisch und werteten den Vorschlag der Kommission als Zugeständnis an die ablehnenden Staaten. Laut dem europäischen Verkehrsverband Transport & Environment hat die ICAO nun keine Entschuldigung mehr, sich nicht

auf ein globales Abkommen über marktwirtschaftliche Instrumente zu einigen. Die USA würden eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen spielen und Obama könne nun zeigen, ob er seine Klimaschutzversprechen auch einhält. **[uk]**

- Stellungnahme der Kommission (engl.): www.kurzlink.de/Flug_Emissionen_Kom
- Stellungnahme von Transport & Environment (engl.): www.kurzlink.de/Flug_Emissionen_TuE

Energiewende national

Wer bezahlt den Ausbau?

■ Beim Energiegipfel haben Bund und Länder im November versucht, Probleme bei der Koordinierung der Energiewende zu beseitigen. Im Vordergrund standen dabei die hohen Strompreise, der Netzausbau und die Versorgungssicherheit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte die Notwendigkeit eines „zügigen Ausbaus“ des Ökostroms bei „verträglichen“ Preisen. Anlass für diese Debatte ist der Anstieg der EEG-Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde im kommenden Jahr, welcher zu einem hohen Teil den Ausnahmen für energieintensive Unternehmen geschuldet ist. Merkel und Umweltminister Peter Altmaier kündigten an, diese Ausnahmen zu überprüfen.

Die Teilnehmer des Gipfels sprachen sich für eine Reform des EEG aus, um es zum „zentralen Steuerungsinstrument für die Energiewende“ zu machen. Laut Plänen der Bundesregierung soll das Ausbauziel für Erneuerbare beim Strom 2020 von 30 auf 35 Prozent angehoben werden. Momentan sind es 25 Prozent. Eine bessere Koordinierung soll den Netzausbau voranbringen.

Altmaier hatte vorgeschlagen, den Anteil sogar auf 40 Prozent zu erhöhen, jedoch nur wenn die Förderung von Windenergie gedeckelt würde, so wie bei der Solarenergie. Die rot-grünen Bundesländer lehnten dies ab. Umweltverbände forderten, die Energiewende zu beschleunigen. **[uk]**

- www.kurzlink.de/Gipfel_Laenderpapier

Ökosteuer

Industriprivilegien gehen weiter

■ Im November hat der Bundestag dem sogenannten Spitzenausgleich zugestimmt. Demnach werden energieintensive Unternehmen weitere zehn Jahre lang von der Ökosteuer ausgenommen, wenn sie im Gegenzug ihre Energieeffizienz erhöhen (siehe umwelt aktuell 11.2012, S. 13). Um das zu erreichen, sind die Unternehmen ab 2013 verpflichtet, Energiemanagementsysteme einzurichten und ihre Energieintensität zu reduzieren. Durch den Spitzenausgleich hat der Staat Steuermindereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe.

Die bisherige Regelung läuft Ende 2012 aus und wird nun um weitere zehn Jahre verlängert. Dies bedeutet steuerliche Mindereinnahmen von 2,3 Milliarden Euro jährlich. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisiert die Fortführung als „großen Rückschlag für die deutsche Energie- und Klimapolitik“. Die Effizienzverbesserungen würden sich praktisch von selbst erfüllen, sodass keinerlei Anreize für eine höhere Energieeffizienz bestünden. **[uk]**

- www.foes.de

Energieeffizienz I

Kluger Verbrauch spart Energie

■ Mehr Energieeffizienz sei zentral, um die Zeit bis zu einem globalen Klimaabkommen zu überbrücken, hat die Internationale Energieagentur (IEA) im World Energy Outlook Anfang November angemahnt. Vorher hatte die IEA betont, dass Regierungen ein Abkommen bis 2017 beschließen müssten, um den Temperaturanstieg von zwei Grad nicht zu überschreiten. Energieeffizienz könnte die globale Nachfrage nach Energie bis 2035 halbieren. **[sl]**

- Weltenergieausblick (engl.): www.kurzlink.de/world_energy_outlook

„Das jetzt geltende 20-Prozent-Ziel bedeutet acht Jahre Stillstand.“

Die EU will bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent verringern, den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und die Energieeffizienz um 20 Prozent steigern. Da die Treibhausgase schon jetzt fast um 20 Prozent niedriger sind, muss die EU ambitioniertere Klimaziele entwickeln, meint der Politische Geschäftsführer von Germanwatch Christoph Bals.

umwelt aktuell: Wie steht es derzeit um die Energie- und Klimapolitik der EU?

Christoph Bals: Es stehen wichtige Entscheidungen an – und immer mehr deutet darauf hin, dass die Handlungsfähigkeit der EU in diesem zentralen Politikfeld erodiert. Bisher sieht es nicht einmal danach aus, dass sie bis 2020 ihr Klimaziel zumindest auf 30 Prozent gegenüber 1990 erhöht. Da bislang schon fast 18 Prozent zu Hause erreicht sind und drei weitere Prozentpunkte durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, bedeutet das jetzt geltende 20-Prozent-Ziel acht Jahre Stillstand – während sich das Klima rasend schnell wandelt. Der EU-Emissionshandel, das Flaggschiff des EU-Klimaschutzes, hat wegen Überausstattung und Wirtschaftskrise jegliche Bedeutung für Investitionsentscheidungen verloren. Nicht nur Polen, auch das deutsche Wirtschaftsministerium verhindern die notwendige Strukturreform. Der jährliche Reduktionsfaktor für Emissionen müsste verschärft werden. Das schafft Investitionssicherheit – Voraussetzung zum Erreichen der langfristigen Klimaziele.

Was sind die nächsten Herausforderungen?

Neben der Reform des Emissionshandels und höherer CO₂-Ziele für 2020 geht es dann um das gesamte Klimaschutzpaket für 2030: Klimaziele von mehr als 50 Prozent, ambitionierte Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Und all das verbindlich, nicht freiwillig. Neben den Zielen auf EU-Ebene geht es um die Dynamik in den Mitgliedstaaten. Für Deutschland heißt das: die Energiewende zum Erfolg zu führen. Ein Wohlstandsmodell, dass bis 2050 mit deutlich weniger Energie auskommt und diese zu praktisch 100 Prozent durch erneuerbare Energien bereitstellt. Die Energiewende ist das Referenzprojekt in der EU schlechthin – wenn sie gelingt, kann sich kaum ein Land der Dynamik entziehen. Deshalb gilt es immer im Blick zu haben: Wie kann es gelingen, dass die Energiewende in Europa einen Dominostein nach dem anderen in dieselbe Richtung kippt.

Warum sind EU-Klima- und Energieziele nach 2020 so wichtig?

Der notwendige Beitrag der EU, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, läuft auf eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes um mindestens

80 bis 95 Prozent bis 2050 hinaus. Vorher müssen die Gesellschaft hier und die internationale Staatengemeinschaft sehen: Die Regierungen in Europa nehmen ihren Amtseid ernst, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Außerdem brauchen die Investoren klare Signale – laut, langfristig und verbindlich.

Wie weit ist die Diskussion in der EU dazu zurzeit?

Es ist nicht einmal klar, ob es nach 2020 eine gemeinsame Energie- und Klimapolitik geben wird. Aber nur gemeinsam können die EU-Länder die Globalisierung im Konzert mit den USA, China und anderen mitgestalten. Es geht also darum, die Energiewende vorrangig dezentral voranzutreiben. Das schafft regionale Wertschöpfung und Akzeptanz. Es geht aber auch darum, die Energiewende zu einem europäischen Projekt zu machen und die EU als starken und ambitionierten Akteur international aufzustellen.

Halten Sie verbindliche Klima- und Energieziele nach 2020 für realistisch, und wann?

Ja – das halte ich für realistisch. Erstens, weil der Klimawandel uns keine Zeit lässt. Zweitens, weil ambitionierte Klima- und Energieziele auch die Rechnungen für fossile Energieimporte, gerade auch in den krisengeschüttelten Südstaaten der EU deutlich reduzieren. Drittens, weil starke Klimaziele die notwendigen Investitionsimpulse setzen, die wir nicht nur zur Bekämpfung der Wirtschafts-, sondern auch der Klimakrise brauchen. Aber es wird nicht einfach. Es gibt eine massive organisierte Unverantwortlichkeit, die sich hier in den Weg stellt.

Welche Rolle nehmen die einzelnen Mitgliedstaaten ein? Wer treibt voran, wer bremst?

Es ist erschreckend, dass Deutschland nicht zu einer eindeutig konstruktiven Rolle gefunden hat. Bei der Ausgestaltung der Energieeffizienzrichtlinie war es insbesondere der deutsche Wirtschaftsminister Philip Rösler, der auf der Bremse stand. Auch bei der Strukturreform des Emissionshandels blockiert er. Es ist absurd: Die Energiekonzerne EON und ENBW drängen wegen der Investitionssicherheit auf eine Strukturreform, der Maschinenbau und das Handwerk

würden massiv davon profitieren. Nur halbherzig hat Deutschland die Rolle übernommen, einen Dialog zu führen, der Wege aufzeigt, wie Polen – der große Bremser in der EU – eine konstruktivere Rolle spielen kann. Wie kann die Energiesicherheit ohne Abhängigkeit von Russland und mit deutlich verringertem Einsatz von Kohle gesichert werden? Wie kann die lokale Wirtschaft vom massiven Einsatz von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien profitieren? Wenn es darauf überzeugende Antworten gibt, kann auch die Blockade Polens überwunden werden.

Kommissarin Hedegaard will 2030 keine Ziele für Effizienz und Erneuerbare, sondern nur noch eine Senkung der Treibhausgase. Reicht das?

Nein. Erstens führt das dazu, dass Kernkraft und andere Scheinlösungen genauso gefördert werden wie Energieeffizienz oder erneuerbare Energien. Zweitens: Nur verbindliche Ziele und klare Anreizstrukturen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz schaffen die notwendige Sicherheit für Investoren. Ein stark schwankender und derzeit viel zu niedriger CO₂-Preis schafft diese Sicherheit nicht. Wir sehen doch: Die verbindlichen Ziele für erneuerbare Energien führen vermutlich sogar zu einer Übererfüllung. Die fehlende Verbindlichkeit bei Energieeffizienz hingegen führt zu einem Versagen an dieser Stelle. Drittens: Die Anreizstrukturen müssen so gestaltet sein, dass sie Investitionssicherheit auch für normale Bürger schaffen, die in „ihre“ Energiewende investieren wollen.

[Interview: Uta Klönne, Stefanie Langkamp]

Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer der Nord-Süd-Initiative Germanwatch mit Sitz in Bonn und Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 60492-17, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org



Energieeffizienz II

Kein Fortschritt bei Gebäuden

■ Mitte Oktober hat die Bundesregierung ihren Entwurf für eine neue Energieeinsparverordnung (EnEV) vorgelegt. Dieser sieht vor, Neubauten schrittweise effizienter zu machen, lässt den Gebäudebestand jedoch außen vor, der 99 Prozent der Gebäude ausmacht.

Auch die Anforderungen an Neubauten seien zu schwach, kritisieren Experten aus Wissenschaft und Umweltverbänden. Die EU will, dass ab 2020 nur noch Niedrig-stenergiegebäude gebaut werden dürften. Die Technologie für solche Häuser stehe bereits zur Verfügung. „Die Bundesregierung hintertreibt ihre eigenen Beschlüsse zur Energiewende im Gebäudesektor und verstößt zudem gegen EU-Recht“, sagte der NABU-Geschäftsführer Leif Miller.

So plant die Bundesregierung, dass Gebäude bis 2050 kaum noch CO₂-Emissionen verursachen dürfen. Wie dies mit fehlenden EnEV-Standards und weniger Fördermitteln zu erreichen sein soll, ist den Umweltverbänden schleierhaft. [sl]

- Reaktion NABU: www.nabu.de/themen/energie/gebäude/15189.html

Atomkraft

Endlose Endlagersuche

■ Regierung und Opposition streiten weiter über ein Atommüllendlager. Im Oktober stellte Bundesumweltminister Peter Altmaier einen neuen Entwurf für ein Endlagersuchgesetz vor. Einige Kritikpunkte von SPD und Grünen stehen auch in dem neuen Vorschlag: die Anzahl der potenziellen Endlagerstandorte, die unterirdisch erkundet werden, die Mindestkriterien für die Endlagersuche sowie die Behördenstruktur.

Altmaier schlug eine Trennung zwischen Träger und Betreiber einerseits und Regulierungsbehörde andererseits vor. Außerdem will er ein Bundesamt für kerntechnische Sicherheit schaffen. Dass

das Gesetz noch vor der Bundestagswahl verabschiedet wird, scheint wenig wahrscheinlich. Greenpeace legte ein eigenes Konzept für die Endlagersuche vor. Der Umweltverband plädiert für eine ergebnisoffene Suche unter der Regie einer Ethikkommission, die auch die Zivilgesellschaft einbezieht. Gorleben müsse allerdings von vornherein ausscheiden. Die Kosten für die Suche in Milliardenhöhe sollen die Energiekonzerne tragen. [uk]

- Konzept von Greenpeace: www.kurzlink.de/Greenpeace_Endlager

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Outdoor-Kleidung

Überall Schadstoffe

■ Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat 14 Outdoor-Kleidungsstücke auf per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) getestet. Die Untersuchungen zeigen, dass nahezu alle getesteten Kleidungsstücke namhafter Outdoorausrüster mit Schadstoffen belastet sind. PFC wird für wetterfeste Beschichtungen verwendet. Problematisch ist allerdings, dass die Fluorverbindungen in der Umwelt nicht abgebaut werden können. Experten bringen unter anderem eine geringere Fruchtbarkeit und Immunstörungen damit in Verbindung. Deswegen fordern die Forscher ein Umdenken. Mittlerweile bieten manche Konzerne auch fluorfreie Varianten an. [m]

- www.kurzlink.de/outdoorreport-chemie

Risikoforschung

Bewertung von Schadstoffen in Lebensmitteln

■ Gemeinsam mit 25 Partnern in Europa entwickelt das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) EU-weite Standards für

die Datenerhebung von unerwünschten Stoffen in Lebensmitteln.

Es geht unter anderem um Schwermetalle, Dioxin oder Acrylamid. Wie viel davon nehmen Verbraucherinnen und Verbraucher über die Nahrung auf? Und wie sind die Unterschiede in den einzelnen EU-Ländern? Damit das Vorkommen und der Verbrauch solcher schädlicher Substanzen in der EU verglichen werden können, sollen die Wissenschaftler einheitliche Verfahren zur Datengewinnung erarbeiten. Die Lebensmittel werden nicht in unverarbeitetem Zustand analysiert, sondern so, wie sie gewöhnlich verzehrt werden.

Die EU-Kommission fördert das Forschungsprojekt „Nutzung von Total-Diet-Studien in der Expositionsschätzung“ mit etwa sechs Millionen Euro. Das Forschungsvorhaben läuft vier Jahre von Februar 2012 bis Februar 2016. Die Federführung hat die französische Gesundheits- und Ernährungsbehörde ANSES (Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail). [mbu]

- BfR-zur Total-Diet-Studie: www.kurzlink.de/bfr-totaldiet-studie
- www.tds-exposure.eu

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Bleibt alles beim Alten?

■ Die ursprünglich geplante ökologische Umverteilung bei der Vergabe der EU-Agrarsubventionen droht auf der Strecke zu bleiben. Das geht aus dem Kompromissvorschlag des EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy für den EU-Haushalt ab 2014 hervor. Demnach soll es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob und wie sie die Agrarzahungen an Großbetriebe einschränken, und zu welchen Umweltauflagen sie die Landwirte verpflichten. Rompuy will das Agrarbudget insgesamt um sechs Prozent kürzen. ►

raum&zeit *thema*:

Ernährung & Gesundheit

Ab 31. Oktober
am Kiosk!



Menschen, die sich gesund und umweltbewusst ernähren, sind heute keine Exoten mehr. Die alternative Ernährungsbewegung hat mittlerweile einen Großteil der deutschen Bevölkerung erfasst. Drei Viertel der Deutschen erwerben Ökoprodukte, ebenso viele lehnen Gentechnik im Essen ab, 8 Prozent der Deutschen sind Vegetarier. Immer mehr verbinden ihren Urlaub mit gesunder Ernährung, tauchen in einem indischen Ayurveda-Ressort unter oder erleichtern Körper und Seele beim Fastenwandern an der Nordsee.

raum&zeit *thema* Ernährung unterstützt diesen Trend mit einer Fülle an Informationen über alte und neue Ernährungskonzepte.

Der Leser erfährt, wie es um die Qualität unserer Lebensmittel bestellt ist, wie Nahrung zu Medizin wird oder wie er über das Essen auch Seele und Geist nähren kann. Dieses Themenheft gibt einen Überblick über so unterschiedliche Ansätze wie Unani, 5-Elemente oder Befreite Ernährung. Außerdem stellt sie verschiedene Ernährungskonzepte vor, die speziell zur Behandlung von Krankheiten entwickelt wurden wie die F. X. Mayr-Diät, die Coy-Diät oder die Ernährung nach Galina Schatalova. Unsere Kost ist mehr als Kalorienschleuder und Geschmackserlebnis, sie kann immer wieder ein Schatz sein sowohl für unseren unermüdlich arbeitenden hochdiffizilen Stoffwechsel als auch für unsere feinstofflicheren Ebenen, eben nach dem Motto: Du bist, was Du isst.

NEU: raum&zeit *thema* Abonnement – das Plus zu Ihrem raum&zeit-Abo

Ab sofort können Sie sich die raum&zeit *thema* Hefte regelmäßig im Abonnement bequem nach Hause schicken lassen, und das zum günstigen Abonnementpreis und ohne zusätzliche Versandkosten (nur Inland). Das raum&zeit *thema* Abonnement umfasst 2 Ausgaben pro Jahr und kostet nur 18,- €/Jahr.

(Bei Versand ins europäische Ausland zzgl. 6,00 € Versandkosten/Jahr).

Einfach bestellen unter 08171/41 84-60 oder per Mail an abo@ehlersverlag.de.

raum&zeit *thema* ist eine 2x jährlich erscheinende Sonderheft-Edition der raum&zeit mit wechselnden Schwerpunktthemen.

Preis am Kiosk: 9,50 €, Schweiz: 19,00 CHF, Österreich: 10,40 €

Bei Einzel-Bestellung im Verlag: 9,50 € zzgl. Versandkosten 1,50 € Inland / 3,- € Ausland

Im Abonnement: 9,- € je Ausgabe (im Inland ohne zusätzliche Versandkosten).

ehlers verlag gmbh, Geltinger Str. 14 e, 82515 Wolfratshausen,

Tel.: 08171 / 41 84 60, Fax: -66, E-Mail: vertrieb@ehlersverlag.de. Änderungen vorbehalten.

EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș hatte vorgeschlagen, dass die Landwirte auf sieben Prozent der Fläche der Natur den Vorrang lassen, indem sie beispielsweise Bäume und Hecken pflanzen. Cioloș will außerdem die Direktzahlungen aus dem Landwirtschaftsbudget auf 300.000 Euro pro Betrieb begrenzen. Zahlungen zwischen 150.000 und 300.000 Euro sollen um 20 bis 70 Prozent gekürzt werden, je nachdem wie viele Arbeitsplätze ein Betrieb anbietet.

Bei der derzeitigen Verteilung der 58 Milliarden Euro Agrarsubventionen profitieren meistens Großunternehmen, obwohl sie häufig umweltschädlicher wirtschaften und weniger Arbeitsplätze bieten als kleine bäuerliche Betriebe.

Wenn der Rompuyvorschlag beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs Ende November angenommen wird, besteht die Gefahr, dass der Entwurf der EU-Kommission zur Agrarreform gekippt wird. Anlässlich der Haushaltsverhandlungen warnten das Europäische Umweltbüro (EEB), BirdLife International und der WWF vor einem finanziellen Kahlschlag bei den Geldern für die ländliche Entwicklung. In einem gemeinsamen Brief an van Rompuy monierten sie überdurchschnittliche Kürzungen für Agrarprogramme, die dem Schutz der Biodiversität, dem Bodenschutz, der artgerechten Tierhaltung und dem nachhaltigen Tourismus dienen. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-budget-2014
- ▶ www.kurzlink.de/brief-rompuy-12.2012

Grünland

Artenreichtum auf Weiden braucht Schutz

■ Experten haben gefordert, dass bei der EU-Agrarreform die Erhaltung von artenreichen Weideflächen deutlicher festgeschrieben werden soll. Dafür müsse aber zunächst einmal Grünland definiert werden, hieß es auf einer Tagung des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) und des Europäischen Forums

für Naturschutz und Weidewirtschaft (EFNCP) Mitte November in Brüssel.

Unter dem Begriff „Landwirtschaftlich genutzte Naturschutzflächen“ könnten die Mitgliedstaaten eine geeignete Flächenkulisse aus Natura-2000-Gebieten und Kohärenzflächen festlegen, schlugen die Konferenzteilnehmer vor. Darauf sollten 50 Prozent an Gehölzen zulässig sein, weil diese die biologische Vielfalt fördern und Teil des definierten Lebensraums sind.

Extensives Grünland gehört zu den artenreichsten Lebensräumen in der Agrarlandschaft. Dort leben aufgrund der Pflanzenvielfalt etwa zwanzigmal so viel Schmetterlinge, Käfer und Vögel als auf Grünland, das eingesät wird. Wenn dieses künftig nicht mehr gefördert werden könne, weil eine schlüssige Definition fehlt, könne die EU viele ihrer Umweltziele nicht erreichen, fürchten die Experten. Der Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz, Boden- und Gewässerschutz und Ökosystemleistungen, stünden infrage. Dabei ist das extensive Grünland eigentlich durch die FFH-Richtlinie geschützt.

Derzeit sind laut DVL lediglich sieben Prozent der Grünlandlebensräume im Natura-2000-Schutzgebietsnetz im geforderten günstigen Erhaltungszustand. Das bestätigt auch eine Studie des NABU zur Situation von artenreichem Grünland in Süddeutschland. „Es ist ein Versagen der Agrarpolitik, dass unsere Bauern blumenbunte Wiesen und artenreiche Weiden nicht länger erhalten können. Hier brauchen wir dringend einen Kurswechsel“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Die Untersuchungen des NABU in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern ergaben, dass dort innerhalb von fünf Jahren durchschnittlich 35 Prozent Grünland verloren gegangen sind, in einzelnen FFH-Gebieten sogar bis zu 54 Prozent. Die Gründe dafür liegen vor allem in der Intensivierung und Umwandlung der Wiesen in Ackerland. [mbu]

- ▶ Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 465335-45, E-Mail: info@lvpv.de, www.lpvv.de
- ▶ NABU-Studie: www.nabu.de/themen/landwirtschaft/landwirtschaftundnaturschutz/15245.html

Pestizide

Nationaler Aktionsplan in der Kritik

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und Greenpeace halten das aktuelle Konzept des „Nationalen Aktionsplans zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“ (NAP) für mangelhaft. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen reichen nach Ansicht der Umweltverbände nicht aus, die negativen Auswirkungen durch Pestizideinsatz zu reduzieren.

Die Verbände fordern, den NAP nachzubessern. Außerdem sei es dringend notwendig, alternative Techniken zum Pflanzenschutz in der Landwirtschaft zu entwickeln. Die Kritiker bemängeln vor allem, dass es keine effektiven Vorschläge gibt, um die Tiere, Pflanzen und Gewässer vor den Folgen des Pestizideinsatzes zu schützen.

Der NABU und der BUND haben vergangenen Sommer Kleinstgewässer neben Äckern auf Pestizidrückstände untersucht. Alle entnommenen Proben waren positiv, was ihre Forderung nach einem überarbeiteten NAP bekräftigt. [hk]

- ▶ Stellungnahme des BUND, NABU, PAN Germany und Greenpeace zum NAP: www.kurzlink.de/nap-stellungnahme12

Genpflanzenzulassung

Die EFSA empfiehlt fettarme Sojabohne

■ Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) empfiehlt die Zulassung der Monsanto-Sojabohne MON 87705 als Futter- und Lebensmittel in der EU. Das geht aus einem Gutachten hervor, das die Gentechnik-Kommission der Behörde Ende Oktober veröffentlichte.

Die gentechnisch veränderte Sojabohne weist nach Angaben von Monsanto mehr ungesättigte und weniger gesättigte Fett-

säuren auf. Damit eigne sich ihr Öl auch für die Verwendung in Lebensmitteln, beispielsweise Margarine, Mayonnaise oder Salatdressing. Die EFSA verwendete für ihr Gutachten lediglich Unterlagen und Testergebnisse von Monsanto. Demnach hat die besonders fettarme Sojabohne keine negativen Effekte auf Umwelt oder Gesundheit.

Nun stimmen die EU-Mitgliedstaaten über die Importzulassung der Gentechsoja ab. Sollten sie sich nicht einigen können, liegt die endgültige Entscheidung bei der EU-Kommission. Das Zulassungsverfahren steht zurzeit wieder verstärkt in der Kritik, nachdem der EFSA vorgeworfen wurde, Studien der Gentechnikindustrie wohlwollender zu bewerten als solche von unabhängigen Wissenschaftlern. [mbu]

- ▶ EFSA-Gutachten zu MON 87705: www.kurzlink.de/efsa-gensoja-10.2012
- ▶ Infodienst zu Risikoprüfung der EFSA: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/26576.html

Patentrecht

Protest gegen Schimpansenpatent

■ Die Initiative „Kein Patent auf Leben!“ hat gemeinsam mit anderen Umweltorganisationen Einspruch gegen die Patentierung der US-Firma Intrexon auf gentechnisch veränderte Schimpansen eingelegt. Das Europäische Patentamt hatte Anfang 2012 Patente auf mehrere genmodifizierte Säugetiere erteilt. Auch die Pharmafirma Altor Bio Science hat sich unter anderem Mäuse, Katzen, Hunde, Schafe sowie Schimpansen zu Forschungszwecken rechtlich schützen lassen.

„Kein Patent auf Leben!“ und das Institut Testbiotech kritisierten die Patentvergabe. „Die jetzt erteilten Patente auf Menschenaffen weisen auf eine krasse Fehlentwicklung hin. Das Europäische Patentamt muss insbesondere zum Schutz von Säugetieren aktiv werden und die Patentierung von gentechnisch veränderten

Versuchstieren einstellen“, fordert Ruth Tippe von „Kein Patent auf Leben!“.

Christoph Then von Testbiotech verwies auf den besonderen Schutz von Menschenaffen. „Es gibt gute Gründe, Tierversuche mit Schimpansen komplett zu verbieten. Wer aber Menschenaffen zur patentierbaren Erfindung macht, scheint jeden Respekt vor den Tieren verloren zu haben.“

Durch das Einpflanzen fremder Gene, unter anderem von Insekten, sollen für spezielle Forschungszwecke angepasste Versuchstiere entstehen. Nach Ansicht der Kritiker ist das Patent aber nicht nur unethisch, sondern auch ohne medizinischen Mehrwert. Die Patentierung gentechnisch veränderter Schimpansen könnte die Zahl umstrittener Tierversuche erhöhen, befürchten sie.

Versuche an Primaten und Menschenaffen unterliegen international und auch in der EU strengen Restriktionen. Genetische Ähnlichkeit, das nachgewiesene Selbstbewusstsein und die Fähigkeit zu planen und zu fühlen, sind für Wissenschaftler



128 Seiten ISBN 978-3-932309-35-9

B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...
 ... Ihr Einkaufsführer
 für nachhaltigen
 Konsum und gutes Leben!

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
 Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
 Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Jetzt NEU für Berlin & neue Bundesländer!
 dort wo es Bio-Produkte gibt.

und Tierrechtler Grund genug, sich für gesetzlich anerkannte Grundrechte für die großen Menschenaffen einzusetzen. Das „Great Ape Project“ fordert sogar das gesetzlich verankerte Recht auf Leben, Freiheit und körperliche wie psychische Unversehrtheit. Einige EU-Länder haben Tierversuche an Menschenaffen bereits untersagt. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/affenpatent-intrexon
- ▶ www.keinpatent.de
- ▶ www.testbiotech.org
- ▶ www.greatapeproject.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Naturschutz

Mehr Meere schützen

■ Laut einem neuen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) sind 21 Prozent des Landgebietes in Europa als Schutzgebiete ausgewiesen, jedoch nur vier Prozent des Meeresraumes. In den 39 Staaten, die mit der EEA zusammenarbeiten, gibt es insgesamt 105.000 geschützte Gebiete. Aber das EU-Ziel, zehn Prozent der Meeresgebiete als maritime Schutzgebiete auszuweisen, sei noch nicht erreicht.

Die EU hat außerdem das Ziel, den Verlust der Biodiversität in Europa bis 2020 aufzuhalten und Ökosysteme vor negativen Folgen menschlicher Aktivitäten zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, spielen Naturschutzgebiete eine besondere Rolle, da sie bedrohten Arten einen sicheren Lebensraum bieten können. Schutzgebiete haben aber auch andere positive Nebeneffekte: Sie fördern den Tourismus, wirken sich positiv auf die Gesundheit von BesucherInnen aus, schaffen Möglichkeiten für Umweltbildungsmaßnahmen und bieten sauberes Wasser und saubere Luft, heißt es in dem Bericht. [ej]

- ▶ EEA-Bericht (PDF, 30 MB): www.kurzlink.de/protareas2012
- ▶ Biodiversitätsziel: www.kurzlink.de/ec03052011

Artenschutz

Windräder bedrohen Fledermäuse

■ Die Anzahl der durch Windkraftanlagen getöteten Fledermäuse steigt. Das belegt eine Untersuchung des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung im Auftrag des Naturschutzbunds Deutschland (NABU). Den Grund der erhöhten Todesrate sehen die ForscherInnen darin, dass Windkraftanlagen vermehrt in Wäldern gebaut werden. Dadurch befinden sich deren Rotorblätter näher an den Baumkronen und die Fledermäuse gelangen leichter in die Anlagen.

Viele Fledermausarten ziehen durch ganz Europa, um in ihre Überwinterungsgebiete zu gelangen. Windkraftanlagen können sich so auch auf weit entfernte Ökosysteme negativ auswirken, denn Fledermäuse haben eine wichtige Funktion für Ökosysteme und regulieren den Bestand von Schadinsekten. Da Fledermäuse außerdem nur ein bis zwei Jungtiere pro Jahr großzögen, können laut Studie Todesfälle durch Windräder sogar ganze Populationen bedrohen.

Um Fledermausbestände zu schützen, fordern die ForscherInnen mehr Absprachen zwischen der EU und den osteuropäischen Ländern. Schon Windräder in den Abendstunden, während der Zugzeit der Fledermäuse, für ein bis zwei Stunden abzuschalten, würde die Zahl verunglückter Tiere vermutlich stark verringern. [ej]

- ▶ NABU zu Fledermäusen in Windrädern: www.kurzlink.de/nabufleder1012

Ökosystemdienstleistungen

Naturschutz lohnt sich

■ Ende Oktober hat das Bundesamt für Naturschutz das Projekt „Naturkapital Deutschland“ gestartet. Ziel des Projekts ist es, den ökonomischen Wert der Natur in Deutschland zu veranschaulichen. Durch die Beschreibung der vielfältigen Leistungen deutscher Ökosysteme soll ge-

zeigt werden, dass sich Naturschutz auch wirtschaftlich lohnt.

Bei dem Projekt wird der TEEB-Ansatz (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) auf nationaler Ebene angewendet. Anfang 2010 hat die internationale TEEB-Studie bereits den Wert wichtiger globaler Umweltleistungen aufgezeigt. Unter Leitung des Helmholtz-Instituts für Umweltforschung und gefördert vom Bundesumweltministerium (BMU) soll dies nun auch für deutsche Ökosysteme ermittelt werden. Bis 2015 sollen mehrere Berichte über den Wert und die Leistungen der Natur in Deutschland erscheinen. [ej]

- ▶ www.naturkapital-teeb.de
- ▶ www.teebtest.org
- ▶ Mitteilung des BMU: kurzlink.de/BMUPM137/12

Bodenschutz

Grabpflege nicht nachhaltig

■ Auf deutschen Friedhöfen wird zu viel gegossen. Das ergaben Studien der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Universität Kassel. Von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) finanziert, haben die WissenschaftlerInnen Umweltprobleme auf Friedhöfen untersucht. Sie stellten fest, dass zu viel Gießen die Gräber überflutet und die Poren des Bodens verstopft. So würde die Verwesung erschwert und sogenannte Wachsleichen entstünden. „In Deutschland gibt es rund 33.000 Friedhöfe. Auf etwa 30 bis 40 Prozent von ihnen verwesen viele Leichen nicht – mit weitreichenden Folgen für Mensch und Umwelt“, sagte DBU-Generalsekretär Fritz Brickwedde.

Je nach Bodenart habe übermäßiges Gießen auch negative Auswirkungen auf das Grundwasser, so die ForscherInnen. Durch Sandböden sickert Wasser beispielsweise schneller als durch Lehmböden. Je schneller Wasser versickere, desto geringer sei die reinigende Wirkung des Bodens. Wenn Gießwasser zu schnell ins Grundwasser gelange, würde dieses mit langlebigen Keimen und Bakterien aus den Körpern der Toten versetzt. Auch das Festtreten der Erde auf Gräbern habe ne-

gative Effekte auf den Verwesungsprozess. Die ForscherInnen haben Kriterien für eine standortangepasste Friedhofsnutzung erarbeitet. So könnte das Anpflanzen von Stauden als Gegenmaßnahme dem Boden mehr Wasser entziehen. [ej]

- DBU zur Friedhofsnutzung:
www.dbu.de/123artikel33716_335.html

Natur des Jahres 2013

Jahreswesen 2013 gekürt

■ Im Oktober haben einige Verbände und Institutionen ihr jeweiliges Lebewesen beziehungsweise ihre Region des Jahres 2013 bekannt gegeben. So wurde die Bekassine zum Vogel des kommenden Jahres gekürt. Der stark bedrohte Schnepfenvogel soll als Botschafter für den Erhalt von Mooren und Feuchtwiesen werben. Baum des Jahres 2013 ist der Wildapfel. Der äußerst seltene Baum ist außerordentlich anpassungsfähig und kommt in fast allen Teilen Europas vor. Die Loki-Schmidt-Stiftung ernannte das Leberblümchen zur Blume des Jahres 2013. Auch dieses ist aufgrund seiner anspruchsvollen Standortwahl äußerst selten. Das Leberblümchen wächst nur in alten Laub- und Mischwäldern. Die Landschaft des Jahres wird grenzübergreifend für zwei Jahre festgelegt: 2013/14 ist es der Oberrhein. [fc]

- Übersicht: www.kurzlink.de/natdesjahr2013

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche

Österreich: Kritik an neuem Gesetz

■ Mitte November hat der österreichische Ministerrat die Novellierung des Tierversuchsgesetzes beschlossen. Im Zuge der europaweiten Vereinheitlichung der Tierversuchsgesetze waren einige Änderungen an

dem alten Gesetz nötig geworden. Österreichs Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle hält das Tierversuchsgesetz für einen sinnvollen und guten Kompromiss zwischen Anliegen des Tierschutzes und der Forschung. Künftig soll mittels eines objektiven Kriterienkatalogs das Verhältnis von Schaden und Nutzen einzelner Versuche abgewogen werden.

Obwohl das neue Tierversuchsgesetz weiterhin über die EU-Kriterien hinausgeht und sogar einige strengere Richtlinien hinzufügt, sind Tierschützer enttäuscht. So seien lang andauernde Schmerzen der Tiere bei den Versuchen weiterhin nicht grundsätzlich verboten. Auch Vertreter der Forschung sehen das Gesetz kritisch. Sie befürchten einen Wettbewerbsnachteil Österreichs im internationalen Vergleich. [fc]

- Quelle: Der Standard:
www.kurzlink.de/standar-tierversuchG

Langstrecken-Tiertransporte

Acht Stunden sind genug

■ Der Deutsche Tierschutzbund und Animals' Angels unterstützen neben vielen anderen Organisationen die Initiative „8hours – Stop long animal transports“.

Die Kampagne setzt sich dafür ein, dass der Langstreckentransport von Schlachtieren auf maximal acht Stunden begrenzt wird. Mehr als 1,1 Millionen EU-Bürger haben die Petition unterschrieben. Daraufhin hat die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Erklärung für eine zeitliche Begrenzung unterzeichnet. Deswegen fordern die Verbände die EU-Kommission seit Längerem dazu auf, die EU-Tiertransport-Verordnung zu ändern.

Je länger der Transport sei, desto mehr werde dieser für die Tiere zur Qual. Die Tiere würden beispielsweise unterwegs nicht behandelt oder versorgt werden. Außerdem gebe es keine ausreichenden Kontrollen. Die Unterstützer der Initiative sind der Auffassung, dass acht Stunden im Vergleich zu mehrtägigen Transporten deutlich besser, aber immer noch zu lang sind.

Nicht nur die Transportumstände innerhalb der EU seien unerträglich für die Tiere, auch der Export von Schlachtieren in die Türkei sei reinste Quälerei. Das beweisen gemeinsame Aufnahmen des Deutschen Tierschutzbundes und der Animals' Angels. [hk]

- www.tierschutzbund.de
- www.animals-angels.de
- www.8hours.eu

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Kommission

Arbeitsprogramm für 2013

■ Die EU-Kommission hat im Oktober ihr Arbeitsprogramm 2013 und ihre Pläne bis 2014 vorgestellt. Darin stehen für sieben Schlüsselbereiche Ziele und Maßnahmen sowie rund 50 neue Initiativen, davon zwölf zum Thema Umwelt. Für das Ziel einer echten Wirtschafts- und Währungsunion sowie für mehr Stabilität durch ein nachhaltiges Wachstum will die Kommission die Wettbewerbsfähigkeit auch durch die Nutzung der europäischen Ressourcen verbessern.

Ein neuer Klima- und Energierahmen soll die Langzeitperspektiven für Investitionen bis 2030 schaffen. Mit einer EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel will die Kommission ihre Vorsorgemaßnahmen verstärken. Zudem will sie einen Umwelt, Klima- und Energiebewertungsrahmen für eine sichere Gewinnung von nicht konventionellem Kohlenwasserstoff schaffen. Die Entwicklung von Energietechnologien und Innovationen sollen im Rahmen einer künftigen europäischen Energiepolitik gefördert werden. 2013 soll zudem der Startschuss für die dritte Phase des EU-Emissionshandels bis 2020 fallen.

Auch die Abfallpolitik soll überarbeitet werden. Ziel ist eine bessere Wiederverwertung als Beitrag zum Wachstum. Im Rahmen dieser Initiative sollen die Abfallvorschriften der EU überprüft und angepasst werden. Des Weiteren werden die

thematische Strategie zur Luftreinhaltung und die einschlägigen Rechtsvorschriften unter die Lupe genommen. Dies dient der Bewertung der Umsetzung der Politik zur Luftreinhaltung und Luftqualität.

Mit der Erneuerung der Agrar- und Fischereipolitik sowie der Programme zur regionalen und ländlichen Entwicklung will die Kommission mehr Innovation und Beschäftigung schaffen. Die ressourceneffiziente „blaue Wirtschaft“ soll das Wachstum der europäischen Meeresgebiete fördern. Auch die Festlegung eines Rahmens für die künftige Hafentpolitik der EU sowie ein Maßnahmenpaket zum Einheitlichen europäischen Luftraum stehen auf der Agenda.

Darüber hinaus will die Kommission den politischen und rechtlichen Rahmen der EU für die ökologische Herstellung überprüfen. Ziel ist die Einführung von nachhaltigen Managementsystemen für die Landwirtschaft und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen, die unschädlich für Umwelt, Gesundheit oder Tiere sind.

Auch die Überarbeitung der Durchführungsverordnung von REACH als Ergebnis der REACH-Überprüfung 2012 steht auf der Agenda. Die Gebühren und Entgelte sollen so umverteilt werden, dass die Kosten der Europäischen Chemikalienagentur berücksichtigt werden und die Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen zulasten von Großunternehmen weiter reduziert wird. **[bv]**

- Arbeitsprogramm der Kommission:
www.ec.europa.eu/atwork/key-documents

Umweltverträglichkeitsprüfung

Revision der Richtlinie

■ Die Europäische Kommission hat im Oktober Änderungsvorschläge zur Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie (UVP-RL) vorgelegt. Damit will sie den Verwaltungsaufwand und die Prüfung der potenziellen Auswirkungen größerer Projekte erleichtern und Umweltschutz- und Klimaaspekte stärker berücksichtigen. Die

UVP-Richtlinie ist vor über 25 Jahren in Kraft getreten, damit Umweltaspekte in die Planung von Projekten einfließen und sich betroffene Bürger beteiligen können. Nach einer Konsultation hat die EU-Kommission die Richtlinie nun komplett überarbeitet. Zukünftig sollen auch Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge bei der UVP berücksichtigt werden.

Die Vorschläge betreffen beispielsweise die Anpassung des Verfahrens, nach dem bestimmt wird, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Nur Projekte mit signifikanten Umweltauswirkungen sollen nach neu festgelegten Kriterien einer UVP unterzogen werden. Kleine Projekte mit lokal begrenzten Auswirkungen können künftig schneller genehmigt werden. Auch sieht der Änderungsentwurf die Verschärfung von Vorschriften zur Vermeidung von Umweltschäden und zur besseren Überprüfung von Alternativvorschlägen vor. So sollen die Auswirkungen des Klimawandels und eine umfassendere Analyse von Umweltauswirkungen einbezogen werden. Zudem ist die Straffung der verschiedenen Phasen des UVP-Prozesses durch die Festlegung von Zeitrahmen und eines neuen Mechanismus zur Vereinfachung des Prozesses bei mehreren beteiligten Behörden vorgesehen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und Justice & Environment (J&E) begrüßten den Vorschlag, da er viele Verbesserungen im Vergleich zur gültigen Richtlinie vorsehe. Es seien aber nicht alle Unzulänglichkeiten ausgeräumt worden. „Jahrelang konnten die Projektentwickler durch die Zerstückelung von Projekten die Berücksichtigung von Umweltauswirkungen umgehen“, so Jeremy Wates, EEB Generalsekretär. Das EEB sei froh, dass durch diesen Vorschlag die Akkumulierung von Auswirkungen durch verschiedene Projekte berücksichtigt würde. EEB und Justice & Environment kritisierten, dass der Vorschlag nicht mit der Aarhus-Konvention kompatibel sei. Es gebe keine Vorschrift, bei anhängenden Gerichtsverfahren das Projekt zu stoppen. Auch der Zugang zu Gerichten oder die öffentliche Beteiligung seien nicht verbessert worden. Zudem

schreibe der Vorschlag nicht fest, dass die UVP vor dem Projektbeginn abgeschlossen sein müsse. (Siehe auch Kommentar S. 21).

Die vorgeschlagenen Änderungen werden nun dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt. Wird eine Einigung erzielt, sind die Änderungen der UVP-Richtlinie in der EU rechtsverbindlich. **[bv]**

- www.kurzlink.de/eu-komm-uvp2012
- www.eeb.org

EU-Budget

Geschacher auf Kosten der Umwelt

■ Der EU-Ratspräsident Herman van Rompuy hat im November einen Kompromissvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen veröffentlicht. Das Ziel, 20 Prozent des Budgets für klimarelevante Maßnahmen vorzusehen, ist laut Umweltverbänden erstmals in der sogenannten Verhandlungsbox enthalten. Sie sei ein erstes Zeichen der Hoffnung für ein EU-Budget, das den Klimawandel anpackt und eine nachhaltige Zukunft für die 500 Millionen EU-BürgerInnen sicherstelle, hieß es in einer gemeinsamen Mitteilung von Friends of the Earth Europe (FoEE) und CEE Bankwatch.

Die Umweltvertreter kritisierten jedoch, dass van Rompuys Kürzungsvorschläge die Budgets für die ländliche Entwicklung und das Umweltförderprogramm LIFE überproportional belasten. Die vorgeschlagenen Zahlen böten wenig Anlass zur Hoffnung für eine grüne Zukunft bei Agrar- und Regionalausgaben urteilten FoEEurope und CEE Bankwatch. Die EU-Staats- und Regierungschefs berieten am 22. und 23. November (nach Redaktionsschluss) über den Haushalt. Die Abgeordneten kündigten an, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen, da die Mitgliedstaaten ihre Vorschläge ignoriert hätten. **[am]**

- News DNR: www.kurzlink.de/mff-cyp-box-reflect
- www.kurzlink.de/dnr-news-mff-20klima
- www.kurzlink.de/eu-budget-2014

OECD Umweltausblick

Es ist Zeit zu handeln

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Ende Oktober in Berlin die deutschsprachige Version des Umweltausblicks 2050 vorgestellt. Unter der Annahme eines „Weiter so“ entwirft der Bericht Szenarien für die globalen Entwicklungen der vier großen Problembereiche Klimawandel, Trinkwasser, Biodiversität und Gesundheit.

Der Umweltausblick schlägt darüber hinaus Maßnahmen vor, die den Trends entgegenwirken könnten, damit weder Wirtschaftswachstum noch künftige Generationen in Mitleidenschaft gezogen würden. Zu den Maßnahmen gehören zum Beispiel die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen oder die Förderung von Innovationen. [ib]

► Der OECD-Umweltausblick:
www.kurzlink.de/oecd-umwelt2050Nov12

Nachhaltigkeitspolitik Deutschland

Expertengruppe prüft Umsetzung

Nach 2009 hat die Bundesregierung nun schon zum zweiten Mal eine internationale Expertengruppe mit der Prüfung ihrer Nachhaltigkeitspolitik beauftragt. Die Expertengruppe des Peer Review traf sich erstmals im Oktober, um zu prüfen, inwiefern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Empfehlungen des ersten Peer-Berichts von 2009 reagiert haben. Eine Beratungswoche Ende Februar 2013 und die nationale Nachhaltigkeitskonferenz im Mai sind weitere Etappen auf dem Weg zum Peer-Bericht 2013. Zentrale Aspekte des Gutachtens sollen neben der Umsetzung einer nachhaltigen, ökologischen Wirtschaft Fragen rund um das Thema Nachhaltigkeitsmanagement sein. [fc]

► Peer Review der Bundesregierung:
www.kurzlink.de/peer_review12

Umweltverträglichkeitsprüfung á l'Europe

Auch wenn es neue Verpflichtungen gibt, kann es nicht der Sinn einer Vereinfachung von EU-Regeln zur Verträglichkeitsprüfung von Anlagen sein, dass die Öffentlichkeit außen vor bleibt, meint Wolfgang Wende von der UVP-Gesellschaft.

Die Europäische Kommission will die Regeln für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) reformieren. Im Großen und Ganzen stecken viele positive Impulse in dem Richtlinienentwurf, der im Oktober vorgelegt wurde. Insbesondere für die Scopingverpflichtung – also die öffentliche Erörterung des Untersuchungsumfanges einer Planung – sowie die verpflichtende Prüfung von Alternativen und eine Akkreditierung und Überprüfung der Arbeit der Umweltplaner- und -gutachter zum Umweltbericht gilt es sich zu engagieren. Gerade bei der Akkreditierung und Überprüfung des Umweltberichts durch „externe“ lizenzierte Umweltplaner wird aber auch bewusst ein Schritt der Qualitätssicherung, den eigentlich die Behörde tun muss, nach außen verlagert. Das birgt die Gefahr der Korruption. Auf der anderen Seite führt eine Lizenzierung oder Akkreditierung der Gutachter sicher auch zu einer Qualitätssicherung. Bisher kann in Deutschland zum Beispiel jeder – egal welchen Berufsstandes – eine Umweltverträglichkeitsstudie anfertigen und diese Leistung verkaufen.

Jedoch beinhaltet der Entwurf der EU-Kommission auch einige Probleme.

1. Das Screening soll erheblich ausgebaut werden mit neuen und mehr Prüfkriterien. Das bietet bessere Möglichkeiten, hier schon Maßnahmen der Vermeidung, Verminderung und des Ausgleichs einzuplanen. Dies ist grundsätzlich positiv, allerdings wirkt es so, als ob man das Screening so zu einer Art Mini-UVP ausbauen möchte und damit der Möglichkeit, eine vollständige UVP zu umgehen, Tür und Tor öffnet. Vor allem wäre es dadurch möglich, auf die Öffentlichkeitsbeteiligung ganz zu verzichten! Das kann und darf nicht Sinn und Zweck des Screenings sein. Stattdessen sollte das Screening innerhalb kurzer Zeit in der Regel vom Schreibtisch aus erfolgen können; bei jedem Zweifel muss dann aber eine vollständige UVP-Pflicht festgestellt werden. Die Praxis, in Deutschland zumindest, sieht ganz anders aus, und interessierte Kreise probieren jetzt schon, das Screening zu nutzen, um aus der UVP-Pflicht rauszukommen.

2. „Abrissvorhaben“ auch einer UVP-Pflicht zu unterwerfen, halten wir für falsch beziehungsweise überhaupt nicht notwendig. Das könnte eher verhindern, dass Altindustriestandorte saniert werden.

3. Zeitliche Vorgaben für einen Abschluss der UVP drei Monate nach Vorlage aller Dokumente und der Durchführung von Konsultationen sind aus Sicht der UVP-Gesellschaft nicht durchsetzbar. Das setzt eine Behörde zeitlich so erheblich unter Druck, dass das nicht mit qualifizierten Entscheidungsfindungen zu vereinbaren ist.

4. Offen ist, wie bei der Projekt-UVP der Begriff der „Alternativen“ zu interpretieren ist. Es ist zu vermuten, dass es hier nicht mehr um Konzeptalternativen gehen kann – also grundsätzliche Alternativen zum Bau eines Gaskraftwerkes oder den Bau von Windnergieanlagen. Diese Möglichkeit müsste aber gegeben sein: Standort und auch räumliche Alternativen und Varianten müssen hier unbedingt noch Raum finden. „Alternativen“ dürfen sich nicht ausschließlich auf Technik, wie beispielsweise Filter A versus Filter B bei einer emittierenden Anlage, beschränken.

5. Die deutsche Fassung des Entwurfs scheint sehr viele Übersetzungsschwächen zu enthalten, die zu großen Missverständnissen führen könnten. Die UVP-Gesellschaft empfiehlt deshalb, sich auf die englische Fassung zu beziehen.

Zuallererst muss das Problem des Screenings gelöst werden. Wenn das Screening tatsächlich zu einer Art Mini-UVP ausgebaut werden sollte, dann muss dort auch zumindest ein Mini-Öffentlichkeitsbeteiligungsschritt eingebaut werden.

Prof. Dr. Wolfgang Wende ist Universitätsprofessor an der TU Dresden, Lehrstuhl für Siedlungsentwicklung und Vorsitzender der UVP-Gesellschaft.

Kontakt:

Tel. +49 (0)351 / 4679218, E-Mail: wende@uvp.de, www.uvp.de

Aarhus-Konvention**Zugang zu Gerichten**

■ Die EU-Kommission hat im Oktober Studien zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in 17 Mitgliedstaaten der EU, darunter Deutschland, veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Studien steht die gegenwärtige Umsetzung der Artikel 9.3 und 9.4 der Aarhus-Konvention, also der Zugang zu Gerichten. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in einen Bericht einfließen, der alle Mitgliedstaaten umfasst. [ib]

► www.kurzlink.de/access-studies.en

Umweltrechtsbehelfsgesetz**Trotz Protest angenommen**

■ Gegen das Votum der Oppositionsparteien und trotz Protest der Umweltverbände hat der Bundestag im November die Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes angenommen. Der Gesetzentwurf ist eine Reaktion auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Mai 2011. Darin wurde das geltende Gesetz als europarechtswidrig eingestuft. Der EuGH hatte klargestellt, dass Umweltverbänden ein weiterer Zugang zu einer vollumfänglichen gerichtlichen Überprüfung von umweltrelevantem Verwaltungshandeln gewährt werden muss. Diesen Anforderungen wird auch das geänderte Gesetz nicht gerecht. Der DNR und seine Mitgliedsverbände hatten erweiterte Klagemöglichkeiten verlangt, um den Einfluss der Öffentlichkeit bei Planungsvorhaben zu stärken. [bv]

► www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711393.pdf

► DNR: www.kurzlink.de/umrechtsbehelf-dnrpm

Präklusionsvorschriften**Kommune beschwert sich**

■ Die Gemeinde Altrip in Rheinland-Pfalz hat bei der EU-Kommission eine Beschwerde gegen Deutschland wegen Ver-

letzung von Europarecht durch sogenannte Präklusionsvorschriften eingereicht.

Nach Auffassung der Umweltverbände unter dem Dach des DNR ist die im deutschen Planungsrecht verankerte Präklusionshürde eine europarechtswidrige Beschränkung der gerichtlichen Kontrolle. Präklusionsvorschriften verpflichten den Bürger bei der Planung eines umweltrelevanten Vorhabens Einwendungen innerhalb einer Frist von zumeist zwei Wochen nach der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen zu erheben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen und den Bürgern stehen keine klagefähige Rechtspositionen mehr zu. Sie können also nach Ablauf der Frist keinen Einspruch mehr erheben. Dies hat sich auch durch das neue deutsche Umweltrechtsbehelfsgesetz nicht geändert (siehe voriger Artikel). Jetzt droht wegen der Präklusionshürde ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. [bv]

► Rechtsanwälte Gemeinde Altrip:
www.baumann-rechtsanwaelte.de

► DNR: www.kurzlink.de/umrechtsbehelf-dnrpm

Verfassungsschutz Deutschland**Gemeinnützigkeit bleibt unabhängig von Einträgen**

■ Das Finanzamt wird weiterhin eigenständig über den Gemeinnützigkeitsstatus von Organisationen entscheiden können. Das Jahressteuergesetz 2013 wurde Ende Oktober ohne strengere Verfassungsschutzklausel vom Parlament verabschiedet. Auf Druck der Verbände wurde die Klausel wieder gestrichen, die dem Verfassungsschutz indirekt erlaubt hätte, Organisationen den Gemeinnützigkeitsstatus zu verweigern. Die Änderung sah vor, dass eine Organisation, sobald sie einmal im Verfassungsschutzbericht als „extremistisch“ eingeschätzt wurde, nicht mehr als gemeinnützig anerkannt werden dürfe. [fb]

► Hintergrundinfos von Robin Wood:
www.robinwood.de/verfassungsschutz

VERKEHR & TOURISMUS

Alternative Kraftstoffe**EU-Strategie noch dieses Jahr**

■ Die Europäische Kommission plant, ihre Strategie für alternative Kraftstoffe noch dieses Jahr herauszubringen. Die Strategie soll samt einem Gesetzesvorschlag am 19. Dezember veröffentlicht werden. Dies sagte der EU-Verkehrskommissar Siim Kallas Anfang November auf einer Konferenz in Brüssel.

Die EU will den Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber den Werten von 1990 verringern. Bis dahin soll der CO₂-Fußabdruck des Verkehrssektors, der für etwa ein Drittel des gesamten Treibhausgasausstoßes verantwortlich ist, um 60 Prozent reduziert werden. Dazu müssen große Teile des Verkehrssektors, in dem Treibstoff bisher noch fast ausschließlich aus Erdöl gewonnen wird, radikal verändert werden. Laut dem Weißbuch Verkehr von 2011 strebt die EU für Pkws den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen für das Jahr 2050 an. Bis 2030 soll deren Gebrauch halbiert werden.

In der neuen Strategie geht es vor allem um Elektroautos und um verbindliche Ziele für deren Ladestationen. Außerdem will die Kommission Anfang 2013 neue Gesetzesvorschläge zur Kraftstoffeffizienz veröffentlichen. Dabei soll auch eine Methode entwickelt werden, den CO₂-Ausstoß von Lkws zu messen. [ej]

► www.kurzlink.de/debcomvis

► www.kurzlink.de/weissbverk2011

► Fahrplan für ein CO₂-armes Europa:
www.kurzlink.de/kom2011/112

Elektromobilität**E-Autos zehn Jahre steuerfrei**

■ Künftig sollen Elektroautos in Deutschland zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden. Dies sieht ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Versicherungssteuergesetzes

vor. Bisher sind E-Autos nur fünf Jahre von der Kfz-Steuer befreit.

Die Steuererleichterung wird für alle Elektroautos gelten, die zwischen dem 18. Mai 2011 und dem 31. Dezember 2015 zugelassen wurden und werden. Bis Ende 2020 soll dann wieder eine Steuerbefreiung von fünf Jahren gelten. Auch Fahrzeuge mit Brennstoffzellen sollen in die Regelung einbezogen werden.

Mit der Gesetzesänderung möchte die Bundesregierung ihr Ziel erreichen, bis 2020 eine Million Elektroautos in den Verkehr zu bringen. Einen Änderungsvorschlag der Grünen, alle Fahrzeuge mit einem niedrigen Emissionsausstoß von der Steuer zu befreien, lehnte die Koalitionsmehrheit ab. Die Linkspartei kritisierte die Förderung von Elektroautos grundsätzlich, da dies nicht umweltfreundlich sei, wenn deren Strom aus Atom- oder Kohlekraftwerken komme. [ej]

- ▶ Mitteilung des Bundestags:
www.kurzlink.de/pmbt471/01
- ▶ Gesetzesentwurf 17/10039:
www.kurzlink.de/entw17/10039

Bahnstrom

Bis 2050 emissionsneutral?

■ Die Deutsche Bahn wird ab 2015 jährlich 600.000 Megawattstunden Ökostrom aus Wasserkraft vom E.ON-Konzern beziehen. Dies entspricht einem Anteil von fünf Prozent des Strommix der Bahn. Dazu schloss der Konzern Anfang November einen Vertrag mit E.ON ab.

„Damit kommen wir unserem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien beim Bahnstrom bis 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen, ein gutes Stück näher“, sagte Volker Kefer, Vorstand Technik und Infrastruktur der Bahn. Bis 2050 will die Bahn vollständig auf CO₂-freie Energiequellen umsteigen.

Allerdings bindet sich die Bahn auch weiterhin an fossile Brennstoffe. Derzeit steht sie in der Kritik, da sie ebenfalls von E.ON auch Strom aus dem Kohlekraftwerk Datteln in Nordrhein-Westfalen bezieht.

Das Kraftwerk ist veraltet und sollte eigentlich abgeschaltet werden. Die Landesregierung hat aber eine Ausnahmeerlaubnis für den Weiterbetrieb des Kraftwerks genehmigt, da laut Bahn andernfalls der Ausfall von bis zu 30 Prozent der Züge in Nordrhein-Westfalen gedroht hätte. Anfang November hat das Oberverwaltungsgericht Münster den Weiterbetrieb der Blöcke eins bis drei des Kraftwerks für 2013 erlaubt.

Umweltverbände werfen der Deutschen Bahn deshalb schwere Versäumnisse für die Bahnstromversorgung im Kohlekraftwerk Datteln vor. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) beklagt, die Verantwortlichen hätten keine Alternativen überlegt, obwohl die Situation jahrelang bekannt gewesen sei.

„Das Horrorszenario drohender Zugausfälle und der Ruf nach einer fragwürdigen Duldung des Weiterbetriebs der Altkraftwerke Datteln eins bis drei sollen offenbar vom eigenen Versagen ablenken“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/bahn007/2012
- ▶ www.kurzlink.de/umnrw02/11/2012
- ▶ www.kurzlink.de/bunddatt12

WASSER & MEERE

Antarktis

Weiter schutzlos

■ Internationale Verhandlungen über die Einrichtung von Schutzzonen in der Antarktis sind vorerst gescheitert. Die Internationale Kommission zum Schutz lebender Ressourcen in der Antarktis (CCAMLR) konnte sich im November nicht einigen, 1,6 Millionen Quadratmeter Meeresfläche in der Antarktis unter Schutz zu stellen. Medienberichten zufolge scheiterten die Verhandlungen vor allem an China, Russland und der Ukraine. Die 25 Mitglieder der Konvention wollen die Verhandlungen nun nächstes Frühjahr in Deutschland fortsetzen.

Das Bündnis Antarctic Ocean Alliance zeigte sich sehr enttäuscht von den Verhandlungsergebnissen. Die CCAMLR müsse nun verstärkte Anstrengungen unternehmen, um ihr erklärtes Ziel zu erreichen, ein Netzwerk von Schutzgebieten zu errichten. Die Kommission habe sich eher wie die Fischereindustrie verhalten als eine Kommission, die zum Schutz der antarktischen Gewässer gegründet wurde. [am]

- ▶ www.antarcticocean.org

EU-Fischerei

Fangquoten hui – Fischereireform pfui

■ Die EU-FischereiministerInnen haben sich im Oktober bei ihrer Ratssitzung in Luxemburg auf Fangquoten für Ostseefische für 2013 geeinigt. Außerdem haben sie über künftige Subventionen für FischerInnen im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) diskutiert. Bei den Fangquoten folgten die MinisterInnen weitestgehend den Vorschlägen der EU-Kommission und der Wissenschaft. Das lobte die Umweltschutzorganisation WWF.

Modernisierungen oder Neubauten von Fangflotten sollen nach dem Willen des Ministerrats weiter subventioniert werden. Das Bündnis OCEAN2012 kritisierte diese Entscheidung und warf dem Rat vor, weiterhin die Überfischung zu finanzieren. Aus dem Meeres- und Fischereifonds sollen ab 2014 etwa 6,5 Milliarden Euro Beihilfen an FischerInnen verteilt werden. Umweltschützer fordern, nur noch die Fischerei zu fördern, die die Erholung und den Wiederaufbau der Bestände zum Ziel hat. Es liege nun am EU-Parlament, diese Verschiebung sicherzustellen, sagte Nina Wolff, Fischereiexpertin bei der Deutschen Umwelthilfe und Sprecherin von OCEAN2012. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/pr-fish-council-1012
- ▶ www.kurzlink.de/wwf-osts-2013-1012
- ▶ www.kurzlink.de/ocean2012-cfp-231012

EU-Wasserpolitik

Blaupause für die Zukunft

■ Die EU-Kommission hat Mitte November ihre Blaupause Wasser veröffentlicht. Darin zieht sie eine durchwachsene Bilanz der EU-Wasserpolitik der letzten Jahre. Handlungsbedarf sieht sie vor allem bei der Umsetzung von EU-Gesetzen, insbesondere der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), und der verstärkten Integration von Wasserbelangen in andere Politikbereiche wie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

Bei der Implementation müssen sich die EU-Mitgliedstaaten deutliche Kritik der Kommission gefallen lassen: Sie seien bei der Umsetzung der WRRL in die nationale Gesetzgebung zu langsam.

Ein gleichzeitig erschienener Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) unterstreicht diese Kritik. Demnach ist die Hälfte der europäischen Oberflächengewässer aktuell nicht in einem guten ökologischen Zustand. Die EEA schätzt, dass bis 2015 nur knapp über die Hälfte der EU-Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen werden. Das zentrale Ziel der WRRL wäre damit weit verfehlt.

Bei der Wassereffizienz setzt die Kommission in erster Linie auf die bessere Umsetzung der WRRL. So sollen die Mitgliedstaaten eine Bepreisung für Wasser einführen und Wasserzähler in allen Sek-

toren anwenden. Das soll Sparanreize für WasserverbraucherInnen schaffen. In Flussinzugsgebieten, in denen Wassermangel ein Problem ist, sollen Wassereffizienzziele entwickelt werden. Außerdem will die Kommission die Ökodesignrichtlinie auf einige wasserrelevante Geräte wie Duschköpfe und Wasserhähne ausweiten.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte den Mangel an neuen Instrumenten für die Verbesserung der Wassereffizienz. Die EU-Produktpolitik berge ein großes Potenzial, um Wasserverbräuche bei Haushaltsgeräten und Bewässerungsanlagen zu reduzieren. Die Ausweitung der Ökodesignrichtlinie auf nur wenige Haushaltsgeräte hält das EEB für nicht ausreichend.

Außerdem kritisierten die Umweltschützer den Stand der GAP-Verhandlungen: Es sei besorgniserregend, dass die Verknüpfung von Agrarsubventionen an Maßnahmen wie das Installieren von Wasserzählern so wenig Unterstützung erhalte. Das EEB hatte Ende Oktober ein Positionspapier zur Blaupause veröffentlicht. **[am]**

- ▶ www.kurzlink.de/com-bluep-wat2012
- ▶ www.kurzlink.de/EEA-wat-eco-112012
- ▶ www.kurzlink.de/eeb-blueprint-1012
- ▶ Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, +49 (0)30 / 40393530, wasser@grueneliga.de

Wale

Zahnloser Schutzplan

■ Die Anrainerstaaten von Nord- und Ostsee und dem Nordatlantik haben sich Ende Oktober auf einen Schutzplan für Schweinswale geeinigt. Die unter europäischem und deutschem Artenschutz stehenden Meeressäuger sind zunehmend von der Verlärmung der Meere und der Fischereiindustrie bedroht. In dem Rettungsplan bekannten sich die Anrainer dazu, den Beifang von Schweinswalen in Fischernetzen „so weit wie möglich“ zu reduzieren. Umweltschützer kritisierten diese Formulierung als zu wenig ambitioniert.

Ein früherer Entwurf des Rettungsplans hatte noch das Ziel beinhaltet, den Beifang „gegen Null“ zu reduzieren. NABU, Greenpeace und WWF kritisierten in einer gemeinsamen Stellungnahme, dass Maßnahmen wie fischereifreie Schutzgebiete oder Stellnetzverbote fehlten. Die Umweltorganisationen appellieren an die Bundesregierung, ehrgeizige Schutzmaßnahmen für die deutschen Meeresgebiete zu verabschieden. Sie fordern ein Verbot von Grundschlepp- und Stellnetzen. Außerdem solle die Bundesregierung die Weiterentwicklung umweltschonender Fischfangmethoden fördern.

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

MIT PEER REVIEW





Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia

Im November haben sich 75 Organisationen zu einem internationalen Bündnis für den Wal- und Delfinschutz zusammengeschlossen. Darunter sind große Umweltverbände, aber auch Touristikunternehmen. Unter dem Motto „Save the Whales: Reloaded“ will das Bündnis in besonders gefährdeten Gebieten aktiv werden. Darunter ist das Südpolarmeer, wo der Walfang trotz Ausweisung eines Schutzgebietes immer noch stattfindet, sowie die Küstengewässer Neuseelands, wo durch Kiemen- und Schleppnetzfisherei die letzten 55 Maui-Delfine akut vom Aussterben bedroht sind. [am]

- ▶ www.nabu.de (Pressemitteilungen – 29.10.2012)
- ▶ NABU, Meeresschutzexperte Dr. Kim Detloff, Berlin, +49 (0)30 / 284984-1626, kim.detloff@nabu.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourcen

Experten diskutieren über Ressourcenschonung

■ Etwa 700 internationale Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben Mitte November auf Einladung des Umweltbundesamtes (UBA) auf dem ersten europäischen und anschließend dem nationalen Ressourcen-Forum über den schonenden und effizienten Umgang mit Ressourcen diskutiert.

Die Experten tauschten sich über den Weg zu einem ressourceneffizienten Europa, die Perspektiven für die Wirtschaft sowie die Rolle des Finanzsektors aus. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer über Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und die Herausforderungen einer nachhaltigen Landnutzung. Weitere Themen waren Wachstum und Ressourcenschonung sowie die Bewusstseinsbildung für Ressourceneffizienz.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik betonte, dass die Ressourceneffizienz ein

Schlüssel für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas sei und unterstrich das Potenzial grüner Arbeitsplätze. Die EU wolle einen gemeinsamen Binnenmarkt für grüne Produkte etablieren. Zudem würden derzeit Methoden zur Erfassung des ökologischen Fußabdrucks von Produkten entwickelt. Wichtige Instrumente seien in diesem Zusammenhang Ökodesign und die Energiekennzeichnung. 2014 soll darüber hinaus die europäische Abfallpolitik überarbeitet werden.

Bundesumweltminister Peter Altmaier sagte, dass Ressourceneffizienz eine der bedeutendsten Umweltfragen sei. Es sei notwendig das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Teilnehmer des nationalen Forums tauschten sich über die deutsche Ressourceneffizienzpolitik, den Beitrag der Bildungslandschaft zum Ressourcenschutz, die Rolle von Wirtschaft und Wissenschaft als Vorreiter innovativer Ideen sowie über den Stellenwert von Wachstum aus.

Die DNR EU-Koordination hat in einem Themenheft die Player und Prozesse der Ressourcenpolitik zusammengefasst. [ib]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-resforum11.2012
- ▶ Rede von Potočnik: www.kurzlink.de/eu-resforumpoto11/12
- ▶ DNR Themenheft Ressourcenpolitik: www.kurzlink.de/eu-dnr-spez-res11/12

Regionen Europas

Deutschland ist innovativ

■ In dem Innovationsbericht der Regionen vom November liegt Deutschland hinter Schweden und Finnland auf dem dritten Platz. Der Innovationsbericht der EU-Kommission basiert auf Daten des Europäischen Innovationsanzeigers. 190 Regionen in der EU und ausgewählten weiteren europäischen Ländern wurden nach ihren aktuellen Fortschrittsentwicklungen beurteilt. Kriterien waren unter anderem die Innovationen von regionalen kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Anzahl angemeldeter Patente.

Die Regionen der einzelnen Staaten unterscheiden sich oftmals drastisch voneinander. In Deutschland gehören beispielsweise zwölf der 16 Bundesländer zu den führenden Innovationsländern. [hk]

- ▶ Innovationsbericht 2012 (Englisch): www.kurzlink.de/euregional-inno11/12
- ▶ EU-Kommission zu Innovationsbericht: www.kurzlink.de/eu-press10973re11/12#

Produkte

Feste Akkus in der Kritik

■ Laut Frankfurter Rundschau hat sich Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Mitte November für ein Verbot fest eingebauter Akkus ausgesprochen. Da Akkus besonders schnell verschleifen, sollten sie ausgetauscht werden können. Eine erhöhte Demontage- und Recyclingfähigkeit von Elektrogeräten könne den Ressourcenverbrauch senken. Dazu gehört für Flasbarth auch, dass die Rückgabemöglichkeiten von Elektrogeräten erleichtert werden müssten. [ib]

- ▶ www.kurzlink.de/FRfesteAkkusUBA11/12
- ▶ www.uba.de

Ressourceneffizienz

Deutliches Potenzial

■ Deutschland könnte jedes Jahr etwa 80 Millionen Tonnen Rohstoffe einsparen und die Rohstoffproduktivität um bis zu sechs Prozentpunkte erhöhen. Das ist das Ergebnis der Abschlusskonferenz Ende Oktober zu der Fördermaßnahme „r²: Innovative Technologien für Ressourceneffizienz – Rohstoffintensive Produktionsprozesse“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). In 22 Verbundprojekten erforschten ressourcenintensive Unternehmen und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen zusammen Maßnahmen zur effizienten Ressourcennutzung. [ib]

- ▶ www.r-zwei-innovation.de

„Green Economy“ – ein Wirtschaftskonzept zwischen Erfolgsdruck und Lippenbekenntnissen

Das UNEP tut es, die OECD tut es und die EU auch: Alle entwickeln Strategien, um das Wirtschaften „grüner“ zu machen. Doch was heißt das konkret und können die neuen Ideen wirklich etwas an der ökologischen und sozialen Krise verändern?

Ebenso wenig wie das Schuldenmachen in der Finanzwirtschaft nachhaltig ist, ist der Raubbau an der Natur wirtschaftlich. Zunehmend knapper werdende Ressourcen auf unserem Planeten erfordern einen Wandel zum Grünen Wirtschaften. Fünf AutorInnen beleuchten das Thema aus unterschiedlicher Perspektive. Michael Frein beschreibt in einem Überblick den

Stand der Diskussion und deckt offene Fragen und Widersprüche auf. Max Schön konzentriert sich auf unternehmerische und politische Aktivitäten für den Klimaschutz. Kristin Mönnig nennt Beispiele aus der Praxis, inwiefern Green IT nicht nur Energieeffizienz fördert, sondern Nachhaltigkeit und „Nichtwachsen“ auch in kleinen Unternehmen zu wichtigen Themen

werden können. Christina Felschen wiederum kritisiert die Ablenkungsmanöver vieler Firmen, die Unternehmensverantwortung nur auf dem Papier betreiben. Ulrike Röhr schließlich nimmt das politische Konzept der Green Economy im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit unter die Lupe.

[Die Redaktion]

Green Economy

Königsweg oder Sackgasse?

Trotz vieler Defizite enthält das Modell der Green Economy einige unterstützenswerte Elemente

Das Konzept des Grünen Wirtschaftens verheißt eine bessere, umweltfreundlichere Zukunft. Es hält jedoch an der Wachstumsidee fest und beachtet damit die ökologischen Grenzen nicht, meinen die Kritiker. Außerdem werde der Ressourcenverbrauch falsch berechnet und Menschenrechte nicht beachtet. Das Konzept insgesamt über den Haufen zu werfen, ist aber auch nicht zielführend. ■ VON MICHAEL FREIN

Green Economy – so heißt der neue Modebegriff der Nachhaltigkeitsdebatte. Wenn, so könnte man etwas zynisch formulieren, die Rio+20-Konferenz vom Sommer dieses Jahres schon arm an greifbaren Ergebnissen war, so hat sie zumindest die Diskussion mit einem neuen Schlagwort angereichert. Ob dies auch in der Substanz zu Fortschritten im Bereich nachhaltiger Entwicklung führt, ist jedoch fraglich. Zunächst einmal gilt für Green Economy, was für viele politische Mode- worte gilt: Die fehlende Definition und der schillernde Bedeutungsgehalt garantieren praktisch eine nahezu universelle Verwendbarkeit. In dieser Hinsicht ist Green Economy auf dem besten Wege, die Wirkungsgeschichte des Begriffes der nachhaltigen Entwicklung zu wiederholen.

Mehr soziale Gerechtigkeit, weniger Umweltverbrauch

Fragt man nach der Substanz, so stößt man schnell auf das UNEP, das Umwelt-

programm der Vereinten Nationen. Mit einer 2011 publizierten Studie⁽¹⁾ markiert das UNEP den Bezugspunkt für die Verhandlungen der Rio+20-Konferenz zu einem ihrer beiden Schwerpunktthemen, der Grünen Wirtschaft im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung. Das UNEP beschreibt Green Economy als eine Wirtschaft, die Wachstum und größeren Wohlstand bei mehr sozialer Gerechtigkeit und geringerem Umweltverbrauch verspricht.

Kerninstrument ist dabei die Investitionssteuerung: Investitionen sollen von schmutzigen, braunen in grüne, saubere Bereiche gelenkt werden. Dies führt dem UNEP zufolge zu einem Technologieschub für einen effizienteren Umgang mit Ressourcen und knappen Umweltgütern. Zwei Prozent der globalen Wirtschaftsleistung in umweltfreundliche Bereiche zu investieren, würde laut UNEP den Effizienzschub auslösen, den eine grüne Wirtschaft benötigt. Die erforderlichen Mittel sollen zu einem beträchtlichen Teil über die Streichung

ökologisch schädlicher Investitionen aufgebracht werden. Zu denken wäre etwa an Subventionen für fossile Brennstoffe, die weltweit auf 600 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt werden. Oder auch an die Subventionen von 27 Milliarden US-Dollar, die die globale Überfischung in die Höhe treiben. Neben anderen Instrumenten wie Steuern und Abgaben oder die Einführung von Umweltstandards setzt das UNEP vor allem auf marktbasierende Ansätze.⁽²⁾ Der Gedanke, dass ökosystemare Dienstleistungen auch einen Preis haben müssen, trug dem Konzept umgehend den Vorwurf der Kommerzialisierung der Natur ein.

Auch sonst hagelte es Kritik. Diese entzündete sich nicht zuletzt daran, dass die Green Economy an der Wachstumsidee festhält. Das Konzept, so der Vorwurf, trage den Grenzen des Planeten nicht oder jedenfalls nicht ausreichend Rechnung.

In der Tat stellt sich die Frage, ob das Versprechen weiteren Wirtschaftswachstums angesichts der ökologischen Grenzen des Planeten realistisch ist beziehungsweise

se den ökologischen Herausforderungen genügt. An der Realisierbarkeit der Idee, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, gibt es massive Zweifel, die durch die Empirie keinesfalls widerlegt werden.

Wirtschaftswachstum mit Rechenfehlern

Der globale Ressourcenverbrauch steigt unaufhörlich, und auch in den Ländern, in denen es eine relative oder gar absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch in der Produktion gibt, geschieht dies in einer Weise, die weit entfernt ist von dem Ausmaß, das Ökonomen für erforderlich halten, um menschliches Wirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen zu halten. Zudem beinhalten die verfügbaren Daten oftmals nur die bei der Produktion im jeweiligen Land genutzten Ressourcen. Das heißt, die im Inland konsumierten, aber im Ausland produzierten Güter gehen in die Berechnung nicht ein. Volkswirtschaften, die ressourcenintensive Konsumgüter eher importieren, schneiden folglich im Bereich nachhaltiger Produktionsmuster besser ab, Konsummuster und Lebensstile bleiben davon jedoch unberührt. Ähnliches gilt auch mit Blick auf Treibhausgasemissionen. Dem britischen Ökonomen Tim Jackson zufolge verwandelt sich die scheinbare Emissionsreduktion Großbritanniens von sechs Prozent zwischen 1990 und 2004 in einen Zuwachs von elf Prozent, sobald man die in Handelsgütern enthaltenen Emissionen einrechnet.

Erschwert wird die Aufgabe durch den Rebound-Effekt, wonach Effizienzsteigerungen in Wachstumsgesellschaften sich nicht eins zu eins in Ressourceneinsparung übersetzen lassen. Demnach werden Effizienzgewinne durch in der Folge erhöhten Konsum zumindest teilweise wieder kompensiert, in manchen Fällen gar zunichtegemacht. Von daher gibt es auch in der die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gewichtige Zweifel, dass Effizienzgewinne allein hinreichend sein mögen, um die globalen Umwelt- und Ressourcenprobleme zu lösen. Die Effizienz-

enzgewinne der vergangenen Jahrzehnte haben beispielsweise nicht nur zu sparsameren, sondern auch zu größeren Motoren geführt. Hinzu kommt, dass die Zahl der Fahrzeuge erheblich gestiegen ist. Unter dem Strich ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aller Effizienzgewinne zum Trotz in Deutschland der Benzinverbrauch gestiegen.

Menschenrechte bleiben außen vor

Gerät einmal in den Blick, dass dem menschlichen Wirtschaften nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen, drängt sich das Verteilungsproblem mit neuer Schärfe auf: Wer hat welchen Zugang zu Ressourcen, und wer darf wie viel konsumieren? Auf diese Frage bietet das UNEP-Konzept der Green Economy – neben der immer wieder vorgebrachten, aber wenig belegten Behauptung, dass sie zur Armutsbekämpfung beitrage – keine oder zumindest keine Antwort, die die Kritik von Menschenrechtsexperten verstummen ließe. Mit anderen Worten: Menschenrechte stellen für die Green Economy keinen Bezugsrahmen dar, der sogenannte Rights-based Approach spielt keine Rolle. Damit, so stellt beispielsweise Barbara Unmüßig, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, fest, bleibt die Green Economy à la UNEP deutlich hinter der Menschenrechtsdebatte der vergangenen Jahre zurück. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, so der Kern der menschenrechtsbasierten Argumentation, könne nur über die Verwirklichung der Menschenrechte, über das Recht eines jeden Menschen auf ein Leben in Würde, führen.

Kein Ausgleich für Entwicklungsländer

Ein dritter Vorwurf kommt vor allem aus der Entwicklungspolitik. Demnach blendet die Green Economy die erforderlichen Korrekturen im Bereich der globalen Wirtschaftsordnung aus. Weder beziehe sie die Notwendigkeit der Steuerung der Finanzmärkte ein noch erkenne sie an, dass das globale Handelsregime den Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer zuwiderlaufe.

Nichtregierungsorganisationen ergänzen, dass das einseitige Setzen auf Handelsliberalisierung auch den ökologischen und sozialen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zuwiderlaufe.⁽³⁾ Entwicklungsländer beklagen zudem, dass die Green Economy keinen Ausgleich für den technologischen Vorteil der Industrieländer biete. Während sie auf Effizienztechnologien setze, sehe sie keine Instrumente – wie etwa eine Flexibilisierung des Patentrechtes – vor, die den Entwicklungs- und Schwellenländern den Zugang zu eben diesen Technologien erleichtern würde.⁽⁴⁾

Grünes Wirtschaftswunder?

Der Begriff Green Economy mag attraktiv klingen. Als grundlegende Konzeption für eine nachhaltige Entwicklung taugt der Ansatz jedoch wenig. Auf die entscheidende Zukunftsfrage, wie die Menschheit als Ganzes mit dem einen Planeten Erde zurechtkommen kann, wie es ihr gelingt, zu einem globalen Konsens in der Frage der Nutzung begrenzter Ressourcen zu kommen (und sei es nur, um deren Übernutzung zu vermeiden) – die Antwort auf diese Fragen bleibt die Green Economy schuldig.

Allerdings wäre es verfehlt, mit einer kritischen Einordnung der Green Economy nun auch gleich alle Elemente dieses Konzeptes über Bord zu werfen. Das Streichen umweltschädlicher Subventionen gehört ebenso in den Instrumentenkoffer einer nachhaltigen Entwicklung wie die Förderung von Effizienztechnologien oder die Investitionssteuerung in grüne Wirtschaftsbereiche. Eine weltweit konsequente und kohärente Anwendung dieser Instrumente würde fraglos einen erheblichen Fortschritt bedeuten.

Ungeachtet der genannten Defizite und Lücken findet die Green Economy vor allem in Europa breite Zustimmung. So beschäftigte sich im September dieses Jahres in Berlin eine gemeinsame Konferenz der Bundesministerien für Forschung und Umwelt unter dem programmatischen Titel „Green Economy – Ein neues Wirtschaftswunder?“ mit Fragen von Technologieentwicklung und Green Economy. ▶

Eher unbequeme Fragestellungen wie das Ende der Wachstumsgesellschaft, die Problematik von Rebound-Effekten und die Verteilung des Ressourcenzugangs spielen in einem solchen Rahmen in aller Regel keine herausragende Rolle. Vielmehr wird hier die Hoffnung genährt, dass wir uns auf einem guten Wege befänden, dass durch geschickte staatliche Anreizpolitik das Problem der planetarischen Grenzen technologisch gelöst werden könnte. Insofern, und das macht sicherlich zum großen Teil ihre Attraktivität aus, verspricht die Green Economy beides: Kontinuität im Sinne einer Fortführung der etablierten Wachstumspolitik und Wandel im Sinne von Res-

sourcenschonung und Umweltschutz.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist eher unsicher. Falls nicht, wären die Folgen verheerend.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.unep.org/greeneconomy/greeneconomyreport/tabid/29846/default.aspx; einen weiteren Beitrag lieferte die OECD: www.oecd.org/greengrowth/towardsgreengrowth.htm; darüber hinaus stehen die Diskussionen zum Green New Deal Pate für den Green-Economy-Ansatz.
- ▶ (2) Unmüßig, B.: Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel? In: Vereinte Nationen, Nr. 1/2012
- ▶ (3) www.germanwatch.org/de/download/3909.pdf
- ▶ (4) www.kurzlink.de/rio2012-khor

Michael Frein ist Referent für „Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltige Entwicklung“ im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz. Zuvor arbeitete er beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn und war lange Jahre Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung sowie dessen Sprecher. Der Beitrag gibt seine private Meinung wieder.

Kontakt:

Tel. +49 (0)6131 / 16-2523,

E-Mail: [michael.frein@](mailto:michael.frein@mwkel.rlp.de)

mwkel.rlp.de,

www.mwkel.rlp.de,

[www.weiterbildungportal.](http://www.weiterbildungportal.rlp.de)

[rlp.de](http://www.rlp.de)



Klimaschutz

Wir müssen an den großen Rädern drehen

Konkrete Beschlüsse und vorbildliche Unternehmen können die Erwärmung auf unter zwei Grad begrenzen

Unternehmen brauchen mehr als ein Schriftstück, um die Transformation zu einer CO₂-armen Wirtschaft einzuleiten. Beim Umbau der Gesellschaft hin zur Nachhaltigkeit gilt es, das Abwälzen von gestalterischen Verantwortlichkeiten zu verhindern. Die anstehende Transformation braucht sowohl starke ordnungspolitische Vorgaben als auch das Know-how fortschrittlicher Unternehmen. ■ VON MAX SCHÖN, UNTERNEHMERINITIATIVE 2 GRAD

Als im Juni 2012 Staats- und Regierungschefs, FachministerInnen und KlimaexpertInnen zur Rio+20-Konferenz in Brasilien zusammenkamen, ging eine Nachricht um die Welt, lange bevor die erste Diskussion beendet war: Die internationale Klimapolitik ist gescheitert. Der Wortlaut der Abschlussdeklaration, die bereits vor Beginn des Gipfels öffentlich wurde, erstickte die Hoffnungen vieler Klimaschutzler im Keim: viel Bekenntnislyrik, keine Beschlüsse.

Führende Umweltpolitiker bemühten sich rasch um die Verteidigung des Papiers. Bundesumweltminister Peter Altmaier lobte die Deklaration mit den Worten: „Dieser Text hat zumindest den Vorteil, dass wir zum ersten Mal anerkennen, dass sich die Weltwirtschaft umbauen muss in eine grüne Wirtschaft, in der man schonend mit den natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Rohstoffen

umgeht.“ Die Vorsitzende des Deutschen Rates für Nachhaltige Entwicklung, Marlehn Thieme, bezeichnete das Ergebnis des Erdgipfels als „mager“ und urteilte: „Der Zustand der Welt erfordert mehr Ehrgeiz, mehr Kraft und mehr Engagement zur nachhaltigen Entwicklung.“

Auf politischem Parkett mag die schriftliche Fixierung eines Bekenntnisses zu einem Umbauprozess ein Erfolg sein. Solange es aber keinen Bauplan gibt, der die Architektur einer grünen Wirtschaftsordnung skizziert, fehlen Wirtschaftsvertretern wie auch BürgerInnen Planungssicherheit und Verlässlichkeit und damit die Grundlagen, um eine grüne Wirtschaftsordnung durch Investitionen zu initiieren.

Der Gipfel in Rio endete derweil mit einem Appell an die Wirtschaft, zu einem grüneren Handeln zu kommen und wies auf ihre Schlüsselrolle im Umbauprozess hin. Überraschend ist dies nicht, denn

selbstverständlich haben Unternehmen eine besondere Verantwortung sowie einen hohen Gestaltungsanteil an einer klimafreundlichen Marktwirtschaft.

Bisher ist dieser Status im politischen Diskurs allerdings stets genutzt worden, um in einem Pingpong der Verantwortlichkeiten, die Pflicht des gestalterischen Handelns abzuwälzen – bedauerlicherweise zu Lasten des Fortschritts im Klimaschutz.

Will man diesen Teufelskreis durchbrechen, bedarf es einer mitreißenden Vision und einer klaren Definition der Akteure und ihrer Aufgabenfelder.

Nicht erst seit Erhard braucht jeder Markt Regeln und Wettbewerb

Wie jeder Markt braucht auch eine systematisch angelegte nachhaltige Marktwirtschaft klare ordnungspolitische Regeln, die für alle verbindlich festlegen, wie der Markt

organisiert ist. Das Positive an dieser vor uns liegenden Mammutaufgabe ist, dass sie strukturell in der Vergangenheit schon einmal in Deutschland gelöst worden ist.

Als Ludwig Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg das System der „Sozialen Marktwirtschaft“ prägte, da gelang es ihm ein Konzept zu implementieren, das auf den Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes aufbaute, dem Staat aber eine definierte ordnungspolitische Rolle zuwies. Zum Zweck einer bestimmten Zielsetzung – die Schaffung von Wohlstand und einer neuen Sozialordnung – legte er einen neuartigen Wettbewerbsrahmen fest. Erhard vermied es dabei, verfrüht die Details der Ausgestaltung des neuen Marktes und die Einzelregeln für den Umgang der Sozialpartner miteinander akribisch festzulegen. Er baute vielmehr auf dezentrale Entscheidungen und den Wettbewerb als Suchverfahren für Lösungen.

Beim Umbau zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft könnten wir vom Erhardschen Konzept lernen. Denn so wie der Staat in der sozialen Marktwirtschaft im Sinne seiner Zielsetzung grundsätzliche Regeln vorgibt, stünde diese Möglichkeit auch als Steuerungselement für einen Wandel zu einer grüneren Wirtschaftsordnung zur Verfügung. Kaufentscheidungen, beispielsweise für umweltfreundliche Güter,

CO₂-arme Energien oder gesunde Lebensmittel, lassen sich durch die Schaffung von Anreizen beeinflussen. Die Instrumente zur Erzeugung dieser finden sich im Handwerkskoffer der Politik. Als Beispiele seien an dieser Stelle ökologische Regeln zur steuerlichen Absetzbarkeit von Dienstwagen abhängig von CO₂-Grenzwerten oder die steuerliche Begünstigung energetischer Gebäudesanierung genannt.

Gemeinsam und global für eine kohlenstoffarme Wirtschaft

Viele Teile der Wirtschaft haben die Notwendigkeit der Harmonisierung von ökonomischem Erfolg und klima- und umweltgerechtem Verhalten schon erkannt. In branchenübergreifenden Kooperationen wie beispielsweise der „Stiftung 2°“ arbeiten Unternehmen gemeinsam an Konzepten für eine kohlenstoffarme Volkswirtschaft. Die Unternehmen beweisen damit, dass das Know-how für ein grüneres Wirtschaften vorhanden ist, und zeigen der Politik damit den Weg, den diese ordnungspolitisch gehen sollte.

Aus Sicht dieser Unternehmen muss eine grüne Ökonomie konzeptionell global gedacht werden. Erfahrungen der Stiftung 2° und der sie fördernden Unternehmen zeigen, dass die größten Potenziale für klimafreundliches Wirtschaften häufig gar nicht im deutschen Betrieb zu finden sind, sondern in deren Beschaffungs- und Lieferketten liegen und damit häufig gerade außerhalb Deutschlands.

Den starken Volkswirtschaften der westlichen Welt fällt daher eine besondere Verantwortung zu, da sie aus ihrem Wohlstand heraus die Möglichkeit zum sofortigen Handeln haben. Sie können als Vorbilder auf internationaler Ebene vorangehen und zeigen, dass ein klimaverträgliches Wohlstandsmodell machbar ist und ambitionierter Klimaschutz und internationale Wettbewerbsfähigkeit harmonisieren.

Viele deutsche Unternehmen gehen diesen Weg bereits, weil sie auf den politischen Impuls weder warten wollten noch mussten. Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssen das notwendige Regelwerk für die große Transformation und die

Veränderungen der internationalen Märkte allerdings noch gemeinsam finden und gestalten.

Vorbilder und ein politischer Rahmen für die große Transformation

Seitens der Wirtschaft bedurfte es der Appelle aus Rio also nicht, um die ersten Schritte in einem großen Veränderungsprozess zu unternehmen. So hat beispielsweise 2°-Förderer Puma als erstes Unternehmen weltweit eine ökologische Gewinn- und Verlustrechnung durchgeführt, die die Kosten von natürlichen Ressourcen in die Rechnungslegung und Strategie des Unternehmens konsequent übersetzt – ein Vorbild für andere Unternehmen.

Der guten Beispiele zum Trotz sind wir derzeit jedoch noch an einem Punkt, an dem zu viel an kleinen Rädern gedreht wird, während es gleichzeitig an neuen Leitbildern fehlt, an denen sich BürgerInnen und Unternehmen ausrichten können.

Branchenübergreifend wird daran gearbeitet, Wirtschaften nachhaltiger zu gestalten, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu beschränken, um die weltweiten Klimafolgeschäden zu begrenzen und um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Was wir dafür stärker brauchen, ist der politische Rahmen, der den Anspruch der Allgemeingültigkeit kreiert. Ohne einen solchen Rahmen bleiben die Bemühungen der Unternehmen Vorbilder mit eingeschränkter Wirkung.

Der Betriebswirt Max Schön ist geschäftsführender Gesellschafter der Max Schön Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Service KG und Vorstandsmitglied der Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz. Außerdem ist er seit mehreren Jahren Präsident des Club of Rome Deutschland. 2010 wurde er in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 20214320,
E-Mail: office@2grad.org,
www.stiftung2grad.de,
www.nachhaltigkeitsrat.de



Stiftung 2 Grad

Die Stiftung 2° ist eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern.

Ziel ist es, die Politik bei ihren Bemühungen zur Etablierung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Klimaschutz zu unterstützen und die Lösungskompetenz deutscher Unternehmer für den Klimaschutz zu aktivieren. Benannt ist die Stiftung nach ihrem wichtigsten Ziel: Die durchschnittliche globale Erderwärmung auf zwei Grad zu beschränken.

► www.stiftung2grad.de

Praxisbeispiel Green IT

Nachhaltigkeit + Wachstum = Zukunft

Qualitativ wachsen, wenn überhaupt, ist das Motto des Bremer Unternehmers Harald Rossol

Rechenzentren müssen nicht so viel Energie verbrauchen wie ein Stahlwerk. IT-Technik kann wesentlich nachhaltiger produzieren, als das heute im Allgemeinen der Fall ist. Kleinere Unternehmen machen es vor, gestalten die Arbeitsprozesse teamorientiert und den Verbrauch energieeffizient. Zudem nutzen sie ihre Kompetenzen, um Kriterien für das Umweltzeichen „Blauer Engel“ mitzugestalten. ■ VON KRISTIN MÖNNIG, ERECON AG

Wachstum ist kein Wert an sich. Ein Wachstum der Schadensereignisse durch Großwetterlagen, ein Wachstum von Staatsschulden oder ein Algenwachstum in der Ostsee würde auch ein überzeugter Liberaler nicht mehr als segensreich betrachten. Wo er von Wachstum spricht, hat er stets das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP), das Wachstum der Vermögen oder das Wachstum der Produktivität im Auge. Nur die Kurve der „guten Zahlen“ soll nach oben weisen.

Aber Vorsicht: Produktiv und segensreich wirkt Wachstum ausschließlich unter Bedingungen, die Nutzen für das Gesamtsystem erbringen. Eingebürgert hat es sich, hier von einem qualitativen Wachstum zu sprechen. Der rücksichtslose Ausbau nur einer Systemkomponente kann dagegen zu einer großen Gefahr werden – beispielsweise hatte der bonifizierte Tunnelblick des Investmentbankings in der Finanzkrise alle anderen Geschäftsfelder der Banken in Geiselschaft genommen. Wie ein wild wuchernder Krebs erzeugt ein solches Wachstum tödliche Gefahren. Segensreich wiederum kann ein gleichmäßiges Wachstum von Muskeln oder Nervenverbindungen wirken.

So differenziert und auf die Gesamtheit bezogen blickt auch der Bremer Unternehmer Harald Rossol auf das Wachstum ablaufender Geschäftsprozesse. Er findet auch innerhalb seines eigenen Unternehmens Wachstum keinesfalls unproblematisch. Rein auf Wachstum und Erfolge ausgerichtet könnte sein kleines, verschworenes Team aus der Gründerzeit sich urplötzlich in ein hierarchisches Unternehmen verwandeln – mit einem hohen Bedarf an Verwaltung, an Controlling-Abteilungen

und einer Führungsebene aus „Executives“. Das System wäre ab diesem Zeitpunkt zu weiterem Erfolg verdammt, vormalige Teamstrukturen und die gemeinsame Motivation wären gefährdet. Wissenschaftler sprechen bei solchem Systemwandel von „Emergenz“, also dem spontanen Auftauchen neuer Eigenschaften oder Strukturen innerhalb eines Systems. So nennen sie jenen Zeitpunkt, wo ein gleichmäßiges Wachstum plötzlich in eine neue „Gestalt“ umschlägt.

Dieser Emergenz verweigert sich das Unternehmen am Bremer Industriehafen, indem es auf qualitatives Wachstum setzt: „Als Bill Gates seine Garage verließ, schuf er einen Moloch wie Microsoft. Einem solchen Wandel der Strukturen“, sagt Harald Rossol, „wollte ich mich schlicht verweigern.“ Er bevorzugt die gewohnten Teamstrukturen, wollte keine Personalabteilung einrichten, kein Controlling etablieren, nicht auf einer Chefetage mit Teppichen auf allen Fluren leben. Dabei hätte seine Firma durchaus die Chance zu einer solchen Expansion.

Umsatz und Effizienz wachsen, nicht aber die Zahl der Mitarbeiter

Auf welchen Gebieten aber wächst ein Unternehmen dann bloß qualitativ? Zwar will auch Rossols Unternehmen den KundInnen jedes Jahr gute Leistungen bieten und sich diese ebenso gut bezahlen lassen. „In jedem Jahr soll also der Umsatz wachsen, nicht aber die Zahl der Mitarbeiter – und auch die Zahl der Kunden variiert kaum.“ Doch auch andere Ziele sind wichtig: zum Beispiel zum Pionier für Green IT in Deutschland zu werden. „So produzieren

wir eine Menge an Energieeffizienz.“ Gespart wird also dort, wo es ökologisch am wirksamsten erscheint, an den Energiekosten. So entsteht wiederum jener finanzielle Spielraum, der auch die Gehälter der Mitarbeiter in jedem Jahr qualitativ wachsen lässt. Wenn die Gehälter stagnieren würden, bliebe die Expertise der IT-Leute nicht im Unternehmen. Die Experten wären längst anderswohin abgewandert.

Rechenzentren können „Umweltmonster“ sein – dabei müssten sie das gar nicht

Natürlich, das gibt Rossol unumwunden zu, könne er die Nachhaltigkeit in seinen Betriebsabläufen nur umsetzen, weil er ein IT-Unternehmen betreibe und keine Konservenfabrik. Der Energieverbrauch von Rechenzentren und Computeranlagen sei ein weithin unerforschtes Gebiet gewesen, als er 2003 den Plan zu einem Ein-Prozent-Rechenzentrum fasste: Sein Rechenzentrum sollte nur noch ein Prozent zuvor eingesetzter Primärenergie verbrauchen. Zwei Drittel des Weges wurden bis heute schon zurückgelegt. Gleichzeitig haben die Bremer den „Blauen Engel für energieeffiziente Rechenzentren“ (RAL UZ-161) mitkonzipiert.

Konventionelle Rechenzentren sind – energetisch gesehen – Umweltmonster. Wenn Mark Zuckerberg im Jahr 2014 nur eines seiner neuen Rechenzentren – das im schwedischen Luleå – in Betrieb nimmt, dann verbraucht es rund um die Uhr den Strombedarf eines großen Stahlwerks. Gerade deshalb liegt es auch am Rande des Polarkreises, weil dort die Energie aus den Wasserkraftwerken billig und die Luft zum Kühlen frostig ist. Insgesamt, sagen

ExpertInnen, verbrauchen kommerzielle Rechenzentren längst viel mehr Energie als der weltweite Flugverkehr.

„Fortschritt muss auch fortschrittlich sein“ – diese Ansicht vertritt angesichts der Terawattklötze solcher IT-Riesen Harald Rossol: Natürlich sei die IT-Technologie heutzutage unverzichtbar, gerade sie aber könne auch wesentlich nachhaltiger konzipiert werden. Wer sagt denn, dass Prozessoren bei Zimmertemperatur arbeiten müssen, weshalb nutzen die Betreiber die Abwärme nicht zu Klimatisierungszwecken, weshalb kommen neue optimierte Serverarchitekturen noch immer nicht zum Einsatz, ebenso wie masselose Speichermedien?

„Besonders schizophren erscheinen mir jene Leute, die eine neue Technik als ideologisch und ökologisch schmähen, weil sie die Umweltbilanzen schont, die aber dabei nicht sehen, dass diese gleiche

Green-IT-Technik in noch viel stärkerem Maße ihre Unternehmensbilanzen schont“, sagt Rossol.

Neue IT-Ideen als Motor für praktizierte Nachhaltigkeit

Gerade die Informationstechnologie würde künftig zur „Lokomotive der Nachhaltigkeit“ werden, sagen die IT-Tüftler und ExpertInnen am Bremer Industriehafen. Nicht nur durch die Möglichkeiten, bei der Technik, also „in Green IT“ zu sparen, weite Bereiche unserer Industriegesellschaft ließen sich auch durch das Prinzip eines „Green through IT“ wesentlicher nachhaltiger gestalten. Weshalb müssen in einer vernetzten Welt die Menschen immer noch zur Arbeit fahren? Wie viel Energie ließe sich durch Telerwork und den Verzicht auf das tägliche Pendeln sparen? Weshalb regulieren und entzerren noch immer

keine intelligenten IT-Lösungen die Verkehrsströme? Wie viel Energie ließe sich allein dadurch sparen, wenn die Zahl der Staus um die Hälfte sinken würde?

Kurzum: In den Augen der Bremer ist eine intelligent eingesetzte Informationstechnologie viel mehr als nur ein Arbeitsfeld für Nachhaltigkeit, sie ist der gangbarste Weg zu mehr Nachhaltigkeit.

Kristin Mönning hat einen Bachelorabschluss im Fach Baltic Management Studies und arbeitet an ihrem Master in Wirtschaftspsychologie an der Universität Bremen. Um den Bezug zur Praxis zu bewahren, ist sie in der Marketingabteilung der erecon AG tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)421 / 69499414,
E-Mail: kristin.moennig@
erecon.de,
www.erecon.de



Corporate Social Responsibility

Virtuose Ablenkungsmanöver

Viele Firmen nutzen CSR-Strategien, um ihr Image reinzuwaschen – oft bleibt es bei einem Lippenbekenntnis

Kaum ein größeres Unternehmen kommt heute ohne eigene CSR-Abteilung aus. Doch viele Häuser lagern ihr Gewissen in diese Abteilung aus, um ansonsten business as usual zu betreiben. Wie funktioniert professionelles Greenwashing bei einem Skandalkonzern, einem Surfbretthersteller, der auf Freiwilligkeit pocht, und einem Händler mit Öko-Image?

■ VON CHRISTINA FELSCHEN

Vale hat ein Imageproblem und weiß das. Auf dem Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos hat der brasilianische Bergbaukonzern dieses Jahr den Public Eye Award für das verantwortungsloseste Unternehmen der Welt erhalten. 25.000 Menschen hatten online für Vale gestimmt – als Denkmittel für eine 70-jährige Geschichte voller Menschenrechtsverstöße, unmenschlicher Arbeitsbedingungen und Vertreibungen wie jetzt am Belo-Monte-Staudamm.

Vale hat auf den Schmähpriß mit einem kurzen Brief reagiert: Die Anschuldigungen seien „schwerwiegend“ und „unge-

rechtfertigt“. Immerhin halte man nur neun Prozent an Belo Monte und sei damit ein „unwesentlicher Teilhaber“. Kein Wort davon, dass Vale der Motor hinter dem Projekt ist, weil es den Strom für seine benachbarte Eisenerzmine braucht. Vale, mit 18,9 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz das zweitgrößte Bergbauunternehmen der Welt, duckt sich weg. Ein Ausweichmanöver – wie auch seine CSR-Arbeit.

Vales CSR-Abteilung bedruckt eine Menge Papier und unterzeichnet fleißig Abkommen: Jährlich erscheint ein 100-seitiger Nachhaltigkeitsbericht, Angestellte erhalten ein Menschenrechtshandbuch

und einen Ethikkodex, die Öffentlichkeit kann eventuelle Verstöße über einen unternehmenseigenen Whistleblowing-Kanal anzeigen. Qua Mitgliedschaft im Global Compact der UNO verpflichtet sich Vale formal, nachhaltig zu wirtschaften – und darf sich das blaue Siegel der Vereinten Nationen anheften. Eine Strategie, die so häufig und durchschaubar ist, dass sie ihren eigenen Terminus bekam: Bluewashing.

Mit konkreten Zusagen ist dieses CSR-Gerüst allerdings kaum verbunden. So darf Vales Vorstandsvorsitzender Ricardo Flores im Nachhaltigkeitsbericht 2011 philosophieren: „Für unsere Firma ist

Leben wichtiger als Produktion; falls wir wählen müssen, entscheiden wir uns für das Leben.“ Genauso nebulös klingen die zentralen Unternehmenswerte: „Das Leben zählt am meisten. Schätzt unsere Leute. Würdigt unseren Planeten. Tut, was richtig ist. Arbeitet gemeinsam an Verbesserungen. Macht es möglich.“

Vale: Strategische Irreführung

Vale scheint aus seinen Fehlern keineswegs zu lernen. Vertreibungen bei fehlendem Mitspracherecht und mangelhafter Entschädigung: Derzeit wiederholt der Konzern das Belo-Monte-Muster bei einem Megaprojekt in Mosambik. Seit 2011 baut Vale in der Provinzstadt Moatize eine der größten Kohleminen der Welt. Dafür wurden 2009 etwa 750 Familien zwangsumgesiedelt, nachdem sie sich jahrelang zur Wehr gesetzt hatten. Dorfgemeinschaften wurden auseinandergerissen und die Familien können sich auf dem weniger fruchtbaren Land kaum ernähren. Die von Vale versprochenen Entschädigungen entpuppten sich als bloße Makulatur: „Wenn es regnet, fließt Wasser in mein Haus und wir müssen die Nacht im Stehen verbringen“, berichtete ein umgesiedelter Mann der Nichtregierungsorganisation Justicia Ambiental. „Meine Familie ist hungrig, ich habe keinen Job mehr. Seit elf Monaten esse ich nichts als Kleie. Wenn ich dürfte, würde ich zurückgehen.“

Offensichtlich hat Vale zwar 1,3 Milliarden US-Dollar für das Moatize-Projekt übrig, aber kein Geld für stabile Hütten. Monika Orłowski, die seit Jahren als Agraringenieurin in Maputo arbeitet, beschreibt das Vorgehen des Konzerns in einem Artikel für den Mosambik-Rundbrief: „Die Verträge zwischen Vale und der Regierung (...) werden in Maputo ausgehandelt und die Bevölkerung wird nicht oder nur mangelhaft in die Diskussion mit einbezogen. Gemeindevertretern und politischen Funktionsträgern auf Distriktebene werden oft Privilegien angeboten, um sie als Fürsprecher für die Projekte zu gewinnen. Wenn sie sich aber kritisch äußern und Beschwerden benachteiligter Gemeindemitglieder aufgreifen, werden sie von höherer

Stelle als Agitatoren oder fortschrittsfeindlich bezeichnet.“

Vor diesem Hintergrund klingt es geradezu zynisch, was Vale auf seinen CSR-Seiten verspricht: „Unser Verhalten basiert auf Dialog und gegenseitigem Respekt. Wir sind bestrebt, Beziehungen zu pflegen, die von kontinuierlichem Engagement geprägt sind, und Initiativen zu unterstützen, die zur sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung in unseren Projektregionen beitragen, von Anfang bis Ende unserer Tätigkeit vor Ort.“ Papier ist geldig.

Quiksilver: Schildkröten statt Mindestlohn

Viele Firmen verstehen CSR als freiwilliges, beliebiges und per se lobenswertes Engagement. Der Surf- und Outdoorhersteller Quiksilver ist ein typisches Beispiel für eine solche „Charity“-Philosophie, die auf einer libertären Grundhaltung basiert. So hat das australisch-kalifornische Unternehmen zwar eine aufwendig gestaltete CSR-Website mit einem bunten Allerlei an externen Kampagnen, vom Fundraising für Meereschildkröten bis zur Brustkrebsprävention, doch in seiner eigenen Produktionskette arbeitet es keineswegs an Verbesserungen. Auch scheint Quiksilver lieber mit prominenten Surfern zusammenzuarbeiten als mit internationalen Kampagnen und etablierten Strukturen.

Die wort- und bildreiche Website steht in Kontrast zu Quiksilvers mangelnder Transparenz in eigenen Angelegenheiten. Den Fragebogen der Clean Clothes Campaign (CCC), die sich international für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie einsetzt, hat Quiksilver gar nicht erst beantwortet. Laut CCC gibt Quiksilver keine Information zur Struktur der Zulieferkette, der Produktionsländer und der Produktionsstätten und veröffentlicht keinen Sozialbericht. Weder ist das Unternehmen Mitglied einer Business-Monitoringinitiative noch veröffentlicht es Ergebnisse von Fabrikaudits.

Die Einkäufer erhalten laut CCC keine Anreize, Aufträge bevorzugt an Produktionsstätten mit besseren Arbeitsbedingun-

gen zu geben. In seinem Verhaltenskodex bleibt Quiksilver hinter den Bestimmungen der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurück: So müssen Quiksilver-ArbeiterInnen lediglich den gesetzlichen Mindestlohn oder Standardindustriellohn des Produktionslandes erhalten und haben keinen Anspruch auf einen Existenzlohn. Wo lokale und internationale Arbeitsstandards variieren, dürfen sich die Zulieferer für den niedrigeren Standard entscheiden. Zu vielen Arbeitsrechtsverletzungen bezieht Quiksilver keine Position und nimmt sie damit bewusst in Kauf; das kann Strafen bei Krankheit oder Schwangerschaft, das Einbehalten des Personalausweises oder Nacharbeit für Minderjährige mit einschließen.

dm: Keine grüne Weste

Seit Jahren gilt die Drogeriekette dm als Inbegriff von Nachhaltigkeit und gelungener Unternehmensverantwortung. Bei der Verbraucherbefragung CSR-Tracker des Instituts für Handelsforschung Köln wurde sie 2011 zu einem der nachhaltigsten deutschen Unternehmen gekürt. Zu diesem Image trägt auch die öffentlichkeitswirksame „Futuristen“-Initiative bei, bei der dm und die deutsche Unesco-Kommission jährlich bis zu 1.000 Projektideen junger Menschen mit je 1.000 Euro fördern. Bei einem Jahresumsatz von 4,5 Milliarden Euro fällt diese Million kaum ins Gewicht, zumal sie durch Kassieraktionen zustandekommt, bei denen ein dm-Markt eine halbe Stunde lang alle Einnahmen für ein bestimmtes Projekt sammelt – oft verbunden mit einem Kundenansturm und lokaler Berichterstattung. Die jungen Leute und ihre Projektideen werden somit zu ehrenamtlichen Werbeträgern. Wie erfolgreich und langfristig diese nach dem Gießkannenprinzip geförderten Projekte sind, wird hingegen nicht geprüft.

„Gemeinsam gestalten wir Zukunft“ lautet das Motto der Initiative. Damit sollte dm jedoch erst einmal bei seinen Herstellern anfangen. Während die Arbeitsbedingungen in den deutschen dm-Märkten als gut gelten – Tarifzahlung und gute Noten von Ver.di inbegriffen –, hält dm

Herstellungswege bewusst intransparent. Eine WDR-Dokumentation zeigte, dass in vielen bei dem verkauften Shampoos und Kosmetika Palmöl unbekannter Herkunft verwendet wird. Die massive Nachfrage nach Palmöl führt in Anbauländern wie Indonesien und Malaysia zu Regenwaldrodungen und Vertreibungen. Soja und Raps wären bessere Alternativen, doch dann müsste dem Abstriche an seinen Gewinnmargen hinnehmen oder die Preise um ein paar Cent erhöhen.

Außerdem verfolgte das WDR-Team eine Kinderhose ohne Angabe des Herstellerlandes bis in einen bengalischen Sweat-

shop zurück. Auf diesen Vorwurf reagierte dem mit der Versicherung, ab 2013 genaue Herkunftsbezeichnungen aufzunehmen. „Absurd“ sei jedoch die Forderung, „dass wir unsere Lieferanten kontrollieren statt auf eine vertrauensvolle und vertraglich sauber ausgestaltete Zusammenarbeit zu bauen. Die Aufforderung, dass das mittelgroße Unternehmen dem seriöse und weltweit operierende Großkonzerne wie Henkel, Unilever oder Procter&Gamble kontrollieren soll, muss jedem Menschen nach kurzem Nachdenken als unmöglich und anmaßend erscheinen.“ Ein Unternehmen, das möglichst billig produzieren

lässt und seine Lieferketten nicht kennt? Verantwortung sieht anders aus.

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Zeitung Südklink Nr. 161 im zugehörigen Sonderdruck „Unternehmensverantwortung“.

Christina Felschen ist freie Journalistin in San Francisco und Berlin. Ihre Themen sind Menschenrechte, Migration, Umwelt, Lebensstile und Widerstand. Derzeit reist sie mit der japanischen NGO „Peace Boat“ auf einem Schiff um die Welt.

Kontakt: E-Mail: christina.felschen@gmx.de, www.chessocampo.blogspot.com



Gendergerechtigkeit

Wer denkt an die Versorgungsarbeit?

Die Grüne Wirtschaft orientiert sich nach wie vor an männlichen Lebensmodellen und damit am Profit

Immer noch werden die in privaten Haushalten erbrachten Leistungen nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigt. Und das, obwohl dort Schätzungen zufolge mehr Arbeitszeit aufgewendet wird als im Erwerbssystem. Auch für die Wohlfahrtsproduktion hat die Leistung der Privathaushalte große Bedeutung. Damit ihr Stellenwert anerkannt wird, ist ein Umdenken notwendig. ■ VON ULRIKE RÖHR, PROJEKT GREEN ECONOMY: GENDER_GERECHT

Auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde viel diskutiert über die Notwendigkeit, soziale, ökologische und ökonomische Fragen zusammenzudenken, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen herzustellen. Doch 20 Jahre später hat sich in dieser Hinsicht weltweit nichts verbessert, sondern die Situation hat sich eher verschlechtert. Mit einem neuen Begriff versprechen Politik und Wirtschaft nun, die großen Krisen unserer Zeit zu bewältigen: die Ressourcenverknappung, den Klimawandel, die wachsende Armut und vermutlich auch die Finanzkrise. „Green Economy“ heißt das Zauberwort, mit dem die Hoffnung auf „ein neues Wirtschaftswunder“⁽¹⁾ verbunden ist. Das Bundesforschungsministerium (BMBF) und das Bundesumweltministerium (BMU) ver-

anstalteten im September 2012 eine Konferenz mit dem gleichnamigen Titel.

So unterschiedlich die verschiedenen Ansätze zur Green Economy oder zum Green New Deal sind, eines ist allen gemeinsam: Sie sind deutlich androzentrisch ausgerichtet, orientieren sich also an männlichen Lebensmodellen, wodurch sich die Sichtweise häufig auf Erwerbswirtschaft und Wachstumzahlen verengt. Das bedeutet, dass die Green Economy vorrangig auf Güterproduktion und hier speziell auf Umweltwirtschaft bezogen wird, während die gesamte Versorgungswirtschaft – bezahlt wie unbezahlt – außen vor bleibt. Die vorherrschenden ökonomischen Paradigmen werden nicht infrage gestellt, am Wachstum wird strikt festgehalten. Nur grün soll es jetzt sein. Diese verengte Betrachtung des Wirtschaftens ist wenig geeignet, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte des Wirtschaftsprozesses mit in den Blick

zu nehmen. Konzepte für zukunftsfähiges, also grünes oder nachhaltiges Wirtschaften müssen sich aber daran messen lassen, ob sie die Trennungsstruktur zwischen Produzieren und Reproduzieren und die damit verbundenen Hierarchisierungen aufheben.

Fürsorge und Vorsorge müssen in volkswirtschaftliche Rechnung fließen

Die der Wachstumslogik innewohnende Maßlosigkeit ist gepaart mit Sorglosigkeit. Dagegen sind Fürsorge und Vorsorge Prinzipien einer Care Economy⁽²⁾, die sowohl asymmetrische Beziehungen berücksichtigen – wie etwa die Sorge für Kinder, alte und kranke Menschen – als auch Verantwortung für jene übernehmen, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können: Sei es die Umwelt, seien es zukünftige Generationen. Auch die Logik der Effizienz erweist

sich im Bereich der Care-Ökonomie als absurd. Wachstumssteigerungen sind hier kaum möglich. Als Erwerbsarbeit zum Beispiel in Form personenbezogener Dienstleistungen erbracht, wird sie meist unterbezahlt; wo nicht, gilt sie als nicht produktiv, denn sie trägt nicht zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Damit ist sie ähnlich ausgegrenzt, unsichtbar und abgewertet wie die aus den ökonomischen Berechnungen auf die Allgemeinheit abgewälzten Naturzerstörungen. Das heißt, die Marktökonomie verwertet die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Careleistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur zwar permanent, schließt sie jedoch aus den makroökonomischen Modellen zur Bestimmung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion systematisch aus.

Dabei kann es nicht um eine Monetarisierung der Sorgeökonomie gehen, auch wenn die Einbeziehung der unbezahlten Versorgungsarbeit in gesamtwirtschaftliche Berechnungen eine sinnvolle Forderung sein kann. Stattdessen gilt es, das Prinzip der Externalisierung zumindest abzuschwächen – und all jene vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeiten, die nicht der formellen Ökonomie zugerechnet werden, aufzuwerten.

Es geht um die Auflösung der traditionell nach Geschlecht getrennten Lebenswege sowie um eine Neujustierung sämtlicher lebenslaufbegleitenden Institutionen, sodass die Verbindung von Bildungs-, Erwerbs- und Sorgearbeit als Grundmuster der Biografie einer Person – unabhängig vom Geschlecht – in unterschiedlichen Mischungen und mit flexiblen Übergängen gelebt werden kann. Das erfordert eine Neubewertung sämtlicher gesellschaftlich notwendigen Arbeitsformen und damit untrennbar verbunden eine grundsätzliche Umgestaltung der bestehenden Geschlechterordnung moderner Gesellschaften.

Suffizienz ist nicht das weibliche Pendant zur männlichen Effizienz

Notwendig ist auch, die Grenzen der Problembearbeitung zu erweitern: Das Streben nach Effizienz ist nicht ausreichend,

sondern muss um den Gedanken der Suffizienz ergänzt werden. Also ist nicht nur danach zu fragen: Lässt es sich noch energiesparender produzieren, sondern: Wer will und braucht dieses Produkt wirklich und können wir als Gesellschaft die sozial-ökologischen Konsequenzen tragen?

Im Privaten muss die soziale Anerkennung suffizienter Lebensstile steigen – Menschen sollten die Möglichkeit haben, nicht „immer mehr haben wollen zu müssen“, wie es die Leiterin des Projekts Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut Uta von Winterfeld formuliert. Nur so sind vielfältige, weniger von dem starren Konzept Erwerbsarbeit geprägte Lebensentwürfe möglich. Ausgewogener Zeitwohlstand, also auch wirkliche Zeit für ein suffizientes Leben zu haben, ist dabei zugleich Ziel und Voraussetzung für ein ressourcenleichteres Leben – das heißt ein Leben auf der Basis eines geringen Ressourcenverbrauchs. Dies gilt für Frauen wie für Männer – Suffizienz ist nicht das weibliche Pendant für eine männliche Effizienz; eine Feminisierung der ökologischen Verantwortung ist ebenso kontraproduktiv wie ein genderspezifisches Auseinanderfallen der Lebensentwürfe.

Auch ein rein individualisiertes, moralisierendes und auf eine Ethik des Verzichts reduziertes Verständnis von Suffizienz ist nicht hilfreich. Stattdessen muss Suffizienz als Leitfaden für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen verstanden werden. Es muss möglich sein, nicht automatisch wachstumsorientierten Ansätzen von Politik und Wirtschaft folgen zu müssen, welche stets nur die produktiven Seiten betonen, die destruktiven ebenso wie die reproduktiven Grundlagen aber unsichtbar machen.

Herausforderung Transformation

Für die Veränderungen unserer Lebensstile, Konsum- und Produktionsmuster ist unbestritten eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Umgestaltung nötig. Dieser grundlegende Wandel muss einhergehen mit einer Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Einfluss und Macht, also mit Gerechtigkeit, und greift damit tief in

bestehende und mit großem Beharrungsvermögen ausgestattete Strukturen ein. Die Notwendigkeit der Umverteilung wird bei den Debatten zur Transformation gern ausgeblendet. Transformation ja, sie soll aber niemandem weh tun, so die Aussage, die hinter diesem Widerstand gegenüber strukturellen Veränderungen steht. Das sind rückwärtsgewandte Orientierungen, wie sie sich gerade bei der sogenannten Green Economy zeigen.

Die Realität sieht anders aus: Es wird Gewinner und Verlierer geben. Es wird Sektoren geben, die wachsen, andere, die schrumpfen müssen. Die Frage ist, wie der Übergang so gestaltet werden kann, dass negative Wirkungen minimiert werden. Deshalb muss eine grundlegende Transformation auf der Basis vielschichtiger, demokratischer Aushandlungsprozesse erfolgen. Diesen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess zu gestalten, ist eine riesige Herausforderung. Die Alternative, die Transformation nicht über gesellschaftliche Partizipation zu gestalten und sie von oben zu diktieren, hieße aber, sie zum Scheitern zu verurteilen.

Der Beitrag basiert auf dem Diskussionspapier „Green Economy: gender_gerecht. Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft“, das im Rahmen des gleichnamigen, vom UBA und BMU geförderten Projektes erstellt wurde. Dies sowie weitere Hintergrundpapiere können unter www.genanet.de/greeneconomy.html heruntergeladen werden.

Anmerkungen

- ▶ (1) Konferenz des BMBF und des BMU: Green Economy – Ein neues Wirtschaftswunder: www.kurzlink.de/bmbf-greeneconomy12
- ▶ (2) Unter Care-Economy wird die Versorgungs-, Pflege- und Beziehungsarbeit verstanden, die die Grundlage der Wirtschaft bildet, ohne von dieser wahrgenommen zu werden.

Ulrike Röhr, von Haus aus Bauingenieurin und Sozialwissenschaftlerin und engagierte Kämpferin für gendergerechte Klima- und Energiepolitik, leitet und koordiniert das Projekt Green Economy: gender_gerecht.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 30879835,
E-Mail: roehr@life-online.de,
www.genanet.de,
www.gendercc.net



THEMA

Transformationskongress 2012 – wie geht es weiter?

40 Jahre nach dem Bericht des Club of Rome und 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro dominieren nach wie vor die ökonomischen Interessen das Weltgeschehen – durch Wirtschaftsdiktat, durch Standortpolitik. Der Zeitpunkt ist gekommen, die Kurskorrektur für soziale und ökologische Gerechtigkeit einzuleiten. Nach dem Kongress muss jetzt der Transformationsprozess beginnen.

■ Am 13. November haben sich die drei Trägerorganisationen – Deutscher Naturschutzring (DNR), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – sowie die Projektpartner und MitstreiterInnen des Transformationskongresses in Hannover getroffen, um zu entscheiden, wie es mit der „Großen Transformation“ weitergeht.

Bereits im Juni hatten 900 Natur- und Umweltschützer, Vertreter der Gewerkschaften und der evangelischen Kirchen, Wissenschaftler und Politiker auf dem „Transformationskongress“ in Berlin neue Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle diskutiert. Das Motto des Kongresses zwölf Tage vor der UN-Konferenz „Rio+20“ lautete: „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“. Zum ersten Mal schlossen sich die drei wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte DNR, DGB und EKD zusammen, um die Debatte mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten und

Traditionen für das gemeinsame Ziel einer zukunftsfähigen, gerechten Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft unter Beachtung der ökologischen Grenzen voranzutreiben. Der bisherige Wirtschaftspfad, der mit Fortschritt, Entwicklung, ebenso mit Wohlstandssteigerung und Armutsbekämpfung gleichgesetzt wird, hat seine Grenzen erreicht. Ökonomischer Maßstab des Wachstums ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das weder Wohlbefinden oder Lebensqualität erfasst noch die Bestände an Naturschätzen wie Rohstoffe, Boden, Wasser und Energievorräte.

Während des Kongresses erörterten die Teilnehmer keine Detailfragen, sondern loteten Chancen und Risiken einer solchen großen Transformation aus, diskutierten Interessen- und Zielkonflikte und erarbeiteten Instrumente und Strategien. Das Fazit des Kongresses: Es gibt viele drängende Aufgaben für Natur- und Umweltschützer, Gewerkschaften und Kirche. Es gibt viel zu tun. Um die nächsten Schritte

„Vom Kongress zum Prozess: Transformationskongress 2012 – wie geht es weiter?“ zu beraten, trafen sich die Träger, Projektpartner und Unterstützer des Transformationskongresses am 13. November in Hannover.

Wohlstand ohne Wachstum ist möglich

Neben den nächsten Schritten standen weiterhin die zentrale Frage „Welches Wachstum wir für einen weltweiten Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und eine überlebensfähige Umwelt brauchen?“ sowie die Frage „Was ist bereits in Richtung Prozess passiert?“ auf der Tagesordnung. Das übereinstimmende Fazit: Jetzt gehen die TransformationsmitstreiterInnen einen Schritt weiter. Sie wollen die Erkenntnisse des Transformationskongresses schrittweise umsetzen und den Schwerpunkt auf bestimmte Themenbereiche legen. Der erste Schritt in diese Richtung ist die im November begonnene Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum“ in Kooperation mit der

Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet



09
August 2012

Schwerpunkt Heft 9:
Biologie



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

Technischen Universität Berlin. Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen präsentieren, analysieren und präzisieren die Ergebnisse des Transformationskongresses. Anschließend besteht die Möglichkeit zur Diskussion. Der zweite Schritt sind die auf dem Treffen vom 13. November beschlossenen Leitthemen – anders Wirtschaften/Arbeiten, Ungleichheit & Solidarität und Energiewende-, einschließlich Post-Wachstums- und Ernährungssicherheitsfragen und nachhaltige Produktion sowie Bildung, zu denen verschiedene Projekte mit unterschiedlichen Netzwerken und Bündnissen auf regionaler beziehungsweise lokaler Ebene geplant sind; alle unter dem Dach der drei Trägerorganisationen. Letztendlich ist ein Kongress in spätestens drei Jahren geplant, der die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Zusammenarbeit in den verschiedenen Konstellationen im Rahmen des Transformationsprozesses präsentieren soll. **[Susanne Graf]**

- ▶ www.transformationskongress.de
- ▶ www.zewk.tu-berlin.de

DNR INTERN

Mitgliederversammlung

Präsidiumswahl

Die Mitgliederversammlung des DNR hat am 1. Dezember (nach Redaktionsschluss) ein neues Präsidium gewählt. Auch der Rechnungsprüfer wurde neu gewählt. Auf der Tagesordnung standen zudem die Verabschiedung des langjährigen Präsidenten Hubert Weinzierl und seine Ernennung zum Ehrenpräsidenten. Abgestimmt wurde auch über die Aufnahmeanträge neuer Verbände und über Resolutionen. Die Wahlergebnisse und Weiteres können sie auf der Homepage des DNR nachlesen. **[mbu]**

- ▶ www.dnr.de

Abonnement

Ab 2013 kostet ein Jahresabonnement von umwelt aktuell 62,50 EUR für Privatbezieher, 104,50 EUR für Unternehmen und Institutionen und 46,20 EUR ermäßigt für StudentInnen (jeweils zzgl. Versandkosten). Die Erhöhung des Preises um zwei Prozent ist der allgemeinen Teuerung, zum Beispiel der Druck- und Papierkosten, geschuldet. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

EU-Koordination

Lern- und Lobbyfahrt 2013

Viele Akteurinnen und Akteure der Umweltbewegung haben bisher nur wenig Kontakt zu europäischen Akteuren und Netzwerken. Um dies zu ändern, lädt die EU-Koordination des DNR Interessierte vom 19.-21. März zu einer Studien- und Lobbyfahrt in die inoffizielle europäische Hauptstadt Brüssel ein.

2013 stehen dort wichtige Entscheidungen an: Rat und Parlament entscheiden im Frühjahr über die Reformen der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik, das 7. Umweltaktionsprogramm wird verhandelt und die Kommission wird wahrscheinlich Klima- und Energieziele für 2030 vorschlagen. All diese Entscheidungen stehen unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise, deshalb ist es umso wichtiger, in Brüssel eine starke Lobby für Umwelt und Nachhaltigkeit zu haben.

Ziel der Fahrt ist es, Netzwerke zu knüpfen, Lobbykontakte zu nutzen und zu erweitern und möglichst viel über die umweltpolitischen Entscheidungen auf EU-Ebene zu lernen. Wir werden ParlamentarierInnen, MitarbeiterInnen von EU-Kommission und Rat sowie KollegInnen der europäischen Umweltverbände treffen und uns einen Weg durch das Gewirr des politischen Systems der EU bahnen. Anmeldefrist ist der 15. Januar. Weitere Informationen und das Anmeldeformular können Sie telefonisch oder per Mail anfordern. **[am]**

- ▶ DNR-EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, antje.mensen@dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Nachhaltigkeit

Interkulturelles Bündnis gegründet

Zahlreiche Verbände und Vereine haben Ende Oktober in Hannover das Interkulturelle Bündnis für Nachhaltigkeit gegründet. Zu den Initiatoren gehören Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutzverbände, Energie- und Klimaschutzberatungsstellen, Organisationen, in denen sich Menschen ausländischer Herkunft engagieren, sowie karitative und wissenschaftliche Einrichtungen.

Die beteiligten Akteure wollen sich dafür einsetzen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen – unabhängig von ihren kulturellen Wurzeln – in die Diskussion um Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz einbezogen und für einen nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt gewonnen werden. Obwohl nahezu 20 Prozent der Bevölkerung nicht deutscher Herkunft sind, gibt es bisher kaum Informations- und Beteiligungsangebote für diese Gruppe. Das interkulturelle Bündnis will dies ändern, denn eine umwelt- und sozialgerechte Entwicklung ist nur zu erreichen, wenn sie von allen Bürgerinnen und Bürgern gestaltet und getragen wird. Außerdem wollen die Mitglieder ein Netzwerk schaffen, in dem Erfahrungen und Informationen ausgetauscht und gemeinsame Projekte entwickelt werden.

Die Gründungsversammlung fand im Rahmen des vom Bundesumweltministerium geförderten Projekts „Klimaschutz. In unserer Hand“ statt, in dem Informations- und Beratungsangebote für türkische und russlandstämmige Mitbürgerinnen und Mitbürger im Bereich Klimaschutz entwickelt werden. Das nächste Treffen des Bündnisses ist im Februar 2013 an der Leuphana-Universität in Lüneburg geplant. **[mbu]**

- ▶ Interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit, Christine Katz: E-Mail: katz@uni.leuphana.de

EHRENAMT

Ehrenamtsstunden 2011

Für Wald- und Vogelschutz

■ In der vorigen Ausgabe (umwelt aktuell 11.2012, S. 29) gab es eine Statistik zu ehrenamtlich geleisteten Stunden in den DNR-Mitgliedsverbänden in den Jahren 2010 und 2011. Zwei weitere Verbände haben nun Zahlen gemeldet.

Die rund 2.050 Aktiven in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald haben 2011 etwa 27.650 Stunden freiwillig geleistet. Hierzu zählen die Erarbeitung von Stellungnahmen, Information und Aufklärung über Umweltthemen sowie die Organisation und Leitung von Gruppen.

125 Aktive im Komitee gegen Vogelermord haben im letzten Jahr etwa 9.360 Ehrenamtsstunden für den Vogelschutz geleistet. Der Löwenanteil floss in den praktischen Schutz von Arten und Biotopen.

Legt man allein die an den DNR gemeldeten Zahlen zugrunde, wurden im letzten Jahr schätzungsweise acht Millionen Stunden Arbeit unentgeltlich in Umwelt-, Natur- und Tierschutz gesteckt. Das ist nur ein Bruchteil des tatsächlich geleisteten „grünen“ Bürgerengagements. [jg]

► www.dnr.de/downloads/fragebogen-ehrenamt.pdf

Europäisches Jahr

2013 für Bürgerinnen und Bürger

■ Das Europäische Parlament hat am 23. Oktober mehrheitlich das kommende Jahr zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt. 2013 soll sich den europäischen Bürgerrechten widmen und das Bewusstsein der Unionsbürger für ihre Rechte erweitern. Während des Jahres sollen die EU-Bürgerinnen und Bürger durch Veranstaltungen über ihre Rechte aufgeklärt werden, über die ein Großteil der Menschen kaum Bescheid weiß. Ein Schwerpunkt der Informationskampagne

sind die Rechte zur Übersiedelung in einen anderen EU-Mitgliedstaat.

Der DNR hat 2010 ein Themenheft herausgegeben, das über Beschwerdemöglichkeiten informiert, wie zum Beispiel über das Petitionsrecht an das Europäische Parlament. [ib]

► www.eu-koordination.de/PDF/2010-1-meine-rechte_web.pdf

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Nachhaltigkeitspreis

Ehrenpreisträger bekannt gegeben

■ Ende September hat die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis die Ehrenpreisträger der diesjährigen Verleihung bekannt gegeben. Patricia Espinosa, die mexikanische Außenministerin, Achim Steiner, Chef des UN-Umweltprogramms und Sänger Jose Carreras werden für ihren Beitrag zur Förderung einer zukunftsfähigen Gesellschaft geehrt. Espinosa erhält den Ehrenpreis des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für ihr Wirken als Präsidentin des Weltklimagipfels 2010 in Cancun. Achim Steiner wird für seinen Einsatz im internationalen Umweltschutz ausgezeichnet. Die Übergabe der Preise findet am 7. Dezember in Düsseldorf statt. [fc]

► www.nachhaltigkeitspreis.de/files/pm_ehrenpreistraeger_u.pdf

Bruno H. Schubert Preis

Für Wissenschaft und Praxis

■ Mitte November ist in Frankfurt der Bruno H. Schubert Preis verliehen worden. Der Preis wird alle zwei Jahre in drei unterschiedlichen Kategorien vergeben. In der zweiten Kategorie, welche Personen

ehrt, die herausragende Einzelleistungen auf dem Gebiet der Erhaltung der Natur und Umwelt erbracht haben, wurde Marion Hammerl ausgezeichnet. Die Präsidentin des Global Nature Fund erhält den Bruno H. Schubert Preis für ihr jahrelanges ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Sie teilt sich den Preis der zweiten Kategorie mit dem Ehepaar Elsabé und Hugo van der Westhuizen, die seit über 15 Jahren eine bedeutende Rolle im afrikanischen Naturschutz spielen. Den Preis der ersten Kategorie erhält Prof. Dr. Yossi Leshem für seine Initiativen zum Schutz der Vögel im Nahen Osten. [fc]

► www.bruno-h-schubert-stiftung.de

Waldschutz

Zwei Wissenschaftler erhalten Goldene Tanne

■ Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat die Goldene Tanne 2012 verliehen. In diesem Jahr erhalten zwei Wissenschaftler die Auszeichnung, mit der besonderes Engagement für den Erhalt der Wälder gewürdigt wird.

Karl-Josef Meiwes von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg und Klaus von Wilpert von der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt folgen als Preisträger auf ranghohe Politiker und Politikerinnen wie Angela Merkel (2008) und Ilse Aigner (2011).

Die beiden Forscher werden für ihre Studien zur Nährstoffversorgung in Waldböden und zu Bodenveränderungen durch Waldschäden geehrt. Ihrer Arbeit ist es zu verdanken, dass Baden-Württemberg und Niedersachsen Konzepte zum Schutz der Böden vor Versauerung durch Waldkalkung entwickelt haben. Diese Konzepte werden bereits erfolgreich umgesetzt und dienen anderen Bundesländern als Vorbild. [fc]

► www.sdw.de/cms/upload/presse/Pressemeldungen_2012/08_11_2012_Goldene_Tanne-Endfassung.pdf

REZENSIONEN

Stadt, Land, Grün

Parkplätze und Straßen überall – es scheint, als seien Städte nur für den Autoverkehr da. Für mehr Lebensqualität muss der Fahrzeugbestand radikal reduziert werden. Mit Effizienz, Konsistenz und Suffizienz auf allen Planungsebenen lässt sich das erreichen, meint Dieter Apel.



Das Thema Stadt erlebt eine Renaissance. Gentrifizierung wird verstärkt beklagt, und in Berlin wird über bezahlbaren Wohnraum diskutiert – mit Forderungen

nach einer Kurtaxe für Touristen.

Sogenannte Siedlungs- und Verkehrsflächen nehmen 14 Prozent der gesamten Bundesrepublik ein. Seit Jahrzehnten werden pro Tag in Deutschland rund 80 Hektar in Baugebiete oder Verkehrsflächen umgewandelt. Die richtige Nutzung der Erdoberfläche ist die Schlüsselstrategie zur Lösung der Klima-, Umwelt- und Versorgungskrise, so die These von Stadtplaner Dieter Apel. Die drei Prinzipien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz sollen dabei helfen. Gemeint ist damit ein effizienter Ressourcenverbrauch, beispielsweise durch stromsparende Technologien und die Wiederverwendung von Materialien; die Vereinbarkeit von Natur und Technik und ein umweltverträgliches Wirtschaften; sowie drittens der sparsame Verbrauch von Waren und damit zusammenhängend auch eine Einschränkung des Konsums.

Apel bezieht neben urbanen Flächen auch die landwirtschaftliche Nutzung ein sowie Flächen, die dem Landschaftsschutz dienen, wie Wald und Moore. Darüber hinaus betrachtet er das Potenzial der Nutzung von Sonnenenergie – in der Stadt auf Hausdächern – sowie Landnutzung in Verbindung mit Klimaschutz und der Sicherung von Wasserreserven.

Der Autor macht drei Ursachen für den steigenden Flächenverbrauch aus: erstens die Zersiedelung der Städte und deren Ausweitung in den ländlichen Raum; zweitens die „Entmischung“ der Stadt, nämlich die Trennung des Wohnraums von Indust-

rie und Handel, aber beispielsweise auch die zunehmende Zusammenlegung von Bildungseinrichtungen zu Schulzentren. Dies bedeute letztlich mehr Fahrtwege. Das führt zum dritten Punkt: der Dominanz des Autoverkehrs. Die Straßen seien „so gestaltet, als würden sie fast nur dem motorisierten Verkehr und dem Abstellen der Fahrzeuge dienen“, kritisiert Apel. Das Auto nehme zu viel Stadtfläche ein, nämlich etwa 70 bis 80 Prozent des Straßenraums und weitere zehn bis 30 Prozent der Baugrundstücke durch Parkplätze. Eine drastische Reduzierung des Autobestands sei nötig, um statt Park- und Abstellplätzen für Autos wieder Raum für Menschen und ihre Lebensqualität zu schaffen.

Etwas uneindeutig verhält sich Apel zur Frage der Nutzung innerstädtischer Brachflächen. Grundsätzlich spricht er sich für dichtere Städte aus, die insgesamt weniger Fläche beanspruchen, und fordert die Reaktivierung ungenutzter Orte in der Innenstadt. Doch immer wieder spricht er auch von der grünen Stadt: „Bäume, Grünflächen und Parkanlagen erfüllen ökologische und soziale Funktionen.“ Sie binden Schadstoffe und sorgen für ein besseres Klima im urbanen Raum. Außerdem tragen sie positiv zur Grundwasserwirtschaft bei, dienen der Artenvielfalt und der menschlichen Gesundheit.

Apels Buch gibt einen guten Einblick in die Thematik des Fläche- und -verbrauchs. Stadtplaner werden vielleicht nicht allzu viele neue Erkenntnisse gewinnen, aber interessierte Laien können sich mit dem Buch einen schnellen Überblick verschaffen und Argumente sammeln.

[Johanna Treblin]

- Apel, D.: *Landschaft und Landnutzung. Vom richtigen Umgang mit begrenzten Flächen.* oekom, München 2012, 178 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-303-9

Landwirtschaft und Ethik

Konflikte um Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssicherung benötigen fachübergreifende neue Ansätze. Ein Sammelband widmet sich diesen agrarethischen Fragen.



Wenn sich hoch spezialisierte Agrarwissenschaftler mit Querschnittsthemen befassen, ist Vorsicht geboten. Nicht so bei Uwe Meier: Er hatte schon als

Pflanzenschutzspezialist und Berater internationaler Organisationen immer das Ganze im Auge. Sein Wissen nutzt er für grenzüberschreitende Gedankengebäude, die er mit dem Buchprojekt zur „Agrarethik – Landwirtschaft mit Zukunft“ belegt. Diese Kombination verlangt nach Aufklärung, die Meier im besten Sinne des Wortes leistet. Niemals zuvor wurde das Thema so breit und beständig behandelt.

Meiers Einleitung fächert das Spektrum der Themen interessant auf und gibt einen Überblick über die 19 Fachbeiträge der Agrarwissenschaftler, Biologen, Ökonomen, Juristen, Soziologen, Theologen und Philosophen sowie Kulturwissenschaftler, Wirtschaftsethiker und zivilgesellschaftlichen Experten. Der Mix der Autoren und die Dramaturgie des Buches sind sehr gelungen. Alle Beiträge befassen sich überwiegend kritisch, verständlich und nicht immer akademisch mit agrar- und ernährungspolitischen Konfliktfeldern. Fast alle bieten hilfreiche Vertiefungen und Lösungen zum Thema an.

Aus Konsumentensicht sind die Beiträge zur Standardsetzung und die Wirkungen von Kennzeichnungssystemen in der Wirtschaft besonders hervorzuheben. Meier selbst gibt dazu in einem brillanten Beitrag einen guten Überblick über die sogenannten Standardinitiativen und Gruppen, die mit Kriterien, Kennzahlen und Indikatoren daran mitwirken, Zertifizierungen glaubwürdig erscheinen zu lassen. Dabei geht er mit eigenen Erfahrungen auf

internationaler Ebene auch auf die wachsende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Gruppen ein.

Im Zentrum der Beiträge steht der Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und gängiger Landwirtschaftspraxis. Für aufgeschlossene Landwirte zeigt das Buch die Notwendigkeit, nicht nur mit Cross Compliance im Sinne der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zu handeln, sondern auch an „ethical compliance“ und die gesellschaftliche Verantwortung zu denken und dies in die strategische Betriebsführung einfließen zu lassen. Die 21 Autoren suchen nach Antworten zur Agrarethik, einer noch jungen interdisziplinären Wissenschaft, die auch in der Gesellschaft zunehmend Gehör findet. Insofern ist das Buch mehr als ein gewichtiger Baustein; es ist die Blaupause für das entstehende Gebäude der Agrarethik. Diese befasst sich umfassend und ganzheitlich mit Problemen der Ernährungssicherung und der Agrarproduktion und sucht anwendungsorientiert nach neuen Lösungen im Kontext der Nachhaltigkeit.

Was fehlt, ist ein Gesamtfaizit mit einer erkennbaren Perspektive und Wegen zur interdisziplinären Umsetzung und Anwendung der Agrarethik in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Doch bei Meiers Engagement kann man sicher sein, dass hierzu bald ein neuer Aufschlag mit Wegmarken und Praxisvorschlägen erscheint. Die Zeit dafür ist reif. [Edmund A. Spindler]

- ▶ Meier, U. (Hrsg.): Agrarethik – Landwirtschaft mit Zukunft. Agrimedia, Clenze 2012, 350 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86263-078-3

Denkmal für den Naturschutz



„Oft mangelt es an Vertrauen in die Regenerationskraft der Natur. Sie findet immer einen Weg, selbst eine Monokultur zum Naturwald werden

zu lassen, wenn wir sie nur gewähren lassen und ihr Zeit geben“ – so heißt es im Vorwort zum Bildband Naturschutz in

Deutschland. Dieser ist Rückblick, Bestandsaufnahme, Vorausschau und Appell zugleich. Auf 336 Seiten setzen die drei Herausgeber Michael Succow, Lebrecht Jeschke und Hans Dieter Knapp mithilfe zahlreicher Gastautoren dem deutschen Naturschutz ein Denkmal.

Der erste Teil des Buches begleitet detailliert die Geschichte des Naturschutzes von seinen Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis zum Fall der Mauer 1990. Herausragende Leistungen und Persönlichkeiten werden ebenso betrachtet wie Rückschläge und Tiefpunkte. Die drei Herausgeber, die alle einen maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Naturschutzes und der Schutzgebiete in der DDR hatten, verknüpfen ihre eigene Geschichte mit der Entwicklung der ostdeutschen Naturschutzgebiete. Unterstützt durch beeindruckende Farbbilder beschreiben die Autoren im zweiten Teil des Buches liebevoll die fünf Nationalparke, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparke im Osten der Republik. Auch der Rest des Landes kommt nicht zu kurz. Etwas weniger ausführlich, doch keinesfalls minder eindrucksvoll, wird im Anschluss der Blick auf die gesamtdeutsche Entwicklung nach 1990 gerichtet.

Im letzten Kapitel ziehen die Autoren nicht nur Bilanz, sondern wagen auch einen Blick in die Zukunft des Naturschutzes. Wie haben Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke Deutschland beeinflusst und wie werden diese sich in Zukunft weiterentwickeln?

Das Buch ist ein interessanter Überblick über die Rolle und die Bedeutung des Naturschutzes in unserer Gesellschaft. Die einzigartigen Fotografien haben einen ganz besonderen Wert, der die teils etwas langatmigen Texte mehr als ausgleicht. „Naturschutz in Deutschland“ bietet den LeserInnen die Möglichkeit, sowohl die Entwicklung und die Entstehung des Naturschutzgedankens in Deutschland nachzuvollziehen, als auch die Bedeutung des Naturschutzes für die Zukunft einschätzen zu können. [Fabian Carels]

- ▶ Succow, M.; Jeschke, L.; Knapp, H. D. (Hrsg.): Naturschutz in Deutschland. Ch. Links, Berlin 2012, 336 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86153-686-4

Impressum

umwelt aktuell

Dezember 2012 / Januar 2013

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Inga Bollert [ib], Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Uta Klönne [uk], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

DEZEMBER

01.12., Berlin (D)

Mitgliederversammlung des DNR

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Berlin,

Tel. +49 (0)30 / 678177570, www.dnr.de

03.12., Berlin (D)

Climate Lecture 2012. Vortrag

► Technische Universität Berlin, Senta Maltschew, Tel. +49 (0)30 / 31422538, www.pressestelle.tu-berlin.de/climatelecture/programm_climate_lecture_2012

03.12., Leipzig (D)

6. Expertentreffen Energiemetropole Leipzig

► Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, Netzwerk Energie & Umwelt, Lisa Keck, Tel. +49 (0)341 / 1213317, E-Mail: NEU@energiemetropole-leipzig.de, www.energiemetropole-leipzig.de

04.–05.12., Berlin (D)

Weltbodentag. Fachveranstaltungen

► Landesvertretung Niedersachsen beim Bund, Kommission Bodenschutz beim UBA u.a., Monika Frielinghaus, E-Mail: frielinghaus@zalf.de, Sabine Mahrle, E-Mail: sabine.mahrle@uba.de, www.umweltbundesamt.de

05.12., Berlin (D)

Energiewende ohne Blackout. Fachtagung

► Deutsche Umwelthilfe, deutsche Sektion des internationalen Ingenieurverbandes IEEE PES, www.kurzlink.de/05-12-2012.pdf

05.12., Berlin (D)

Nachhaltige Biomasse – Erfahrungen mit der Zertifizierung in Deutschland und zukünftige Perspektiven. Tagung

► Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Diana Krolow, Tel. +49 (0)30 / 4403880, E-Mail: krolow@wpr-communication.de, www.fnr.de/zertifizierung2012

07.12., Düsseldorf (D)

2. KiKA Kinder-Nachhaltigkeitstag

► Kinderkanal von ARD und ZDF, Tel. +49 (0)361 / 218-1827, Fax -1831, www.kika-presse.de, www.erde-an-zukunft.de

07.12., Tutzing (D)

Zwischen Akzeptanz und Widerstand – Energiewende und neue Protestkultur Tagung

► Petra-Kelly-Stiftung, Akademie für Politische Bildung Tutzing, Heike Schenck, Tel. +49 (0)8158 / 256-46, E-Mail: H.Schenck@apb-tutzing.de, www.petrakellystiftung.de/programm/veranstaltungen.html

07.–08.12., Köln (D)

Solidarisch und solar! - Linke Perspektiven zur Europäischen Energiepolitik Konferenz

► Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Rainer Nickel, Tel. +49 (0)203 / 3177-392, E-Mail: rainer.nickel@rls-nrw.de, www.rls-nrw.de

08.12., weltweit

Internationaler Jugend-Aktionstag für Klimagerechtigkeit

► Evangelische Kirche von Westfalen, Amt für Jugendarbeit u.a., E-Mail: actionday@poweredbyheaven.de, www.shape-the-future.de/termine

10.12., Berlin (D)

Schafft Wissenschaft die große Transformation? Das Wissenschaftsjahr „Zukunftsprojekt Erde/Nachhaltigkeit“. Ein Fazit. Tagung

► Runde für Nachhaltige Wissenschaft, Ecological Research Network u.a., Anmeldung unter: wissenschaftsjahr2012@wupperinst.org, www.iso.de/presse-aktuelles/veranstaltungen

10.12., Magdeburg (D)

Biomethan + Kraft-Wärme-Kopplung. Konferenz

► Institut für Wirtschaft und Umwelt e.V. u.a., Tel. +49 (0)391 / 7447894, Fax +49 (0)391 / 8190819, E-Mail: hey@iwu-ev.de, www.lee-lsa.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Maritim-Magdeburg_10.12.2012.pdf

10.–11.12., Berlin (D)

Gender trifft Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit braucht Gender. Tagung

► Leuphana Universität Lüneburg, Institut für Nachhaltigkeitssteuerung, Sebastian Heilmann, Tel. +49 (0)4131 / 677-1349, E-Mail: nage-tagung@leuphana.de, www.leuphana.de/nage-tagung

11.12., Berlin (D)

Stoffliche Nutzung von Biomasse – die bessere Option? Konferenz

► nova-institut für politische und ökologische Innovation GmbH, Umweltbundesamt u.a., Lara

Dammer, Tel. +49 (0)2233 / 481455, E-Mail: lara.dammer@nova-institut.de, www.bio-based.eu/stofflich/

JANUAR

03.–06.01. Radolfzell (D)

Naturschutztage am Bodensee

► NABU und BUND, Landesverbände Baden-Württemberg, Tel. +49 (0)7551 / 67315, E-Mail: nabu-bodensee@t-online.de oder Tel. +49 (0)7732 / 150710, E-Mail: naturschutztage@bund.net, www.naturschutztage.de

04.–06.01., bundesweit (D)

Stunde der Wintervögel 2013 Mitmachaktion

► NAJU, NABU, Tel. +49 (0)30 / 2849841900, E-Mail: naju@naju.de, www.naju.de/kinderbereich/stunde-der-wintervogel

17.–18.01., Wien (AT)

Grüne ICT für nachhaltigen Konsum?

► Institut für Umwelt und regionale Entwicklung (WU Wien), österreichisches Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Karin Dobernic, Vivien Lunda, E-Mail: ict@scp-responder.eu, www.scp-responder.eu/events/kb-ict

19.01., Berlin (D)

Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Jetzt! Demonstration

► Kampagnenbüro „Wir haben es satt!“, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de, www.wir-haben-es-satt.de, www.meine-landwirtschaft.de

21.–22.01., Berlin (D)

Kraftstoffe der Zukunft 2013. Internationaler Fachkongress für Biokraftstoffe

► Bundesverband BioEnergie, Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen u.a., Markus Hartmann, Tel. +49 (0)228 / 81002-22, Fax -58, E-Mail: hartmann@bioenergie.de, <http://event.bioenergie.de/>

31.01.–01.02., Schneverdingen (D)

Projektmanagement im Umweltbereich. Seminar

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Tel. +49 (0)5798 / 9890-70, E-Mail: margrit.nalezinski@nna.niedersachsen.de, www.kurzlink.de/nna-31-01-2013

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Kritischer Konsum

Selbst- und weltbewusst einkaufen

Kritischer Konsum ist seit Jahren ein populäres Thema und hat auch in die Jugendbildung Eingang gefunden. Denn Konsum bietet vielfältige Ansätze, um sehr konkrete Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung nahe an der Lebensrealität Jugendlicher zu behandeln.

□ Sich seine Jeans einmal genau anzuschauen und zu analysieren, wo und wie sie mit welchem Ressourcenaufwand produziert wurde und wer dabei welchen Anteil verdient hat, ist eine sehr erhellende Sache. Dabei zeigen sich deutlich die Komplexität der globalisierten Wirtschaft und die konkreten Zusammenhänge von sozialer Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung. Es wird auch deutlich, wie KonsumentInnen in den wohlhabenderen Ländern nach wie vor von der rücksichtslosen Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen und der Ausnutzung der günstigen Arbeitskraft in Ländern des globalen Südens profitieren. Diese Tatsache gilt es zu benennen, zu analysieren – und Handlungsalternativen aufzuzeigen!

Mehrere Aspekte sind hilfreich, um das Thema Konsum in der Bildungsarbeit attraktiv und konstruktiv zu behandeln:

Jugendliche aktiv einbeziehen und Raum für Diskussionen schaffen

Der Ansatz der „peer-to-peer education“ hat sich in vielen Bereichen bewährt und ist gerade beim Thema Konsum wertvoll. Wenn gleichaltrige, junge Menschen das Thema behandeln, wirkt das völlig anders, als wenn die VertreterInnen der Eltern-/Lehrer-Generation dies tun. Denn diese sind nicht nur als EinkaufsberaterInnen ziemlich unerwünscht, sondern auch als Werteanwalt eher überstrapaziert.

Außerdem wählen Jugendliche automatisch für sie interessante und relevante Beispiele und Produkte aus. Es ist wichtig zu beachten, dass Handys für Jugendliche viel spannender sind als Schnittblumen. Nur wenn die Anknüpfung an reales Konsumverhalten und präferierte Produkte gelingt, kann die Auseinandersetzung mit entsprechendem nachfolgendem Engagement entstehen.

Fertige Antworten, Lösungen und Ergebnisse animieren die persönliche Auseinandersetzung mit den Themen und Problemen keineswegs. Wo immer möglich sollten Jugendliche zwar zuerst mit Hintergrundwissen versorgt werden. Dann aber muss die Diskussion eröffnet werden, um die Bewertung der Fakten und die Erörterung der eigenen Positionierung den Jugendlichen zu überlassen. Je offener Informationen ausgebreitet, Optionen aufgezeigt und zur Diskussion gestellt werden, umso leichter gelingt es, eine wirkliche Auseinandersetzung einzuleiten. Vereinfachte Darstellungen, Moralisierung oder

THEMENHEFT: KRITISCHER KONSUM

Handlungsanweisungen sind ebenso wie der Einsatz von schockierenden Bildern und tragischen Geschichten selten hilfreich.

Vom Wissen zum Handeln leiten

In der Behandlung von Konsumthemen wird die Komponente „Handeln“ immer wichtiger werden. Studien, wie etwa die des Umweltbundesamtes zum Umweltbewusstsein zeigen, dass zwar immer mehr Menschen informiert und motiviert sind, sich ihre Handlungsmuster aber dennoch kaum ändern. Dieses Phänomen verdient auch in der Bildungsarbeit zunehmend Aufmerksamkeit und bringt wichtige Fragen mit sich:

Wie entscheide ich mich anhand meines Wissens und meiner Werte im konkreten Fall? Welche Umstände und Mehrkosten nehme ich in Kauf? Wo kann ich den Einfluss, den ich habe, auch ausüben? Hier kommt dem Thema Konsum besondere Bedeutung zu, da es eine unmittelbare

Handlungsrelevanz hat. Während ich mir zu politischen oder sozialen Fragen in der Regel „nur“ eine Meinung bilde, bin ich im Bereich Konsum direkt mit meinem nächsten Kaufakt konfrontiert, der meine Haltung meiner Handlung gegenüberstellt.

Dabei wird dann auch deutlich, dass Konsum zwar eine Handlungskomponente ist, aber eben politisches Engagement nur ergänzt, nicht ablöst oder ersetzt.

Kollektives Handeln ist gefragt

Zumal es nicht nur um das individuelle Konsumverhalten gehen sollte, sondern auch das „kollektive Handeln“ zu erörtern ist. Konkret kann dies zum Beispiel die Frage der Mitbestimmung im schulischen Umfeld sein: Wie ist der Einkauf in Cafeteria und Mensa organisiert? Welches Papier wird in der Schule verwendet und wie viel wird verbraucht? Wer entscheidet darüber und unter welchen Kriterien? Wie können wir hier Einfluss nehmen und was ändern? Kritischer Konsum kann hierbei ein Einstieg in viele andere Lernprozesse sein, statt der „einfache Ausweg“, wie teilweise berechtigt kritisiert wird.

Erkennen, Bewerten, Handeln

Obwohl nachhaltiger Konsum im Trend liegt, wird er keineswegs einfacher. Im wuchernden „Siegelschunegel“ entpuppt sich bei genauerem Hinsehen vieles, das schön aussieht, als reines „greenwashing“. Vonseiten der Politik ist dabei keine Hilfe zu erwarten, eine klarere Kennzeichnung oder gar verbindliche Regelungen für Standards sind nicht in Sicht. Somit ist es sinnvoll, junge Menschen zu kompetenten KonsumentInnen zu machen und ihnen das Handwerkszeug zu geben, um in der heutigen Konsumgesellschaft selbstbewusst und weltbewusst zu agieren. Letztendlich ►

BLICKPUNKT

Top gestylt die Welt retten

Kleidung ist gerade für Jugendliche eines der spannendsten Themen im Bereich nachhaltiger Konsum

Hundert Euro gibt jeder deutsche Haushalt statistisch gesehen jeden Monat für Kleidung und Schuhe aus. Bekleidung gehört, neben den Nahrungsmitteln, sowohl in mengen- als auch in wertmäßiger Betrachtung zu den wichtigsten Gütern im weltweiten Ausgabenbudget. Und zu den interessantesten Gebieten im Bereich nachhaltiger Konsum.

Gerade für Jugendliche ist der Teilaspekt „Kleidung“ ein spannendes und hochemotionales Thema, da Selbstdarstellung und Zugehörigkeit zur Peergroup noch stärker als beim Erwachsenen über die am Körper getragenen Textilien präsentiert werden.

Saubere Kleidung

Vom Anfang bis zum Ende des Lebenszyklus eines Kleidungsstücks bieten sich für die schulische wie die außerschulische Bildung Anknüpfungspunkte. Woher kommt unsere Kleidung und wie wird sie produziert? Von gentechnisch veränderten Baumwollsamens, der Verwüstung von Anbaugeländen, der Verwendung hochgiftiger Farbstoffe über menschenunwürdige Fertigungsmethoden in der Näherei bis zur CO₂-Bilanz lassen sich in diesem alltäglichen Themenfeld fächerübergreifende Bezüge herstellen. Das Ökopjekt Mobilspiel beispielsweise hat Hintergrundinformationen und detaillierte Arbeitsabläufe für Schulprojekte ausgearbeitet und zum Download zur Verfügung gestellt. Unter dem Titel „Was ist (m)ein T-Shirt wert?“ hat auch ein BNE-Dekadeprojekt vom Verein Umweltlernen in Frankfurt eine hochklassige Lernwerkstatt ausgearbeitet, die anhand verschiedener Stationen die unterschiedlichen Aspekte des Textilkonsums für SchülerInnen zugänglich macht. Mit Büchern wie „Weltreise einer Jeans“ oder der Werkmappe „Todschicke Kleidung – zu welchem Preis?“ kann sich jeder aber auch selbst die passenden Inhalte für zielgruppenspezifische Lehreinheiten zusammenstellen. Der mögliche Methodenmix aus Quiz, Rollenspielen, Gesprächsrunden, Filmen und Mitmachparcours hilft den SchülerInnen, auf die essenzielle Frage „Wie können wir beim Produzieren, Handeln und Konsumieren – hier und anderswo – gemeinsam die Zukunft gestalten?“ ihre individuelle Antwort zu finden. In diesem Bereich engagiert sich auch die „Kampagne für Saubere Kleidung“, die

sich vor allem mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen große (Textil-)Ketten wie KiK, Lidl und H&M profiliert hat. Sie bietet speziell bei Discounttextilien gute Hintergrundinformationen und Projektideen. Zum Beispiel den Ad-Bust, bei dem die Werbung des Discounters optisch kopiert und mit kritischen Inhalten gefüllt wird, um dann an Haushalte verteilt zu werden. Gerade ältere Kinder und Jugendliche haben an dieser Interpretation einer „Guerilla-BNE“ diebische Freude.

Um Neues zu schaffen, auf Altes zurückgreifen

Im Internet haben Tauschbörsen wie Kleiderkreisel.de Nachhaltigkeit im Umgang mit Kleidung zum Alltag gemacht. Der Gedanke des Flohmarkts oder privaten Tauschens im Freundeskreis funktioniert aber auch als Schulprojekt hervorragend. 25 Prozent des Inhalts eines jeden Kleiderschranks werden nicht getragen, also kann die nächste Weihnachtsfeier im Schul- oder Klassenverband problemlos mit einer Menge hochwertiger Kleidungsstücke zum Tauschen bestückt werden. Wem das nicht genug ist, der kann unter dem Motto „Pimp my shirt“ zusammen mit den SchülerInnen aus den alten Textilien in einer Workshopstunde neue Kleidungsstücke, Taschen oder Schmuckstücke entstehen lassen.

Komplett auf den Kauf von neuen Kleidungsstücken zu verzichten, ist schon für Erwachsene eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Für Jugendliche ist es erfahrungsgemäß noch viel weniger vorstellbar. Hilfreich kann dann aber zumindest die Besprechung der verschiedenen Textil-Label mit Ökobezug sein, um den Konsum nachhaltig zu gestalten. Dann kann Weihnachten kommen.

[Lisa Hübner]

- ▷ www.umweltlernen-frankfurt.de/Dekade/t-shirt.htm
- ▷ www.saubere-kleidung.de/
- ▷ www.mobilspiel.de
- ▷ www.greenpeace.de

geht es dabei um die grundlegenden Kompetenzen „Erkennen, Bewerten, Handeln“.

WELTbewusst hilft bei der Orientierung im Konsumdschungel

Das Projekt WELTbewusst bietet Stadtrundgänge zum Thema nachhaltiger Konsum und Globalisierung. Direkt in der Innenstadt, am Ort des Konsumgeschehens, werden anhand beliebiger Konsumprodukte

– wie Jeans, Hamburger, Handys, Kaffee, Papier und andere – beispielhaft Probleme der globalisierten Produktionskette erläutert, zum Beispiel der Ressourcenverbrauch oder die Arbeitsbedingungen.

Die Rundgänge werden von jungen MultiplikatorInnen des Projektes durchgeführt, sind interaktiv gestaltet und laden zur Diskussion über Alternativen und Handlungsmöglichkeiten ein. Wer möchte, kann sich auf der Internetseite

des Projektes vorher schon Kurzfilme und Dokumentationen über verschiedene Konsumthemen ansehen und sich zum Beispiel über „schmutzige Schokolade“, Überfischung oder Lebensmittelspekulationen informieren.

[Jochen Dallmer]

Jochen Dallmer arbeitet bei der BUNDjugend als Koordinator für WELTbewusst, dem Projekt zum Thema Konsum & Globalisierung.

▷ www.weltbewusst.org

SCHWERPUNKT: NACHHALTIGER KONSUMBroschüre**Todschicke Kleidung**

□ Wieso können Aldi, Deichmann und C&A und andere Discounter ihre Produkte eigentlich so günstig anbieten? Die Christliche Initiative Romero (CIR) hat zu dieser Frage eine Werkmappe „Todschicke Kleidung – zu welchem Preis?“ erarbeitet, die für übergreifende Bildungsbereiche wie informelles und außerschulisches Lernen sowie die Sekundarstufen I und II gedacht ist. Die Jugendlichen werden mit der Mappe an Themen wie Globalisierung und Arbeitsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern herangeführt.

- ▷ Christliche Initiative Romero e.V. (Hrsg.): Todschicke Kleidung – zu welchem Preis?. Selbstverlag, Münster 2008, 54 S., 5,- €

Buch**Welt retten, Geld sparen, Style haben**

□ Die Modejournalistin Henrietta Thompson hat ein praktisches, wenn auch manchmal etwas skurriles Buch mit Anleitungen zum Upcycling von Kleidung auf den Markt gebracht. Die 250 Seiten sind übersichtlich in die fünf großen Bereiche Frauenmode, Männermode, Mode für alle, Accessoires sowie Mode für Kinder und Haustiere strukturiert. Neben Hintergrundwissen und einem Überblick über nachhaltig arbeitende Designer finden sich viele Näh- und Bastelideen, die sich auch mit Gruppen umsetzen lassen. Muss ja nicht gleich die Mütze aus Kuhzitzen oder das Kleid ganz aus alten Turnschuhen sein.

- ▷ Thompson, H.; Whittington, N. (Illustrationen): Mach neu aus alt. Kleidung und Accessoires. Welt retten, Geld sparen, Style haben. Edel, Duisburg 2012, 272 S., 24,95 €, ISBN 978-3841901576

About Change**Lebensstilexperimente jetzt auch online**

□ Die BUNDjugend lädt auf der interaktiven Website speziell Kinder und Jugendliche ein, „about change“ nachzudenken: Wo steht unser Konsum den Zielen einer nachhaltigen Zukunft entgegen? Aber es bleibt nicht beim Denken und Reden.

Die Experimente in den Bereichen Klima, Ernährung, Mobilität, Energie und Konsum müssen die Jugendlichen nicht in einem Labor durchführen, sondern können sie in ihrem eigenen Leben ausprobieren. Außerdem können sie die Internetseite selbst mitgestalten und ihre eigenen Ideen und Erfahrungen einbringen.

- ▷ www.aboutchange.de

Buch**Weltreise einer Jeans**

□ Wer eine Jeans kauft, findet im Etikett einen Hinweis auf das Herstellungsland. Eigentlich müssten dort aber mindestens sieben Länder stehen – über 50.000 Kilometer hat eine ordinäre Jeans hinter sich, bis sie im deutschen Einzelhandel ankommt. Marion Rolle hat in ihrem Buch die Entstehung einer Jeans von der Baumwollblüte bis zur fertigen Kleidung dargestellt und verdeutlicht ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte. Die Autorin verbindet in ihrem praxisnahen Buch sowohl Hintergrundinformationen als auch Bildungsideen für jede einzelne Station im Herstellungsprozess einer Jeans. Je nach Zielgruppe und Zeit kann man sich einzelne Aspekte herausuchen und zu eigenen Lehreinheiten kombinieren. Bilder, Druckvorlagen und Arbeitsblätter verkürzen die Vorbereitungszeit.

- ▷ Rolle, M: Weltreise einer Jeans. Auf den Spuren unserer Kleidung. Edition Erlebnispädagogik, Lüneburg 2007, 192 S., 12,50 €, ISBN 978-3895690747

AUS ANU UND UMWELTZENTRENANU Brandenburg**Shoppen und helfen**

□ Wer der ANU Brandenburg helfen will, kann dies über den Spendeshop bei Bildungsspender tun. Die Unterstützung erfolgt ganz einfach beim Onlineshopping. Für jede zweite Suchanfrage, die über www.bildungsspender.de/anu-brandenburg getätigt wird, erhält die ANU Brandenburg einen Cent, außerdem einen prozentualen Anteil von jedem Einkauf, der von der Website des Bildungsspenders aus über Einkaufsplattformen getätigt wird. Da wird der Einkauf von Weihnachtsgeschenken gleich nachhaltiger.

- ▷ www.bildungsspender.de/anu-brandenburg

ANU Bayern**Abgefahren?! – Mobilität und Klimaschutz**

□ Das Ökopjekt – MobilSpiel, München, und das Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck greifen in Kooperation mit der ANU Bayern und der Landeshauptstadt München im Rahmen einer Tagung das Jahresthema Mobilität der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2013 auf. Die Tagung gibt sowohl Hintergrundwissen wie auch konkrete Beispiele zur Umsetzung und zeigt, dass Mobilität ein sehr breit angelegtes Querschnittsthema ist, das jeden im persönlichen Lebensstil sowie kommunale Planungen und Klimaschutz betrifft. Namhafte ReferentInnen zeigen Visionen nachhaltiger Mobilität im Kontext des Klimawandels auf und geben mit Best-Practice-Beispielen und Workshops Anregungen für die Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Die Tagung findet im Rahmen des Qualitätssiegels Umweltbildung.Bayern am 24. April 2013 von 10 bis 17 Uhr statt.

- ▷ Infos unter oekoprojekt@mobilspiel.de

Umweltzentrum & Gartenkultur Fulda

Bildungswert mit neuen Qualitätsmaßstäben

□ Um die Nachhaltigkeitsbildung weiterzuentwickeln und zu verstetigen, ein qualifiziertes und übersichtliches Bildungsangebot zu schaffen und die Synergieeffekte eines Netzwerks entstehen zu lassen haben sich das Umweltzentrum und Gartenkultur Fulda mit dem Biosphärenreservat Rhön, dem Staatlichen Schulamt Fulda und dem Verein Zukunft Bildung Region Fulda zusammengeschlossen. Das Netzwerk unterstützt unter anderem beim Qualitätsmanagement, durch Fortbildungsangebote und durch das Angebot der Zertifizierung als Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung.

▷ www.umweltzentrum-fulda.de

WISSENSWERT

Bildungsnetzwerk in der Schweiz

éducation21

□ Ab 1. Januar 2013 treten die Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) und die Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) sowie die Fachstelle Filme für eine Welt unter dem neuen Namen éducation21 gemeinsam auf. Der Themenhorizont verbreitert sich: zu Globalem Lernen und Umweltbildung kommen Gesundheit, Wirtschaft, Demokratie- und Menschenrechtslernen neu hinzu – und weitet sich zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Die neue Stiftung fokussiert ihre Arbeit als nationales Kompetenzzentrum auf die Volksschule und die Sekundarstufe II. Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sowie Beratungs- und Materialangebote fördern ein gemeinsames Verständnis von BNE und die praxisgerechte Umsetzung im Schulalltag.

▷ www.education21.ch

Learning for the Planet:

Leitfaden für engagierte Hochschularbeiten

□ Amnesty International, Greenpeace und Helvetas haben gemeinsam einen kostenlosen Leitfaden entwickelt, in dem SchülerInnen oder StudentInnen Ideen für nachhaltig ausgerichtete schriftliche Arbeiten finden. Mit anleitenden Fragen und Arbeitshilfen, will der Leitfaden es den Jugendlichen ermöglichen, ein bewältigbares Thema für eine schriftliche Arbeit, ein Projekt oder eine Aktion zu finden. Die Broschüre steht unter dem Motto „Learning for the Planet“, denn Interessierte finden im zweiten Teil Themenvorschläge, wie sie mit ihrer Arbeit für eine gesunde Umwelt und globale Gerechtigkeit aktiv werden können. Die Broschüre „Die Maturaarbeit. Inspirationen, Ideen, Tipps“ gibt es bei den drei beteiligten Organisationen kostenlos. Oder auch online als PDF – mit weiteren ergänzenden Arbeitshilfen zum Download.

- ▷ www.helvetas.ch/schule
- ▷ www.greenpeace.ch/schule
- ▷ www.amnesty.ch/schule

Praxisleitfaden

BNE in der außerschulischen Bildung

□ Die Arbeitsgruppe Außerschulische Bildung der UN-Dekade hat einen Praxisleitfaden zu Qualitätskriterien für die Fortbildung von Multiplikatoren in der außerschulischen Bildung entwickelt. Zehn Qualitätskriterien konkretisieren, wie außerschulische Bildungsangebote entwickelt werden können, um über die Stärkung von BNE einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel anzustoßen. Der Leitfaden kann kostenfrei unter der E-Mail-Adresse assistenz-2@esd.unesco.de bestellt oder im Internet bei der Allianz Umweltstiftung als PDF-Datei heruntergeladen werden.

▷ <https://umweltstiftung.allianz.de>

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

06.12., Otzenhausen/Saarland

Nachhaltige Entwicklung – Die globale Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Tagung. Wie können die wichtigen Themen Klimawandel und Klimaschutz sinnvoll in Bildungsangebote umgesetzt werden? Spannende Fragen, denen das BNE-Team der ANU M-V e.V. gemeinsam mit WissenschaftlerInnen und außerschulischen BildnerInnen auf den Grund geht.

www.umweltbildung-mv.de

22.–23.03, Frankfurt/Main

Carrotmob macht Schule.

Lehrerfortbildung.

Bis zum 25. März 2013 können sich Lehrkräfte für die bundesweite kostenlose Fortbildung „Carrotmob macht Schule“ anmelden. Das Projekt ist Teil der Carrotmob Akademie, die von der Münchner Umweltschutzorganisation Green City e.V. angeboten und vom BMU aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert wird.

www.carrotmob-akademie.de/schule/

20.–29.09., bundesweit

BNE-Aktionstage

Damit noch ausreichend Zeit zur Vorbereitung bleibt, steht der Termin für die BNE-Aktionstage bereits fest: Sie werden 2013 vom 20. bis zum 29. September stattfinden.

▷ www.bne-aktionstage.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeuropaednews@anu.de;
Olaf Rother, rother@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de